Nr. 296 ♦ 43. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 153

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Sonnabend, den 26. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Hilfe für die Erwerbslosen.

Ein Arbeitsprogramm zur Beschäftigung Erwerbsloser. — Beschlüsse des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags hat zur laufenden Behandlung der mit einer Beschäftigung Erwerbsloser zusammenhängenden Notstandsarbeiten, Arbeitsbeschaffung usw. einen ständigen Unterausschuß eingesetzt. Der Unterausschuß hat über seine Arbeiten einen umfangreichen gedruckten Bericht erstattet. Der Vorsitzende Genosse **Dißmann** berichtete am Freitag im 8. Ausschuß über die monatelangen Arbeiten der Kommission. Er begründete eine Entschließung, die dem Plenum des Reichstags zur Annahme empfohlen werden soll. Nach eingehender Aussprache stimmte der 8. Ausschuß einmütig der von der Unterkommission vorgelegten Entschließung zu, die in ihrem Wortlaut besagt:

Der Reichstag wolle beschließen: Ausgehend von der Erwägung, daß

A. mit der im Herbst 1925 einsetzenden Wirtschaftskrise seit Anfang d. J. 2,5 Millionen völlig Erwerbslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter vorhanden sind;

B. diese Krise in unverminderter Schärfe anhält und keine begründete Aussicht vorliegt, daß die große Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit eine erhebliche Abschwächung erfährt;

C. das zweite Krisenjahr und damit der nächste Winter insbesondere für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Millionen erhöhte Not im Gefolge hat und damit die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößert,

hält der Deutsche Reichstag für dringend geboten, daß in organischem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Wirtschaft die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um den Arbeitsmarkt zu heben, die Arbeitsmöglichkeit zu fördern und den Erwerbslosen Beschäftigung zu geben.

Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen ist es unmöglich, Millionen Arbeitnehmer einer jahrelangen Erwerbslosigkeit preiszugeben. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß ein größerer Teil Erwerbsloser zumindesten in dem Maße **mit Notstandsarbeiten beschäftigt** wird, daß die längere Zeit Erwerbslosen innerhalb eines Jahres wenigstens abwechselnd ein Vierteljahr und länger Beschäftigung finden.

Das würde bedeuten, daß beim gegenwärtigen Stand der Erwerbslosigkeit laufend mindestens etwa 500 000 Arbeitslose mit produktiven Notstandsarbeiten beschäftigt werden müßten.

An solchen Arbeiten fehlt es nicht. Auf einer Reihe von Gebieten können Arbeiten in Angriff genommen und durchgeführt werden, zu denen entweder bereits die baureifen Pläne vorliegen oder letztere ohne erhebliche Schwierigkeiten und in kürzerer Zeit vorbereitet werden können. Bei diesen Arbeiten ist deren Zweckdienlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit voranzustellen. Dazu gehören unter anderem

1. der **Straßenbau** und die notwendige Erneuerung eines größeren Teils der Straßendecken, die dem neuzeitlichen Verkehr nicht genügen;

2. die **Kultivierung von Oedlandflächen, Moorgeländen** u. a. unfruchtbarem Boden, der in Deutschland über 3 Millionen Hektar zählt und zum größeren Teile urbar gemacht werden kann. Das würde der Gesamtwirtschaft zum Vorteil gereichen und auch neue Arbeitsmöglichkeiten in der Bewirtschaftung, Ansiedlung usw. bieten;

3. die **Schiffbarmachung deutscher Flüsse** und deren zweckdienliche Verbindung durch **Kanäle**, die der Förderung des Wassertransportweges und der deutschen Wirtschaft dienen;

4. **Fluß- und Bachregulierungen** zur Gewinnung von Kulturboden und anderem Gelände, sowie zur Verhütung von Hochwasserschäden usw.;

5. **Stauanlagen, Schutzdämme** usw., um den stets wiederkehrenden Hochwasserschäden vorzubeugen;

6. **Anlagen zur Gewinnung von Wasserkräften,** die auch zum Teil mit den unter 3, 4 und 5 vermerkten Arbeiten zu verbinden sind und die Gesamtanlagen wirtschaftlicher gestalten können;

7. der **Wohnungsbau,** dessen großzügige Förderung — auch eventuell durch produktive Erwerbslosenfürsorge — dringend notwendig ist, um sowohl der Wohnungsnot wie der daniederliegenden Beschäftigung zu begegnen;

8. **Elektrifizierung der Eisenbahnen.**

Sollen zur langfristigen Vorsorge für Arbeitsgelegenheiten die vorgenannten und ähnliche produktive Arbeiten und Anlagen vorbereitet und durchgeführt werden, so setzt dies ein enges Zusammenarbeiten von Reich und Ländern sowie deren Organen voraus. Zur Durchführung dieser Arbeiten sind erhebliche Summen notwendig. Die Reichsregierung wird dringend ersucht, mit den Länderregierungen sich umgehend ins Benehmen zu setzen, damit die angeregten Arbeiten nicht nur geprüft, sondern in kürzerer Frist und in weitestgehendem Umfange mit ihrer Durchführung begonnen werden kann. Müssen angesichts der großen und andauernden Arbeitslosigkeit höhere Summen für produktive Erwerbslosenfürsorge in den Etat von Reich und Ländern eingestellt werden — im laufenden Jahresetat evtl. als Nachtrag —, so weist der Reichstag gleichzeitig darauf hin, daß bei der Mittelbeschaffung für produktive Anlagen, wie sie auch die vorgenannten Vorschläge enthalten, Anleihen mitaufzunehmen sind. Dabei wäre auch die öffentlich-rechtliche Garantie für Mindestzinszahlungen zu prüfen, ferner, ob bei einer großen öffentlichen Anleihe zum Wohnungsbau auch Mittel der Hauszinssteuer zur Zins- und Tilgungsgarantie mit Verwendung finden könnten.

Die Reichsregierung wird ferner ersucht,

a) zu prüfen, ob die Schwierigkeiten beim **Rußland-Kredit,** der für mehrere Jahre zusätzliche Rußlandaufträge und damit der deutschen Wirtschaft größere Beschäftigungsmöglichkeit bringen sollte, nicht behoben werden können,

b) hinzuwirken bei den Reparationsleistungen auf die **Gewinnung langfristiger Sachlieferungen** im Rahmen des als möglich erachteten Transfer,

c) zu untersuchen, inwieweit der große Andrang von täglichem Geld, das zum Teil zu reinen Spekulationszwecken im In- und Ausland verwendet wird, der **produktiven Wirtschaft Deutschlands zugeführt** werden kann.

Die Reichsregierung wird ersucht, die Behandlung der in dieser Entschließung enthaltenen Fragen tunlichst zu beschleunigen und dem Reichstage zu berichten.

Stimmt der Reichstag dieser Entschließung zu — was zu erwarten ist —, so wird zum ersten Male in umfassender Form ein größeres Arbeitsprogramm zur Beschäftigung Erwerbsloser vom Reichsparlament aufgestellt. Es muß dann aufs nachdrücklichste dahin gewirkt werden, daß dies Arbeitsprogramm zur Verwirklichung gelangt.

Die Fürstenfrage im Reichstag.

Vertagung der sozialdemokratischen Fraktionssitzung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre für Freitag geplante Fraktionssitzung auf Montag vertagt.

•

Die Führer der Regierungsparteien des Reichstags traten am Freitag abend nach Schluß der Plenarsitzung zu einer kurzen interfraktionellen Besprechung zusammen. Die Situation bezüglich der Fürstenabfindungsvorlage wurde noch einmal erörtert. Die Beratungen im Rechtsausschuß werden am Sonnabend zu Ende geführt werden. Eine zweite Lesung der Vorlage im Rechtsausschuß soll nicht erfolgen.

Verschwörung gegen Primo de Rivera?

Zahlreiche Verhaftungen.

Paris, 25. Juni. (WTB.) „Journal" berichtet aus Madrid über die Aufdeckung einer Verschwörung zur Beseitigung der gegenwärtigen Regierung. Als Urheber dieses Anschlages, der gestern abend zur Ausführung kommen sollte, werden, wie das Blatt erfährt, republikanische und liberale Elemente bezeichnet. **Zahlreiche Persönlichkeiten, darunter der Chefredakteur der** Zeitung „La Libertad" sowie zwei frühere republikanische Abgeordnete sind verhaftet worden. Auch Generalkapitän Weyler und der frühere Kriegsminister, General Aguilera, sollen in die Angelegenheit verwickelt sein.

„Verschwörung mit kommunistischem Charakter". (?)

Madrid, 25. Juni. (WTB.) Zu den Nachrichten über einen Anschlag gegen die spanische Regierung teilt die offiziöse Agentur Fabra mit: Es ist eine Verschwörung aufgedeckt worden, deren Bedeutung allerdings nur geringfügig ist. Sie war ihrem Charakter nach nicht liberal, sondern im wesentlichen kommunistisch eingestellt. In dieser Bewegung haben einige Militärpersonen eine Rolle gespielt; sie gehören aber keiner aktiven Formation an und waren an der Verschwörung lediglich persönlich beteiligt. Die in diese Angelegenheit verwickelten Personen sind verhaftet und den zuständigen Gerichten zugeführt worden. Die Regierung hat ihrerseits die notwendigen Maßregeln ergriffen. Der ganze Anschlag kann bereits als völlig gescheitert gelten.

König Alfons verschiebt seine Pariser Reise.

Paris, 25. Juni. (TU.) Im Zusammenhang mit der aufgedeckten Verschwörung in Spanien haben König Alfons und Königin Viktoria ihre Reise nach Paris vorläufig verschoben.

Die Metallarbeiter vor der Wahl

Moskau gegen die Gewerkschaften.

Die Kommunisten haben bei der Gründung ihrer Partei in Deutschland wenig für die Tätigkeit in den Gewerkschaften übrig gehabt. Bezeichnend ist dafür ein Antrag, der ihrem Gründungsparteitag vorlag, wonach die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei unvereinbar sein sollte mit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Moskau hat aber bald erkannt, wie wichtig es für seinen Einfluß ist, sich der Gewerkschaften zu bemächtigen.

Es begann die Fraktions- und Zellenbildung in den Gewerkschaften, um durch wohlgedrillte Stoßtrupps die Masse der Mitglieder zu terrorisieren, ihnen jede aktive Teilnahme am Gewerkschaftsleben zu verekeln und derart die Gewerkschaften zu erobern. Als der Widerstand gegen diesen organisierten Terror einsetzte und Moskau die Hoffnung verlor, die Gewerkschaften in seine Hand zu bekommen, begann systematisch die Spaltungsarbeit. In Deutschland wie in den anderen Ländern des Kontinents versuchte man durch Gründung kommunistischer Gewerkschaften die freien Gewerkschaften zu verdrängen. Moskau ließ sich diese verbrecherische Spaltung der Arbeiterschaft etwas kosten. In einem Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD. vom 9. Juni 1926, das an „alle Bezirksleitungen und Redaktionen" gerichtet ist, heißt es in einer polemischen Auseinandersetzung:

„Feststellen wollen wir jedoch, daß nicht die Partei von den selbständigen Verbänden, sondern die selbständigen Verbände in ungeheurem Umfange während ihres Bestehens von der Partei finanziell unterstützt wurden. Die Beträge, die die selbständigen Verbände erhalten haben, gehen in die Hunderttausende."

Wenn Moskau sich die Unterstützung der kleinen und bedeutungslosen kommunistischen Organisationen in Deutschland Hunderttausende hat kosten lassen, so kann man ermessen, welche Summen den Zellen und Fraktionen zugeflossen sind und noch zufließen, um trotz aller Niederlagen schließlich die Gewerkschaften in die Hand zu bekommen. Nach dem Zusammenbruch der selbständigen Verbände hatte Moskau wieder die Parole ausgegeben: „Zurück in die Gewerkschaften!" Jetzt geht man wieder mit der sogenannten „Einheitsfront" hausieren, mit der man trotz alledem noch hofft, die deutsche Arbeiterschaft, die nach Einheit lechzt, unter die Diktatur Moskaus zu zwingen. Wenn man den Stab wohlbestallter kommunistischer Angestellter kennt, der von Moskau bezahlt wird, wenn man die riesigen Propagandamittel kennt, die Moskau zahlt, dann begreift man, was sonst unbegreiflich erscheinen könnte, daß aufrechte Arbeiter, die sich in die kommunistische Lehre verrannt haben, es nicht mehr wagen dürfen, eine eigene Meinung zu haben, solange sie Mitglied der KPD. sind.

Unter allen Gewerkschaften dürfte der Deutsche Metallarbeiterverband wohl am heftigsten von Moskau berannt werden. Das ist begreiflich. Ist doch der Deutsche Metallarbeiterverband nicht nur die größte Gewerkschaft Deutschlands, sondern der Welt. Diese Position zu erringen, ist Moskau schon ein paar Millionen Goldrubel wert. Die „Rote Fahne" veröffentlicht Extraausgaben und lange Artikel zur Wahl der Verbandstagsdelegierten, die morgen im Deutschen Metallarbeiterverband stattfinden. Flugblätter werden in Massen unter die Mitglieder des Verbandes geworfen, um sie für Moskau einzufangen.

Es ist eine alte Tradition in den Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Partei, daß Ideenkämpfe mit großer Hartnäckigkeit, ja manchmal mit Erbitterung geführt werden. Aber niemals hätte es die Partei, hätten es die Gewerkschaften ertragen, daß eine fremde unkontrollierbare Macht im Auslande Millionen staatlicher Gelder dazu verwendet, um innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung künstlich Gegensätze zu schaffen und zu schüren. Die Mitglieder der Gewerkschaften hätten es mit Entrüstung zurückgewiesen, wenn bei einer internen Verbandsangelegenheit, wie die Wahl der Delegierten zum Verbandstag, die Kosten der Agitation gegen die Verbandsleitung getragen wird von einer Stelle, die mit der Organisation selbst in keinerlei Zusammenhang steht. Es ist eine beschämende Tatsache für die deutsche Arbeiterbewegung, daß die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften eine derartige unverschämte Einmischung dulden, ja sich ihr unterwerfen. Aber wir sind überzeugt, daß die Antwort der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes am Sonntag so deutlich sein wird, daß den armseligen Kostgängern Moskaus Hören und Sehen vergeht.

Nirgends ist es notwendiger, diese unverschämte Einmischung Moskaus zurückzuweisen, wie gerade im Deutschen Metallarbeiterverband. Man braucht nur an die bitteren Erfahrungen zu erinnern, die in Westdeutschland gemacht wurden, wo es den Kommunisten gelang, sich der Leitung großer Ortsverwaltungen des DMV. zu bemächtigen. An keiner Stelle im ganzen Reiche ist ein so katastrophaler Rückgang in der Mitgliedschaft des DMV. eingetreten, wie gerade in jenen Verwaltungsstellen des westlichen Industriegebietes. **Erst als die Mitglieder, zu spät belehrt durch die Verheerungen, die von den Kommunisten angerichtet**

wurden, diese zum Teufel jagten und die Ortsverwaltungen wieder mit Gewerkschaftlern der Amsterdamer Richtung besetzten, ist eine Gesundung der Organisationsverhältnisse eingetreten.

Inzwischen aber haben die Scharfmacher der Metallindustrie des Westens die günstige Situation, die durch die Wirtschaft der Kommunisten für die Unternehmer geschaffen wurde, weidlich ausgenutzt. Der Achtstundentag wurde beseitigt. Es bedurfte einer schweren und hartnäckigen Arbeit der Gewerkschaften und der Partei, um den Achtstundentag für die Schwerindustrie wieder auf parlamentarischem Wege zurückzuholen. So sehen die Ergebnisse kommunistischer Gewerkschaftsarbeit aus!

Jedesmal wenn es den Kommunisten durch ihre Demagogie gelingt, Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft hineinzutragen, können die Unternehmer für sich einen Sieg buchen. Während in Rußland, wo angeblich die Arbeiter regieren, eine riesige Arbeitslosigkeit herrscht, während gleichzeitig dort bei Löhnen, die 25 und 30 Proz. unter den elenden Vorkriegslöhnen der russischen Arbeiter liegen, ein mörderisches Antreiber- und Akkordsystem die Arbeitermassen entkräftet, unterhält Moskau gleichzeitig in allen Ländern eine demagogische Agitation, die die Gewerkschaften verantwortlich macht für die Wirtschaftskrise. Die Kommunisten versuchen, die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaften mobil zu machen, obwohl sie ganz genau wissen, daß der stärkste Rückhalt der Arbeitslosen in den Gewerkschaften liegt.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat in Gemeinschaft mit anderen freien Gewerkschaften sich freilich nicht begnügt, die Arbeitslosen mit kommunistischen Phrasen zu füttern. Er hat einen energischen Kampf geführt, um die Not der Erwerbslosen zu mildern. Es ist den Gewerkschaften auch teilweise gelungen, den Widerstand der bürgerlichen Parteien und der Regierung zu überwinden und eine Erhöhung der freilich immer noch ungenügenden Bezüge der Erwerbslosen und eine Verlängerung der Unterstützungsdauer durchzusetzen. Wenn nicht mehr erreicht wurde, so liegt das nicht an dem schlechten Willen der Gewerkschaften, sondern daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung bei den Wahlen den bürgerlichen Parteien ihre Stimme geben, oder aber der KPD., die ihre Aufgabe in der Sabotage der Parlamentsarbeit sieht. Es ist die letzte Sorge Moskaus, wenn dadurch die Erwerbslosen geschädigt werden.

Die großen Aufgaben, die der Deutsche Metallarbeiterverband als stärkste Gewerkschaftsorganisation zu lösen hat, wird er nur zu bewältigen imstande sein, wenn der Bremer Verbandstag sich aus Delegierten zusammensetzt, die Gewähr bieten für planmäßige, überlegte Gewerkschaftsarbeit. Dafür zu sorgen, die Liste der Amsterdamer Richtung zu wählen, ist das Interesse und die Pflicht der Mitglieder des DMV. Die gesamte Arbeiterschaft erwartet, daß die Metallarbeiter am Sonntag den Kommunisten die wohlverdiente Niederlage bereiten.

Schluß des Weltwanderungskongresses.

Der IGB. soll untersuchen und berichten.

London, 25. Juni. (WTB.) Die von den Arbeiterparteien aller Länder veranstaltete Weltwanderungskonferenz hat heute ihre Tagung beendet. In der Schlußsitzung wurde der Vorschlag angenommen, den Internationalen Gewerkschaftsbund damit zu beauftragen, die mit den Wanderungsfragen in Verbindung stehenden Wirtschafts-, Rassen-, Arbeiter- und sozialen Bedingungen zu untersuchen, und die Ergebnisse der nächsten Konferenz zu unterbreiten.

Präsident Calonder bei Ministerpräsident Braun. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, fand anläßlich der Anwesenheit des Präsidenten der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, beim Preußischen Ministerpräsidenten Braun ein Empfang statt, bei dem die schwebenden Fragen Oberschlesiens besprochen wurden.

Die KPD. „führt".

Der eine saß, der andre stand . .

Der Fall, daß eine Fraktion, die in einem Ausschuß mit drei Mitgliedern vertreten ist, durch jedes ihrer Mitglieder eine andere Absicht zu erkennen gibt, hat sich in der Parlamentsgeschichte nur einmal ereignet. Das war gestern im Rechtsausschuß des Reichstags bei der Beratung des Gesetzes über die Fürstenabfindung, und zwar waren es die Kommunisten, die es fertig brachten, bei der Abstimmung über einen sozialdemokratischen Antrag dreierlei verschiedene Haltungen einzunehmen. Kenzler stimmte mit Ja. Rosenberg enthielt sich. Stoecker lief davon. Was einst eine dichterische Uebertreibung war, ist wortwörtliche Wahrheit geworden:

Der eine saß, der andre stand,
Der dritte fehlte wieder:
Das ist der Nationalverband...

Oder es ist vielmehr die gesinnungstüchtige, von der Zentrale mit neu aufgebügelten Prinzipien versehene Kommunistenfraktion, weshalb sich die Geschichte nicht mehr reimt. Sie ist aber auch höchst ungereimt.

Die Groteske erklomm ihren Gipfel, als Kenzler nach einer Abreibung durch Stoecker gänzlich geknickt erklärte, er habe nur aus Versehen für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt.

Was war das für ein sozialdemokratischer Antrag, für den ein Kommunist nur aus Versehen stimmen kann? Der Antrag verlangte, daß die Fürsten statt für ewige Zeit nur für 24 Jahre Renten bekommen sollten!

Ist das „Verrat"? Nein, es ist nur Dummheit. Es ist die bis zur Verzweiflung gesteigerte Konfusion. Kuddelmuddel in höchster Potenz. Glanzszene in der großen Posse mit dem Titel: „Die KPD. führt!"

Volkspartei und Fürstenabfindung.

Ein Beschluß in Baden.

Karlsruhe, 25. Juni. (TU.) Zur Frage der Fürstenabfindung hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei im badischen Landtage folgende an die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gerichtete Entschließung gefaßt:

„Die Fraktion der Deutschen Volkspartei in Baden hat sich im letzten Wahlkampf um den Volksentscheid mit aller Tatkraft für die Ablehnung des Volksentscheids eingesetzt. Sie erwartet nunmehr, daß die Reichstagsfraktion sich für einen unverzüglichen reichsgesetzlichen Abschluß der das Volk tief erregenden Frage einsetzt, der der rechtlichen Seite der Frage Rechnung trägt, aber auch in vollem Umfange die Berarmung des Volkes und die Finanzlage von Reich und Ländern berücksichtigt."

Der Streit um den Reparationskohlenpreis

Das Kohlensyndikat wollte auf Kosten des Reiches an der Reparation verdienen.

Am Freitag verhandelte das Reichswirtschaftsgericht den bekannten Streit zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat und der Reichsregierung über die Festsetzung des Reparationskohlenpreises. Auf Grund der Versailler Bestimmungen wird dem Reich für die Reparationskohle nur der Weltmarktpreis (englischer Kohlenpreis) vergütet oder der deutsche Kohlenpreis, wenn dieser unter Weltmarktpeis liegt. Der deutsche Preis lag nun in den letzten Monaten infolge der englischen Kohlensubventionen über Weltmarktpreis. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat fordert aber als Entschädigung für die Kohlenlieferung vom Reich den deutschen Inlandspreis anstatt des Weltmarktpreises, der dem Reich tatsächlich für die Lieferungen auf Reparationskonto gutgeschrieben worden ist.

Der Vorschlag des Vorsitzenden des Reichswirtschaftsgerichtes, Dr. Widersum, den Inlandspreis abzüglich eines bestimmten Rabatts, den das Kohlensyndikat für gewisse Gebiete und für Großabnehmer gewährt, zu zahlen, wurde von beiden Parteien abgelehnt. Der Vertreter des Syndikats betonte, wie immer, die Notlage des Steinkohlenbergbaus. Bezüglich des vom Syndikat erzielten Preises wurde festgestellt, daß der festgelegte Syndikatspreis auch in Deutschland nicht in allen Gebieten erzielt werden kann. So sind in den Kampfgebieten, an der Küste, im Berliner und Magdeburger Bezirk und auch im oberrheinischen Gebiet, Abschläge gebräuchlich, die für die Tonne bis zu 5 M. und in vielen Fällen auch bis 7 M. ausmachen.

Der Vertreter des Reichskommissars für Reparationslieferungen, Bergrat Pasel, nahm für das Reich in Anspruch, vom Syndikat so behandelt zu werden wie jeder Privatexporteur. Im übrigen forderte Pasel die Berücksichtigung des Umstandes, daß die vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat zu liefernde Kohle nicht im Inlande unterzubringen sei, wenn sie nicht durch Reparationslieferung abgesetzt werde.

Nach diesen Auseinandersetzungen nahm das Reichswirtschaftsgericht die Gutachten des Sachverständigen entgegen. Das Urteil wurde nicht öffentlich bekannt gegeben; es soll den Parteien zugestellt werden.

Konflikt im Stahlhelm.

Bundesführer Seldte gegen Braunschweiger Offizierkreise.

Die „Vossische Zeitung" berichtet über einen heftigen Konflikt innerhalb des Stahlhelms, der zu einer Rebellion der Braunschweiger Organisation gegen den Bundesführer Seldte geführt hat. Der Braunschweiger Gauführer Uhlenhaut ist seit längerer Zeit mit den Offizierskreisen im Stahlhelm in Konflikt geraten. Die äußere Veranlassung dieses Konflikts ist eine stärkere wirtschaftliche und soziale Betätigung dieses Braunschweiger Stahlhelmführers durch Gründung eines Heims, sowie den Bau eines Wohnungsblocks. Für die Verbindlichkeiten, die daraus entstanden sind, fehlt die Deckung und die als Geldgeber in Betracht kommenden Industriellen und Kaufleute versagen die weitere Unterstützung. Im Verlaufe dieses Konflikts verlangten die Braunschweiger den Rücktritt Uhlenhauts. In dieser Auseinandersetzung griff Seldte zugunsten Uhlenhauts ein. Infolgedessen haben sich schließlich fast siebzig braunschweigische Gruppen auf die Seite der Opposition gegen Seldte gestellt. Die „Vossische Zeitung" führt diesen Konflikt auf den wachsenden Gegensatz zwischen den Offizierskreisen, die sich als die geborenen Führer betrachten, und dem jetzigen Bundesführer zurück.

Um den Potemkin-Film.

Eine Protestkundgebung.

Gegen die Absicht reaktionärer Kreise, ein Verbot des Potemkin-Films herbeizuführen, wenden sich namhafte Persönlichkeiten aus allen Lagern. Am Sonntag vormittag findet im Picadilly Charlottenburg, Bismarckstraße eine große Protestkundgebung statt, bei der u. a. Prof. Ballentin, Stefan Großmann und Wolfgang Heine sprechen werden. Eine ganze Reihe von Verbänden und führender Männer der Literatur und Presse wenden sich dagegen, daß „ein großes künstlerisches Filmwerk aus politischen Motiven unterdrückt" werden solle. Einen Aufruf zum Schutze des Films haben u. a. unterzeichnet: Georg Bernhard, Prof. Einstein, Fritz Engel, Ludwig Fulda, Helmuth v. Gerlach, Senatspräsident Freymuth, Wolfgang Heine, Leopold Jeßner, Alfred Kerr, Reichstagspräsident Löbe, Prof. Quidde, Dr. Kurt Rosenfeld, Lydia Stöcker, Ernst Toller und andere. Wir möchten vorläufig noch nicht glauben, daß die Filmoberprüfstelle sich dazu hergeben wird, dem kurzsichtigen Parteifanatismus Rechnung zu tragen und ein Meisterwerk wie den Potemkin-Film zu verbieten.

Der ehemalige ungarische Innenminister Beniczky hatte noch eine längere Reststrafe für seine Enthüllungen über Horthys Urheberschaft der Ermordung Somoczis und Baczos abzusitzen. Horthy hat ihm aber den Rest seiner Strafe erlassen. Will man damit Beniczkys Schweigen erkaufen?

Eine schmerzhafte Geburt.

Der dritte Tag des Internationalen Schauspielerkongresses.

Noch immer ist die Internationale Union der Schauspieler nicht gegründet. Man hat zwar schon beschlossen, daß der Geschäftssitz der künftigen Internationale Wien sein soll, doch gleich bei der Beratung des ersten Paragraphen der Statuten geriet man ins Stocken und schließlich in einen Ideenstreit, der gestern noch nicht entschieden wurde.

Die russischen Schauspieler sind vorläufig das aufhaltende Element. Drei Delegierte, zwei Männer und eine Künstlerin, sind zur Konferenz erschienen. Während nun die Vertreter der übrigen 19 Nationen der Ansicht waren, daß der erste Paragraph des Statutes die Verteidigung der besonderen schauspielerischen Berufsinteressen gebietet, wollten die Russen den Grundsatz durchsetzen, daß die Internationale sich betrachten müsse als eine kämpferische Organisation zur Durchführung des proletarischen Klassenkampfes ganz allgemein. Dieser Wunsch der Russen, einen so von jedem neutralen Gewerkschaftsprinzip abweichenden Bekenntnissatz, der mehr zur Lösung eines großen politischen und weltanschaulichen Problems als zu praktischer Gewerkschaftsarbeit führen soll, wurde von allen Teilnehmern der Schauspielerkonferenz leidenschaftlich bekämpft. Man wollte zunächst die Gegensätze ausgleichen durch eine aus gegenseitigen Konzessionen herstammenden Kompromißformel, und das Bureau der Internationale schloß die Oeffentlichkeit aus, um im engen Kreise diese Ausgleichsformel zu finden.

Als die Oeffentlichkeit wieder hergestellt wurde, mußte der Verhandlungspräsident mitteilen, daß der Ausgleich nicht gefunden war. Slawinski, der Redner der Russen, legte in längerer Rede dar, daß er nicht als Anwalt eines reinen Sowjetideals auftrete und daß ihm das Heil seiner Schauspielerkollegen ebenso nahe am Herzen liege wie den Verteidigern der anderen Meinung. Die Konferenz hörte ihn mit Achtung, wenn auch mit steigendem Unwillen an. Slawinski beantragte schließlich die Abstimmung über den programmatischen Satz des Statuts auf den heutigen Sonnabend zu verschieben. Die übrige Konferenz wollte zur sofortigen Abstimmung schreiten und besonders der Deutsche Wallauer vertrat diese Forderung in außerordentlich scharfer Weise. Wallauer ist selbst im vorigen Jahre Gast bei dem sowjetrussischen Kongreß der geistigen Arbeiter gewesen und er hat sich in der Oeffentlichkeit sehr anerkennend über den intensiv wirkenden Kunstgeist Rußlands ausgesprochen. Nun aber will er nicht zulassen, daß Schauspieler, die nur Verteidiger ihrer Berufsinteressen sein sollen, eine Internationale gründen, deren programmatischer Leitsatz, mehr oder minder verschleiert, das wohlbekannte sowjetrussische Ideal verficht. Man redete hin und her, es war 5 Uhr nachmittags geworden. Ein äußerer Grund führte zur Unterbrechung der Debatte. Die Konferenz war zum Innenminister Dr. Külz geladen und wollte die Pflicht der Höflichkeit nicht vernachlässigen. Man hob die Tagung auf. Man wird am Sonnabend schon sehr früh wieder beginnen. Aber man will nicht mehr diskutieren, sondern nur noch abstimmen, bestimmen, daß die Internationale Union der Schauspieler gegründet sei, damit sie als Weltgewerkschaft die gemeinsamen Berufsinteressen der Schauspieler der ganzen Erde verwalte.

Ob Rußland seine dogmatische Stellung aufgeben wird, weiß man noch nicht. Gewiß ist nur, daß England vorläufig nicht Mitglied der Schauspielerinternationale sein wird. Denn in der englischen Schauspielerunion, in der sogenanten Stage guild, sind Theaterunternehmen, d. h. Direktoren und Schauspieler als Arbeitnehmer gemeinschaftlich organisiert. Mitglied der Internationale darf aber nur ein Verband der Arbeitnehmer werden. Darum wird es Sache der englischen Schauspieler sein, das Statut ihrer nationalen Union so zu ändern, daß die Schauspieler als bloße Arbeitnehmer von dem gemischten Verbande abrücken. Miß Kingston, die berühmte englische Schauspielerin, die auf der Konferenz ihre britischen Kameraden vertritt, mußte zugeben, daß für ihre Nation vorläufig keine andere Lösung möglich sei.

Adolf Bastian.

Zum 100. Geburtstag des Forschers.

Heute sind hundert Jahre seit dem Tage verflossen, an dem Adolf Bastian, einer der berühmtesten deutschen Forscher, in Bremen geboren worden ist. Zur Erinnerung an diesen Tag wird das staatliche Museum für Völkerkunde, die Schöpfung Bastians, das seit zwei Jahren geschlossen war, aufs neue seine Pforten öffnen. Bastian hat eine solche Ehrung wohl verdient; es gibt in der Geschichte der Entdeckungen und Forschungen nur wenige Beispiele eines solchen Lebens, das ganz der Wissenschaft und den Entdeckungsreisen in fernen Ländern geweiht war.

Im Jahre 1851 zog der damals Fünfundzwanzigjährige als Schiffsarzt zum erstenmal in die Welt hinaus. Zehn Jahre dauerte diese Fahrt, auf der er die Goldbezirke Australiens und einen Teil des Innern durchstreifte, Neuseeland bereiste, nach Peru übersetzte, die Anden überstieg, Westindien, die Vereinigten Staaten und Mexiko besuchte, nach China weiterfuhr, Indien durchzog, an den Ruinen von Babylon und Ninive forschte, sich durch Syrien und Palästina nach Kairo begab, den Nil hinauffuhr, durch die Wüste ans Rote Meer ritt, mit einer Karawane nach Aden zog, über das Kap der Guten Hoffnung nach Loanda ging, die Königsstadt San Salvador besuchte, die Gebiete am Niger bereiste, um dann nach der Heimat zurückzukehren. Nur eine kurze Erholungspause gönnte er sich, um dann auf die zweite Reise zu gehen, die fünf Jahre dauerte. Sie führte ihn nach Indien, dem malaischen Archipel, nach Japan, der Mongolei, nach Sibirien und dem Kaukasus. Was er auf diesen Forschungsreisen an wertvollem Material zusammengetragen hatte, bildete den Grundstock der zwanzig Jahre später im Museum für Völkerkunde aufgestellten Sammlungen, und zahlreiche wissenschaftliche Werke bezeugen, daß Bastian nicht nur als Forscher, sondern auch als Schriftsteller große Bedeutung besaß. 1868 ließ er sich in Berlin nieder, 1869 wurde er Dozent für Ethnologie an der Universität. Nach zwei weiteren Reisen wurde er 1886 zum Direktor des neugegründeten Museums für Völkerkunde ernannt, und unternahm als solcher noch mehrere Forschungsfahrten, deren Ertrag dem Museum zugute kam.

Auf einer dieser Wanderungen durch die Welt starb er am 3. Februar 1905, fern der Heimat, auf einer kleinen Antilleninsel.

Ein bedrohtes Falterkleinod. Der schönste Tagschmetterling, der bei uns heimisch war, der Apollofalter, ist bereits in den meisten Gegenden ausgestorben. Es gibt aber noch einen nahen Verwandten dieses Schmetterlings, den sogenannten „schwarzen Apollo" oder Schwarz-weiß-Apoll, der ebenfalls immer seltener wird. In den „Schlesischen Monatsheften" weist jetzt Julius Stephan drauf hin, daß dieser Falter, der früher an vielen Stellen Schlesiens zahlreich anzutreffen war, heute nur an einigen eng begrenzten Örtlichkeiten des Waldenburger Berglandes zu finden ist. Breslauer Händler haben an manchen Tagen Hunderte dieser schönen Tiere erbeutet, und außerdem wurden die notwendigen Lebensbedingungen der Falter durch die Aufforstung der Flugplätze immer mehr geschmälert. Solche Vorgänge haben auch in anderen Provinzen zum Rückgang des schwarzen Apollos geführt. Der Falter ist nun vor einigen Jahren vom Staat zum Naturdenkmal erklärt worden; das Fangen des Schmetterlings und ebenso das Sammeln der Eier, Raupen und Puppen ist unter Strafe gestellt. So ist zu hoffen, daß dieses Falterkleinod unserer Tierwelt erhalten bleibt. Der Schwarzweiß-Apoll ist etwas kleiner als sein berühmter Vetter, auch fehlen ihm die roten Augenflecke, aber mit seinen glasartigen, tiefschwarz gefleckten Flügeln ist auch er eine edle Erscheinung. Bei der Eiablage und dem Aufsuchen der Futterpflanze, dem Lerchensporn, legt der Falter eine bewundernswürdige Findigkeit an den Tag. Denn bei seiner Flugzeit, im Juni und Juli, ist von dem Gewächs nichts mehr zu sehen, und der beste Botaniker ist nicht imstande, im Sommer eine Lerchensporknolle zu entdecken. Die Schmetterlingsweibchen aber lassen sich so sicher auf der richtigen Stelle nieder, als hätten sie ein besonderes Organ, das ihnen die im Boden versteckte Frühlingspflanze herausfinden hilft.

Rauchplage und Wäscherechnungen in England. Im englischen Unterhaus wurde bei der Besprechung des Gesetzentwurfs über Bekämpfung der Rauchplage von der Regierung mitgeteilt, daß nach einer genauen Statistik allein in Manchester jährlich 300 000 Pfund Sterling mehr für Wäscherechnungen ausgegeben werden müssen, als bei Fortfall der Rauchplage notwendig wäre. Eine entsprechende Berechnung für die anderen Industriezentren Englands ergibt eine enorme Summe, die infolge der starken Rauchentwicklung jährlich den Wäschereien zufließt. Man kann verstehen, daß die großen Wäschereien und Seifenfabriken dem neuen Gesetzentwurf mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen.

In der Kunstausstellung Neukölln (Warenhaus Joseph) werden vom 26. Juni ab täglich, nachmittags 5 Uhr, Führungen veranstaltet.

Joseph Schwarz hat infolge einer plötzlichen Erkrankung seine nächsten Gastspiele in der Städtischen Oper absagen müssen. An seiner Stelle singt am Sonntag Kammersänger Wilhelm Rode den Sebastiano in „Tiefland".

Der dänische Grönlandforscher Konteradmiral T. V. Garde ist im Alter von 67 Jahren gestorben. Der Verstorbene leitete eine Anzahl von Grönlanderexpeditionen oder nahm an ihnen teil und schrieb eine Anzahl wissenschaftlicher Werke darüber.

Ein internationales Theater in Paris? André Alvoire schlägt die die Gründung einer „Comédie Etangère" in Paris vor, wo die bedeutendsten Bühnenwerke aller Nationen in französischer Sprache zur Aufführung gelangen und außerdem Gastspiele ausländischer Musterensembles stattfinden sollen.

Dem Andenken Tscheidses.

Trauerfeier für einen Vorkämpfer der Freiheit.

Der auf so tragische Weise dahingegangene georgische Genosse Tscheidse weilte auf dem Marseiller Kongreß zum letztenmal im Kreise der Sozialistischen Internationale, zu deren besten Vorkämpfern er gehörte. Damals schon war er äußerst wortkarg, in sich gekehrt, als kämpfte er gegen schwere Gedanken an. Jetzt weiß man es: Schon damals war er vom Schicksal gezeichnet.

Gestern fanden sich georgische und russische Genossen, auch Mitglieder der georgischen Kolonie zu einer kurzen Gedenkfeier für den Genossen Tscheidse zusammen. Von der deutschen Partei waren die Genossen Löbe, Scheidemann, Ludwig und Künstler anwesend. Stimmungsvoll leitete das Ebert-Manz-Quartett mit Conradis „Sonnenuntergang" die Feier ein. „Sonnenuntergang" — das verspürten tief in diesem Augenblick alle Anwesenden.

Als erster ergriff in georgischer Sprache das Wort Genosse Achmeteli, der ehemalige Gesandte der Georgischen Republik in Berlin. Er hob das Verwachsensein des Verstorbenen mit dem georgischen Volke und dessen Geschichte hervor. Es war stets ein demokratisches Volk und so konnte Tscheidse nicht der Idee der Demokratie untreu werden und sie mit der Diktatur vertauschen. Als die Diktatur die Selbständigkeit und Freiheit des georgischen Volkes vernichtete, schien ihm, der in absehbarer Zeit keinen Hoffnungsschimmer sah, das Leben nicht mehr lebenswert. Da vernichtete er sich selbst.

In deutscher Sprache gedachte dann der Vorsitzende der Georgischen Kolonie, Gabaschidse des Toten. Er schilderte in großen Zügen seinen heroischen Kampf gegen den Zarismus, seine Rolle in der Reichsduma während der Stolypinschen und Rasputinschen Reaktion, seine Verdienste als Vorsitzenden des Allgemeinen russischen Vollzugsrats nach der Februarrevolution, seine Tätigkeit als Vorsitzender der georgischen Nationalversammlung und als Delegierter auf dem Friedenskongreß in Paris, sein Eintreten für eine Föderation der transkaukasischen Staaten.

Tscheidse hat sich nie mit dem Ueberfall der Bolschewisten auf Georgien aussöhnen können und seit der Niedermetzelung der Tausende nach dem Aufstande im Jahre 1924 hat ihn niemand mehr lachen gesehen. Das georgische Volk wird Nicolaus Tscheidse nie vergessen.

Warm empfundene Worte fand Genosse Scheidemann. In der Tafel der Sozialistischen Internationale, sagte er, wird der Name Tscheidses als einer ihrer besten Vorkämpfer eingemeißelt bleiben. Die deutschen Sozialdemokraten haben ihn gut gekannt als Kämpfer gegen den Zarismus, für die Befreiung des russischen Volkes, als Abgeordneten in der Duma. Tscheidse war aber nicht allein durchglüht von der Ueberzeugung des Sozialismus, er war auch ein guter Patriot. So mußte er im tiefsten Innern erschüttert werden, als er alle seine Hoffnungen und Erwartungen auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker vernichtet sah; als gerade in dem Augenblick, wo die Selbständigkeit seines Volkes aufgerichtet zu sein schien, sie von seinen früheren Freunden zuschanden gemacht wurde. Die deutsche Sozialdemokratie wird den Genossen Tscheidse als guten Kameraden und wackeren Kämpfer dauernd in ehrendem Gedächtnis behalten.

Im Namen der russischen sozialdemokratischen Partei sprach voll tiefer Erregung Genosse Dalin. Viele Anhänger, Freunde und Führer hat die russische Sozialdemokratie im Laufe der letzten Jahre verloren. Die einen sind eines natürlichen Todes gestorben, die anderen gingen dahin während des Bürgerkrieges, das tragischste Geschick hat aber Tscheidse getroffen, der freiwillig aus dem Leben schied. Als Rußland und Georgien von den Bolschewisten vergewaltigt wurde, da war dieser stets von Tatkraft und Energie erfüllte Mensch zur Untätigkeit verdammt. Was der Zarismus nicht vollbringen konnte, das hat nun der Bolschewismus vollbracht. Er hat diesen Menschen vernichtet. Was war das aber für ein Mensch! Einer der lautersten Persönlichkeiten, die es je gegeben, ein Mensch der höchsten Pflichterfüllung. Als Vorsitzender der Dumafraktion ging er während der Jahre 1907—1917 ganz in seiner Arbeit auf. Er verstand es, beide sozialdemokratischen Gruppierungen, die Menschewisten und Bolschewisten, in einer Fraktion zusammenzuhalten, er mußte dabei den Kampf nicht allein gegen die Polizei, sondern auch gegen den Vorsitzenden der Bolschewisten, Malinowski, führen, der gleichzeitig bezahlter Spitzel der politischen Polizei gewesen war. Tscheidse war der Held dieser Epoche. So wurde er als Verkörperung des Kampfes gegen den Zarismus wie von selbst Vorsitzender des allrussischen Bauern- und Soldatenrats nach der Revolution. Stets war er nur der Ausdruck derer, die ihn geschickt. Ihnen galt sein Leben. Schwer fällt es im Augenblick, von ihm zu sprechen. Das Werturteil über ihn gehört der Geschichte. In der Erinnerung der russischen Sozialdemokratie wird er aber für immer unvergeßlich bleiben.

Kurze Worte des Dankes widmeten dem Verstorbenen der Vorsitzende der armenischen Kolonie, gleichzeitig auch Vertreter des Daschnakzutjun Ter-Minasjanz und der Vertreter der Aserbeidschaner Türken Kenisade. Die Reden waren eindrucksvoll umrahmt durch Chöre des Ebert-Manz-Quartetts.

Ein Leben ist vollendet, das seinem Volke und dem Internationalen Sozialismus noch viele Dienste hätte leisten können, wenn bolschewistische Verblendung die Selbständigkeit seines Volkes, die Freiheit des großen Rußland und ihn selbst nicht zugrunde gerichtet hätte!

Das Rätselraten um Caillaux.

Abwartende Haltung der Parteien.

Paris, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitagvormittag wurde in einem Ministerrat die Ausarbeitung der Regierungserklärung vorgenommen. Sie soll in der Kammer von Briand, im Senat von Caillaux in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Ministeriums verlesen werden. Außer den bisher eingebrachten sozialistischen Interpellationen sind im Laufe des Tages noch weitere Anfragen an die Regierung gerichtet worden, und zwar drei von radikalsozialistischer und eine von kommunistischer Seite.

Im Ministerrat hat Caillaux die großen Züge seines Finanzierungsprogramms noch nicht vorgelegt. Er wird das am Dienstagvormittag tun. Gegenwärtig ist er noch mit ihrer Ausarbeitung zusammen mit Sachverständigen vom Finanzministerium und seinen beiden Unterstaatssekretären begriffen. Seit 48 Stunden hat in der Presse ein großes Rätselraten über diese Finanzpläne eingesetzt. Genaues weiß darüber niemand, ebensowenig ob Caillaux das Washingtoner Schuldenabkommen in der gegenwärtigen Form gutheißen wird und ob er mit den Finanzplänen des Expertenkomitees einig geht. Die politischen Parteien neigen infolgedessen dazu, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich vor der Kammeraussprache nicht auf eine prinzipielle Haltung für oder gegen das Kabinett festzulegen.

Die Lohnsteuer als Zwangssparkasse.

50 Millionen Mark Lohnsteuer zu viel gezahlt.

Das deutsche Volkseinkommen wird auf 50 bis 55 Millionen Mark jährlich geschätzt. Davon entfallen 30 bis 36 Millionen Mark allein auf das Einkommen aus Lohnarbeit. Diese Zahlen machen es unmöglich, daß Deutschland bei seinen hohen innen- und außenpolitischen Lasten vollständig auf die Besteuerung der Arbeitseinkommen verzichtet. Dann aber ist die Lohnsteuer die beste Form dieser Besteuerung des Arbeitseinkommens. Der Lohnabzug erspart sowohl den Finanzämtern die ungeheure Arbeit, rund 15 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger zur Einkommensteuer veranlagen zu müssen. Er erleichtert auch den Lohnsteuerpflichtigen die Entrichtung der Steuer und bewahrt sie vor dem Gerichtsvollzieher, der in früheren Jahren in zahllosen Fällen Arbeiterfamilien um ihr letztes Hab und Gut bringen mußte, weil sie die vierteljährlich zu zahlenden Steuern nicht aufbringen konnten. Aber die Lohnsteuer hat zweifellos auch Nachteile. Ihre Erhebung liegt in den Händen der Unternehmer. Ihre Bestimmungen müssen deshalb einfach sein und rein schematisch angewendet werden können. Auf die besonderen Verhältnisse des einzelnen Steuerpflichtigen kann infolgedessen nicht im gleichen Maße Rücksicht genommen werden wie bei der veranlagten Einkommensteuer. Denn Einfachheit und Gerechtigkeit lassen sich bei einem Steuersystem schwer vereinigen.

Trotzdem war es seit Jahren das Bestreben der Sozialdemokratie, das System der Lohnsteuer zu vervollkommnen und die Härten des sofortigen Abzuges der Steuer durch den Unternehmer soweit wie irgend möglich einzuschränken. Sie beschritt dafür zwei Wege. Sie verlangte erstens, daß der steuerfreie Einkommensteil wesentlich erhöht wird, damit alle diejenigen Lohnempfänger steuerfrei sind, deren Einkommen ein notdürftiges Existenzminimum nicht übersteigt. Hierbei war die Sozialdemokratie erfolgreich. Es gelang ihr, die steuerfreie Grenze, die am 1. Dezember 1924 noch 50 M. monatlich betrug vom 1. Januar 1926 ab auf 100 M. zu erhöhen. Sie verlangte zweitens, daß den Lohnsteuerpflichtigen, denen zuviel Steuer abgezogen worden ist, ein Anspruch auf Rückerstattung der überzahlten Steuer gewährt wird. Es handelt sich dabei sowohl um die Erstattung bei Verdienstausfall infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit, Streik usw. als auch um die Erstattungen infolge besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse.

Unter dem Einfluß der Sozialdemokratie sind im Jahre 1925 Vorschriften beschlossen worden, die im weitestgehenden Umfange solche

Erstattungsmöglichkeiten auf Grund eines Rechtsanspruches

zuließen. Bei der praktischen Durchführung dieser Bestimmungen aber stellte sich heraus, daß sie sowohl für die Finanzämter, wie für die Steuerpflichtigen überaus schwer zu handhaben waren. Die Ursache dafür lag in der Tatsache, daß innerhalb des Jahres 1925 sowohl das Steuersystem als auch die Steuersätze dreimal geändert worden waren. Wiederum war es die Sozialdemokratie, die Vorschläge für die Vereinfachung der Erstattungen machte. Sie führten schließlich zu dem Gesetz über die Vereinfachung der Lohnsteuer vom 26. Februar 1926.

Diese parlamentarische Arbeit aber mußte durch eine umfangreiche Aufklärungsarbeit unterstützt werden. Viele Steuerpflichtige kannten ihre Rechte nicht und hatten keine Kenntnis, daß sie einen Rechtsanspruch auf Rückerstattung von Lohnsteuer hatten. Sie wußten auch nicht die Wege, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Partei- und Gewerkschaftspresse, Parteifunktionäre und Gewerkschaftsfunktionäre übernahmen diese Aufklärungsarbeit. Vielfach mußten sie das Einreichen der Anträge, stellenweise sogar den ganzen Verkehr mit den Finanzämtern allein übernehmen. Nur weil sich alle diese Kräfte in den Dienst der Sache stellten, war es möglich, trotz der beschränkten Fristen 3 bis 4 Millionen Anträge bei den Finanzämtern einzureichen.

Welch reiche Früchte diese Arbeit getragen hat, läßt sich erst jetzt überblicken, nachdem bekannt ist, welche Beträge die Finanzämter auf Grund der Erstattungsvorschriften an die Lohnsteuerpflichtigen zurückgezahlt haben. Nach Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums sind in der Zeit vom September 1925 bis zum Mai 1926 folgende Beträge erstattet worden:

im Jahre 1925	8 045 000 M.
„ Januar 1926	4 285 000 „
„ Februar 1926	6 771 000 „
„ März 1926	11 051 000 „
„ April 1926	9 314 000 „
„ Mai 1926	8 340 000 „
Insgesamt	47 816 000 M.

Fast 50 Millionen sind somit bisher zurückerstattet worden. Das ist eine sehr beträchtliche Summe. Hierbei ist noch zu bedenken, daß einmal die Statistik die Erstattungen für 1924 nicht voll erfaßt hat, und zweitens die Erstattungen für 1925 noch nicht abgeschlossen sind. Die tatsächlich zurückgezahlten Beträge dürften also wesentlich höher als 50 Millionen werden. Das ist ein Erfolg, dessen Bedeutung hoch eingeschätzt werden darf und der in größtem Maße der Arbeit der Sozialdemokratie zu danken ist. Will man dieses Ergebnis aber richtig würdigen, so muß man noch eins bedenken: Es handelt sich hier nicht um nachträgliche Steuerermäßigungen, sondern es sind zu viel gezahlte Steuerbeträge, die erstattet worden sind und die die Lohnsteuerpflichtigen niemals wiedergesehen hätten, wenn die Sozialdemokratie nicht den Rechtsanspruch auf Erstattung durchgesetzt und für die Vereinfachung des Verfahrens gesorgt hätte.

Wenn in einem einzigen Jahre rund 50 Millionen zuviel gezahlter Lohnsteuer erstattet werden mußten, so ist das aber zugleich ein neuer Beweis für das Opfer, das die unteren Schichten des Volkes für den Staat übernommen haben.

Vorbildlich war auch das Verhalten der Lohnsteuerpflichtigen, als es jetzt zum ersten Male möglich wurde, die Erstattungen durchzuführen. Für die Finanzämter war die Erledigung von 3 bis 4 Millionen Anträge eine gewaltige Arbeitslast, die trotz besten Willens nicht überall sofort und ohne Reibungen durchgeführt werden konnte. Geduldig haben die Lohnsteuerpflichtigen zu Hunderten vor den Finanzämtern gewartet, um ihr Geld zurückzuerhalten, das ihnen der Staat zuviel abgenommen hatte. Zur selben Zeit aber stürmten aufgehetzte Bauern die Finanzämter, veranstalteten die Landbünde Massendemonstrationen, drohten sie offen mit Gewalttaten, nicht weil sie Steuern zurückzufordern hatten, sondern weil sie keine zahlen wollten. Das beleuchtet grell den gewaltigen Unterschied zwischen der Steuermoral der Lohnsteuerpflichtigen und der Steuerunmoral der Besitzsteuerpflichtigen.

Schwerer Parlamentskonflikt in Prag.

Tschechisch-deutsche Mehrheit für Auslieferung von sechs Abgeordneten.

Prag, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Immunitätsausschuß des tschechischen Abgeordnetenhauses beriet heute über die von der Staatsanwaltschaft auf Betreiben der Regierung beantragte Aufhebung der Immunität von 27 Abgeordneten, vor allem Kommunisten und Nationalsozialisten (Partei Klofatsch-Benesch), die kürzlich in einer stürmischen Sitzung gegen das Präsidium und die Regierung tätlich vorgegangen waren.

Der Ausschuß lehnte die Auslieferung von 21 Abgeordneten ab, genehmigte dagegen das Ersuchen der Staatsanwaltschaft gegen 6 Abgeordnete (4 Kommunisten und 2 Nationalsozialisten). Dieser Beschluß kam nur dadurch zustande, daß die Vertreter zweier deutscher Parteien, der Deutschagrarier und der Christlichsozialen, ihre Stimmen der Rumpfkoalition zur Verfügung stellten, während tschechische und deutsche Sozialdemokraten, Kommunisten, tschechische und deutsche Nationalsozialisten sich gegen den Regierungsantrag wandten. Auch die ungarischen Minderheitsvertreter stimmten mit der Regierung, da es sich um einen Konflikt zwischen Klerikalen und Antiklerikalen handelt, bei dem die Regierungskoalition die Interessen der katholischen Kirche wahrnimmt und deshalb von der Opposition auf das schärfste angegriffen wird.

Die deutschbürgerlichen Parteien haben ihre Haltung in einer besonderen Erklärung begründet, die mit den Worten schließt, daß sie durch ihre Stimmabgabe ein Bekenntnis gegen jeden nationalen Terror und gegen jede Klassendiktatur im Parlament ablegen wollen.

Die endgültige Entscheidung wird in einer Nachtsitzung des Plenums stattfinden, die erst nach Mitternacht begonnen hat. Man erwartet wieder sehr wüste Radauszenen, zumal es die letzte Parlamentssitzung in dieser Session sein soll. Das Endergebnis dürfte dem Beschluß des Ausschusses entsprechen.

Der Vorgang kann insofern von großer politischer Tragweite sein, als es das erstemal ist, daß ein Teil der deutschen Parteien bei einer großen politischen Kraftprobe mit der Regierung zusammengeht. Man hält es für möglich, daß die jetzt zustandegekommene Mehrheit zur Bildung einer künftigen deutschtschechischen bürgerlichen Regierungskoalition führen wird, zumal sich die Gegensätze zwischen den ehemaligen tschechischen Koalitionsparteien infolge des Kirchenkonfliktes so zugespitzt haben, daß an eine Wiederherstellung dieser Koalition einstweilen nicht zu denken ist.

Stürmischer Auftakt im Senat.

Prag, 25. Juni. (WTB.) Der Senat zog heute die vom Abgeordnetenhaus verabschiedete Kongruavorlage in Beratung. Als der Vorsitzende dem Berichterstatter Klofatsch das Wort erteilte, begannen die Kommunisten zu lärmen. Sie trommelten im Takt auf die Pulte und veranstalteten auf Kindertrompeten und Pfeifen eine ohrenbetäubende Musik. Der Senator Chlumecky blies auf einem Signalhorn und zeigte dann im Saal ein die katholischen Priester verunglimpfendes Bild herum. Der Vorsitzende läutete ununterbrochen, ermahnte zur Ruhe und ersuchte um Beseitigung der unzulässigen Plakate und Bilder. Unter ständigem Lärmen und Schreien wurden die Referate erstattet. Etwas mehr Ruhe trat ein, als die Debatte begann, an der sich zunächst nur oppositionelle Redner beteiligten.

Ministerwahl unter Protest.

Dr. Rintelen zum österreichischen Unterrichtsminister gewählt.

Wien, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Freitagsitzung des Nationalrats wurde der christlichsoziale Landeshauptmann von Steiermark, Dr. Rintelen zum Unterrichtsminister gewählt. Im Namen der Sozialdemokraten gab Dr. Otto Bauer eine Erklärung ab, in der Einspruch gegen die Wahl Rintelens zum Minister der Republik erhoben wird, weil er der Protektor der steirischen „Heimat" sei, die an dem ungarischen Krieg gegen das Burgenland beteiligt war und er als Landeshauptmann gleichzeitig Präsident einer Bank war. Außerdem aber wehre sich die Sozialdemokratie dagegen, daß im gegenwärtigen Augenblick eine Wahl vorgenommen wird, ehe der Wortbruch, den die Christlichsozialen und die Regierung begangen haben, gutgemacht ist. Die Sozialdemokratie werde zum Zeichen des Protestes an der Wahl nicht teilnehmen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten verließen dann den Saal.

Chamberlain und Moskau.

Kein Abbruch der Beziehungen. — Lärmszenen im Unterhaus.

London, 25. Juni. (Unterhaus.) Nachdem sich mehrere konservative Abgeordnete bitter über die Sowjetpropaganda in England und über die Sendung von Sowjetgeldern nach England beklagt hatten, führte **Chamberlain** aus: Die Regierung hat zwar Grund zur Klage über die Umtriebe der Sowjetbehörden, indessen wäre es unklug, die Beziehungen abzubrechen und das Handelsabkommen aufzukündigen. Die Sowjetregierung hält die Bestimmungen des Handelsabkommens nicht ein. Die englische Regierung hat zu verstehen gegeben, daß sie die Einleitung von Verhandlungen zwecks Abschlusses neuer Abkommen solange für zwecklos halte, als die alten Abkommen nicht eingehalten werden. Ein Abbruch der bereits bestehenden Beziehungen würde uns bei der Bekämpfung von Unordnung oder Umsturz innerhalb unserer eigenen Grenzen schwächen, außerdem die Ungewißheit und die Furcht vor der Unsicherheit in Europa vergrößern.

Dißmann vor den Berliner Funktionären

Billigung der Verbandspolitik gegen die Stimmen der Opposition.

In der gut besuchten Funktionärversammlung der Berliner Metallarbeiter am Donnerstag im Lehrervereinshaus referierte Genosse Dißmann über „Die Wirtschaftslage und das Arbeitslosenproblem". Nach einer Betrachtung über die Entwicklung der Krise, deren Behebung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, schilderte Dißmann die Schritte, die die Gewerkschaften zur Linderung der Not der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter unternommen und die Maßnahmen, die die Regierung bisher ergriffen hat. Die Gewerkschaften haben Millionensummen zur Unterstützung der Erwerbslosen ausgeworfen und werden es weiter tun. Die Gewerkschaften haben alle Kräfte eingesetzt, die

Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern,

was ihnen im allgemeinen auch gelungen ist. Wenn trotz nicht verschlechterter Tarife das Gesamteinkommen der Arbeiterschaft nicht auf der alten Höhe gehalten worden ist, so ist das eben eine Folge der Rückgratlosigkeit eines Teils der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften haben vor allem auf die Gesetzgebung einzuwirken versucht, um durch ausreichende staatliche Unterstützung an Erwerbslose und Kurzarbeiter das Los dieser Opfer der Krise zu lindern. Gänzlich versagt hat die Regierung bisher in der wichtigsten Frage der Erwerbslosenunterstützung, in der Vergebung von Notstandsarbeiten. Wenn auch nicht schließlich alle Erwerbslosen zu Notstandsarbeiten herangezogen werden können, so müsse doch wenigstens jeder Erwerbslose ein viertel Jahr lang mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden, um sich wirtschaftlich wieder etwas aufrichten zu können. Zur Verwirklichung dieser Forderung, die in den nächsten Tagen von den Arbeitervertretern dem Reichstag unterbreitet werden wird, ist es notwendig, ständig etwa 500 000 Erwerbslose mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen.

An Arbeit fehlt es nicht.

Es müssen dann aber auch solche Arbeiten als Notstandsarbeiten vergeben werden, die für die Wirtschaft einen praktischen Zweck haben. Eben weil für die nächste Zeit eine Behebung der Krise nicht abzusehen ist, müsse man ein Notstandsprogramm auf lange Sicht schaffen. Wir haben 3 Millionen Hektar Ödland und Moorland, die kultiviert werden können. Die Landstraßen und Chausseen müssen für den steigenden Automobilverkehr brauchbar gemacht werden. Bei den Hochwasserschäden solle man nicht Entschädigungen zahlen, sondern diese Wiederinstandsetzungsarbeiten durch Erwerbslose ausführen lassen. Wohnungsbau, Elektrisierung der Eisenbahn und viele andere notwendige Arbeiten können als Notstandsarbeiten ausgeführt werden. Diese Fragen dürfen nicht an der angeblichen Geldknappheit des Staats scheitern, sie müssen gelöst werden. Wenn für angeblich in Not geratene Winzer, Agrarier und Industrielle Gelder zur Unterstützung vorhanden sind, dann

muß auch Geld für die Erwerbslosen da sein.

Die Arbeiterschaft aber muß erkennen, daß der Kapitalismus im Kampf steht um Sein oder Nichtsein und darum die große Mission der Befreiung ihrer selbst übernehmen. Die deutsche wie die internationale Arbeiterklasse kann sich auf die Dauer den Luxus der Zersplitterung nicht leisten. Gegenüber dem sich national und international einigen Unternehmertum kann

nur eine einige Arbeiterschaft

aussichtsreichen Widerstand leisten.

Die Ausführungen Dißmanns wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Die sehr ausgedehnte Debatte wurde von der „Opposition" ausgiebig benutzt, um die ihnen mitgegebenen Parolen gegen die „reformistischen Gewerkschaftsführer" loszulassen.

Gegen die Stimmen der „Opposition" fand eine Entschließung Annahme, in der die Tätigkeit der Verbandsleitung, im besonderen die Arbeit im Interesse der Erwerbslosen und Kurzarbeiter sowie die Ausführungen Dißmanns gebilligt wurden und in der es am Schluß heißt: Die Versammlung erwartet, daß der kommende Verbandstag in Bremen vom gleichen Geist getragen und im Interesse der Arbeiterklasse wirken wird.

Damit haben die Funktionäre den Weg zur Wahl am Sonntag gewiesen.

Einigung im Reichsbahnkonflikt.

Am Freitag fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft die Schlußverhandlungen über die Durchführung des am 29. Dezember 1925 gefällten Schiedsspruchs statt. Die Vertreter der Reichsbahnverwaltung zeigten sich hartnäckig bis zum letzten Augenblick. Mit ihren wiederholten Erklärungen, daß sie bestrebt wären, endlich den Vertragsfrieden wiederherzustellen, war ihre Einstellung während der Verhandlungen nicht gut vereinbar. Trotz der natürlichen Schwierigkeiten, die schon in Unmenge vorhanden waren, wurde noch ein beträchtlicher Teil künstlich geschaffen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen läßt sich kurz zusammengedrängt dahin zusammenfassen:

Ab 1. Juli werden die Lohnerhöhungen des Schiedsspruchs direkt zur Auszahlung gelangen. Für alle über 24 Jahre alten Arbeiter der Lohngruppen I—V wird für die zurückliegende Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni dieses Jahres für jeden Monat ein Pauschalbetrag von 2,30 M., für die Lohngruppen VI—VII ein solcher von 4,60 M. und für die Lohngruppen VI—VII an Orten mit Ortslohnzulagen von 25 Proz. an und aufwärts 6,90 M. bezahlt. Auf der anderen Seite werden einer bestimmten Anzahl von Orten die Ortslohnzulagen ab 1. Juli um 2 Proz. gekürzt.

Diese Regelung wird sicher die Eisenbahner nicht voll befriedigen. Auf der anderen Seite haben sie trotzdem einen vollen Sieg errungen. Mögen die unorganisierten und falsch organisierten Arbeiter endlich hieraus ihre Lehren ziehen. Nur in der Stärke ihrer Organisation liegt ihre gesicherte Zukunft. Soweit der von den Organisationen gegen die Reichsbahnverwaltung eingeleitete Prozeß in Frage kommt, ist ein außergerichtlicher Vergleich erzielt worden. Danach erkennt die Reichsbahnverwaltung die durch das Urteil des Reichsbahngerichts geschaffene Rechtslage an und trägt die gesetzlichen Prozeßkosten voll, die durch den von den vertragschließenden Organisationen bei dem Landgericht angestrengten Prozeß entstanden sind.

Schluß der Arbeitskonferenz.

Genf, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die neunte Arbeitskonferenz ist am Donnerstag mittag beendet worden. Ihr Ergebnis besteht in der Annahme von zwei Abkommen: 1. über den Heuervertrag und 2. über die Rückbeförderung der Seeleute, sowie zwei Gesetzesvorschläge: 1. über die Rückbeförderung der Kapitäne und Schiffsjungen und 2. über die allgemeinen Grundsätze für die Organisierung der Arbeitsaufsichtsinspektion. Dann wurden noch einige Entschließungen angenommen. Abgelehnt wurde der Konventionsentwurf über die Disziplinarstrafen und strafrechtlichen Bestimmungen für Seeleute. Die Arbeiterdelegierten vertraten bei der letzten Abstimmung den Standpunkt, daß der Gesetzesvorschlag fast nichts biete und es besser sei, ihn zu verwerfen, um dahinzuwirken, daß die Frage nochmals in Konventionsform zur Behandlung gebracht wird.

Der sozialpolitische Wert der neugeschaffenen Konventionen ist nicht sehr groß. Die neuen Konventionen gehen kaum über die Festsetzung einer Reihe allgemeiner Grundsätze hinaus, deren Anwendung in allen wichtigen Fragen der Gesetzgebung der Länder überlassen wurde. Außerdem ist in den Vorlagen so ziemlich nichts enthalten, was die Länder mit bedeutender Hochseefischerei und neuen Seemannsordnungen nicht bereits gesetzlich festgelegt haben. Darum ließen auch die Arbeitergruppen bei den Schlußreden durch ihre Vertreter erklären, daß die Arbeitnehmer von der Verschlechterung der Vorlagen des Arbeitsamtes durch die Beratungen in den Kommissionen und Plenarsitzungen der Konferenz sehr enttäuscht seien und ihre letzte Hoffnung, die Verhältnisse der Seeleute mit der Zeit zu verbessern, in der Stärkung der eigenen Organisation in den einzelnen Ländern und ihrer straffen internationalen Zusammenfassung liege.

Die Arbeitslosigkeit unter den Asphaltarbeitern.

Man schreibt uns: Die Straßen Berlins, soweit Asphaltbelag in Frage kommt, befinden sich in einem geradezu skandalösen Zustand. Was gedenkt die Stadtverwaltung dagegen zu tun? Für die Instandhaltung des Straßenbelags kommt die Tiefbaudeputation und die Straßenbahn in Betracht. Letztere hat die Unterhaltung des Bahnkörpers — das ist der Belag zwischen den Schienen und 60 Zentimeter Breite von den beiden Außenschienen — zu übernehmen. Die Neuerung, Steinpflaster neben den Schienen zu legen, wurde damit begründet, daß die Bahnschienen im Steinpflaster fester liegen als im Asphalt. Das ist ein fundamentaler Irrtum. Wenn die Bahnschienen an einzelnen Stellen lose geworden waren, dann ist die Ursache darin zu suchen, daß insbesondere an dem Bahnkörper an Unterhaltungsarbeiten während des Krieges so gut wie gar nichts geleistet wurde. Die Folge war denn auch, daß das rollende Material, wie der Unterbau — Bahnschienen — der „Großen Berliner", als die Straßenbahn städtischer Besitz wurde, völlig verwahrlost und abgewirtschaftet war. Neue Straßen sind nicht angelegt. Es beschränkt sich alles nur auf Unterhaltungsarbeiten. Die Asphaltstraßenbau-Firmen haben laut Vertrag 4 Proz. der von ihnen angelegten Straßen im Jahre zu unterhalten, auszubessern. Hierfür erhalten sie pro Quadratmeter eine Entschädigung. Die Firmen haben indessen bei der skandalösen Beschaffenheit der Straßen bedeutend mehr als 4 Proz. an Reparaturen ausgeführt. Die Straßenbahn hatte im Vorjahre noch recht erhebliche Aufträge an die Asphaltfirmen erteilt. Man konnte bei dem katastrophalen Zustand der Straßen — bei dem größten Teil der Asphaltstraßen beträgt der Belag kaum noch 1 Zentimeter — damit rechnen, daß die Arbeitsgelegenheit in dem Asphaltstraßenbau im Jahre 1926 eine sehr günstige werden würde. Das war eine Illusion. Die Straßenbahn hat ihre bereits erteilten Aufträge zurückgezogen. Die Asphaltstraßenbaufirmen, deren Vertrag dem Ende entgegengeht, beschränken sich bei den Unterhaltungsarbeiten lediglich auf ihre vertraglichen 4 Proz. Die Stadt erteilt keine neuen Aufträge, weil gewisse Dezernenten darüber brüten, ob das gesamte Straßenbild Berlins Steinpflaster, oder ob ein Teil Stampfasphalt werden soll. Und die Arbeiter im Asphaltstraßenbau werden scharenweise entlassen und fallen der Erwerbslosenfürsorge zur Last. Hier muß die Stadtverwaltung eingreifen.

Die Vorführdamen organisieren sich.

Uns wird geschrieben: Die bürgerliche Presse hat zu der Gründung eines Reichsverbandes der Vorführdamen in einer Reihe von Notizen Stellung genommen. Wie wenig man in jenen Kreisen die wirklichen Nöte der Vorführdamen kennt, beweisen diese Artikel. Weitgehende Ausbeutung und öffentliche Mißachtung werden auch den Vorführdamen wie so vielen anderen Arbeitnehmergruppen zuteil. Gerissene Unternehmer haben sich beispielsweise nicht gescheut, sogenannte Mannequinschulen ins Leben zu rufen, in denen den Schülern ein hohes Schulgeld abgenommen wird, ohne daß die Möglichkeit besteht, ihnen eine entsprechende Berufsausbildung zu geben. Der neugegründete Reichsverband der Vorführdamen hat es sich nun zur Aufgabe gemacht, seine Mitglieder vor derartigen Methoden zu schützen und sie durch Stellenvermittlung, Rechtsschutz, berufliche Förderung und gesellige Veranstaltungen zu unterstützen. Es ist sehr zweifelhaft, wieweit einer zahlenmäßig kleinen Organisation die Erreichung dieser Ziele möglich ist. Die gewerkschaftlichen Erfahrungen haben immer gezeigt, daß kleine Fachorganisationen nach anfänglicher Blüte sehr bald ihre Wirkungskraft verlieren. Es ist im Interesse der notwendigen Organisation auch dieser Arbeitnehmer zu wünschen, daß aus den Erfahrungen gelernt wird und die einzig mögliche Konsequenz des Anschlusses an die zuständige freie Gewerkschaft gesucht wird.

Nochmals die Gastwirte an der Oberspree.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten schreibt:

Zu unserer Notiz im „Vorwärts", „Wortbrüchige Unternehmer an der Oberspree" kann mitgeteilt werden, daß der Inhaber von „Vogts Krampenburg", Herr Stibbe, unser Bureau aufgesucht hat. In einer Verhandlung wurde folgendes Endergebnis erzielt: „Herr Stibbe gibt zu, aus Unkenntnis den paritätischen Arbeitsnachweis nicht benutzt zu haben und erklärt, für die Zukunft denselben zu benutzen, die Organisation anzuerkennen und dem Vertreter der Organisation jederzeit das Betreten seiner Lokalitäten zu gestatten."

Die übrigen Herren haben sich in ihrer Versammlung mit unserer Notiz befaßt und durchblicken lassen, daß sie das Polizeiamt Köpenick um Bereitstellung von Ueberfallkommandos (!!) angehen werden, um Vertreter der Organisation, wenn sie im Lokal Kontrollen vornehmen wollen, verhaften zu lassen!

Was der Verein der Inhaber von Sommerlokalen an den märkischen Wasserstraßen für eine Haltung in der Frage der Behandlung unserer Organisation einnimmt, geht daraus hervor, daß er es nicht einmal für notwendig hielt, auf unsere wiederholten Schreiben zu antworten. Wenn die Herren Wirte an der Oberspree und am Langen See so weiter machen, werden sie die Antwort von ihren Gästen bekommen!

Achtung, SPD.-Metallarbeiter!

Alle Genossen müssen sich an der Wahlagitation am Sonntag beteiligen und haben sich vormittags 9 Uhr im Lokal von Zschiesing, Ackerstr. 1, einzusenden. Tel. 2736. Der Fraktionsvorstand.

Verbandstag der Buchdrucker.

5. Verhandlungstag.

Genosse Sinzheimer ging in seinem Referat über „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Arbeitstarifrechtes" zunächst auf die Rechtswirksamkeit der Tarifverträge in der Zeit vor der Tarifverordnung vom Jahre 1918 ein. Damals war das Tarifrecht kein besonderes, sondern ein allgemeines bürgerliches Recht. Man betrachtete den Tarifvertrag nur als einen einfachen schuldrechtlichen Vertrag, ohne rechtliche kollektive Auswirkung. Tarifvertrag und Recht bildeten einen klaffenden Widerspruch, sie standen sich direkt feindlich gegenüber. Früher konnte ein Tarifvertrag weder verbindlich oder allgemeinverbindlich erklärt werden, noch war er unabdingbar. Die Arbeitsordnung im Betriebe stand über dem Tarifvertrag nach der damaligen Rechtsauffassung, Betriebsrecht geht vor Berufsrecht. Zur vollen rechtlichen Wirkung kam der Tarifvertrag erst nach der Tarifverordnung, durch die

der kollektive Rechtsgedanke anerkannt

wurde. Die Grundlagen des heutigen Tarifrechtes sind die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, ihr Vorrang gegenüber der Arbeitsordnung, die Möglichkeit, Tarifverträge durch staatlichen Zwang abzuschließen und sie verbindlich und allgemeinverbindlich erklären zu können.

Wie wirkt sich nun das jetzt gültige Tarifrecht in der Praxis aus? Das Unternehmertum versucht mit allen Mitteln, das Tarifrecht zu durchlöchern. Sie versuchen es einmal dadurch, daß sie in die Statuten der Unternehmerverbände Klauseln einfügen, die diesen Verbänden den Abschluß von Tarifverträgen verbieten, um so eine künstliche Tarifunfähigkeit zu schaffen, die sie dann vor Zwangstarifen und Verbindlichkeitserklärungen schützen soll. Bis jetzt hat sich eine einheitliche Rechtsanschauung darüber, ob sich ein Verband absichtlich tarifunfähig machen kann, noch nicht herausgebildet. Ein in einem ähnlichen Falle ergangenes Urteil des Reichsgerichtes anerkennt die künstlich geschaffene Tarifunfähigkeit nicht und spricht sich zugunsten der Tariffähigkeit aus. Die Auffassung, daß jede Koalition der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, gleichgültig, wie ihre Satzungen aussehen, tariffähig ist, wird auch bestärkt durch den Artikel 165 der Reichsverfassung, der die Verbände zu Trägern des kollektiven Arbeitsrechts erhebt. Ein anderer wichtiger Punkt ist die sogenannte Unter- und Weiterwirkung der Tarifverträge, die den Unternehmern als Zielscheibe ihrer Angriffe dienen. Gerade die Unterwirkung der Tarifverträge hat in den letzten Tagen und Wochen eine große Rolle gespielt. Die Unternehmer vereinbaren mit ihren Arbeitern Löhne, die unter dem Tarifvertrag liegen, was bisher als unzulässig galt. Jetzt teilen sogar schon einige Schlichtungsausschüsse diese Auffassung und flechten in die Schiedssprüche solche Klauseln ein, die eine

glatte Beseitigung der Unabdingbarkeit

bedeuten. Dieser bis jetzt zwar noch zaghaft, aber anscheinend planmäßig verursachten Durchbrechung des Tarifrechtes muß rechtzeitig entgegengetreten werden.

In der Frage der Weiterwirkung herrscht jetzt die Rechtsauffassung vor, daß ein abgelaufener oder gekündigter Vertrag solange weiterwirkt, bis ein neuer abgeschlossen ist. Ganz verzweifelt ist die Rechtslage für die Arbeiter bei Streitfällen aus der sogenannten Wiedereinstellungsklausel, die nach Arbeitskämpfen aufgestellt wird. So verschieden in dieser Frage die Rechtsauffassung ist, ist auch die Rechtsprechung. Ein gänzlich unhaltbarer Zustand herrsche aber bei der Rechtsprechung in Haftpflichtklagen gegen die Gewerkschaften. In dieser Frage fängt das Tarifrecht an, sehr wirksam gegen die Arbeitnehmerverbände zu werden. Es ist heute ein durch die Spruchpraxis gültig gewordenes Recht, daß eine Tarifpartei, die den Tarifvertrag bricht, haftpflichtig ist. Diese Spruchpraxis wirkt sich aber

meist nur gegen die Gewerkschaften

aus, denen ganz ungeheuerliche Schadenersatzverpflichtungen zugesprochen werden. Hier muß bei der künftigen Regelung des Tarifrechtes, die wegen der herrschenden Unklarheit bald erfolgen muß, hingewirkt werden, daß die jetzt unbeschränkte Haftung abgelöst wird durch eine beschränkte Haftung. Es kann nicht angehen, daß die Gewerkschaften, wenn sie einmal wissentlich oder unwissentlich einen Tarifvertrag gebrochen haben, durch Schadenersatzklagen fast ruiniert werden. Die Gewerkschaften sind keine eigennützigen Vereine, sie werden immer mehr Organisationen des öffentlichen Lebens, die geschützt werden müssen gegen Versuche, sie durch Privatklagen zum Weißbluten zu bringen.

Die wichtigste Forderung der nächsten Zukunft ist eine stärkere Sicherung und Hervorhebung des kollektiven Gedankens. Zum Schluß entwickelte der Referent den Gedanken, daß der freie Arbeitsvertrag zum freien Tarifvertrag und dieser zur neuen sozialen Autonomie der Berufe führen müsse. Genosse Sinzheimer beantwortete dann eine Reihe an ihn gestellter Fragen, worauf die Mittagspause eintrat.

Jugendgruppe des ZdA. Alle Abteilungen der Jugendgruppe nehmen geschlossen an der Sonnenwendfeier des Arbeiter-Kulturkartells am Reiherberg in Golm bei Potsdam teil.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonnabend, findet die vom Arbeiter-Kulturkartell veranstaltete Sonnenwendfeier in den Reiherbergen bei Golm statt. Alle jungen Gewerkschaftler treffen sich an einem gemeinsamen Treffpunkt. Die Leitung liegt in den Händen der Kollegen Hofemann, Scharf, Schulwitz, Pickert, Neumann, Hannemann, Peschke.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Pöttcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

A.M.CAY
HASIB
die neue Bosnia
köstlich milde
3 ₰ Cigarette

Ein trüber Morgen in Prierosbrück. Am Himmel hängen dicke Wolken und die Bäume neigen sich unter der Last des Windes. Der „Pilot", unser gutes Faltboot, ruht wohlverwahrt im Bootsschuppen des nördlich der schönen alten Zugbrücke stehenden Gasthauses, in dem jugendfrohe Rudersleute und anderes vergnügungsfreudiges Volk die halbe Nacht beim Schall der Geigen vertanzt hatten. Früh wollten wir aufbrechen, allein die Türen des gastlichen Hauses waren verschlossen. Man mußte Geduld haben. Endlich, endlich regte sich Leben in dem von schwerem Schlaf erfüllten Heim und bald lag der „Pilot" dem ungemütlichen Wetter zum Trotz im Wasser. Alles war wohlverstaut, die Spritzwasserdecke wehrte den Regen ab, langsam drehte der Bug nach Norden, die Fahrt zum „märkischen Meer", dem Scharmützelsee hatte begonnen.

Der Wolziger See.

Der Wettergott wird doch gemütlich; er hat das Ventil seiner Regenmaschine gedrosselt. Schon als wir das Seezeichen an der Einfahrt zum **Langen See** erreichen, gibt es zwischen Himmel und Erde kein Wasser mehr. Wir gleiten an Wäldern vorüber, aus denen sich Nebelschwaden wunderbar erheben. Sie hüllen ihn mit zartem wallenden Schleier ein. Krähen schwingen sich schwer über uns dahin. Schlinggewächse fangen sich an den Paddelblättern, schmiegen sich an den weißen glatten Bootskörper und hemmen die Fahrt. Wieder ein Seezeichen und nun öffnet sich die Breite des Langen Sees. Wir halten scharf nordöstlich. Dort ragen, etwa zwei Kilometer Entfernung, neue Lattenzeichen auf, die langsam herankriechen. Schwarze und rote Tonnen in der Fahrstraße. Leichter Wind wird aus Nordnordwest fühlbar. Die Sonne kämpft mit Wolken und Nebel. Die Luft wird wärmer. Wir laufen in **ein hübsches Fließ** ein, an dessen Anfang eine kleinere Ausbuchtung mit dem niedlichen Namen „Saumwinkel" liegt. Hier treffen wir auf ein Anglertrio, das mit großem Behagen den ersten Fisch beobachtet, der sich an irgendeinem der tückischen Angelhaken verirrt hatte. Im Schilf des Nordufers machen wir Frühstücksrast, denn vor uns liegt der übelbeleumdete **Wolziger See**. Hier, unter dem Schutz der hohen Fichten ist Friede, aber im Süden beugen sich die Sträucher: draußen auf dem fast kreisrunden, von flachen Stellen durchzogenen Wolziger See dürfte es recht ungemütlich werden. Die **Blossiner Brücke** wird passiert, noch wenige Paddelschläge und dann zeigt sich ein herrliches Bild. Links und vor uns weitgestreckter Wald, rechts prächtige Höhen in dunkelblau-violetten Tönen. Der Wind geht gut, die Wellen springen. Mit einem Male sind alle guten Warnungen vergessen, die uns rieten, im weiten Bogen am Norduser nach **Wolzig** zu fahren, um dort den Eingang zum **Storkower Kanal** zu erreichen. Der Mast wird gesetzt, das Segel geht hoch, die Seitenschwerter fallen ins Wasser und nun kreuzt der „Pilot" über die breite Fläche. Die Wellen kommen über, aber die Spritzwasserdecke tut ihre Pflicht. Hart geht es an den Wind heran und nun zieht unser Schifflein seinen Weg. Die Windstärke nimmt noch zu. Zum Teufel, es wird ungemütlich. Aber wir hatten nun einmal A gesagt und nun mußten wir auch mit dem B einverstanden sein. Wir gehen einfach nicht aus dem Kurs und das Boot springt auf und nieder. Wir können in einem einzigen Schlage über den breiten See kreuzen. Im Norden sehen wir zwei Achter, die sich hübsch brav im Windschutz halten, während wir mitten über den See auf die oft schwer erkenntlichen Wegzeichen an den Molen von Wolzig zuhalten. Die Wellen wechseln in der Stärke. Sie haben einen oft wilden und harten Anprall. Aber es geht; es geht sogar gut. Wir nähern uns dem östlichen Ufer. Kurz vor der Mole nehmen wir das Segel weg, paddeln scharf nach Norden, wenden und laufen dann mit vollem Segel vor dem Winde in den Storkower Kanal. Eine schöne Fahrt, wenn sie überstanden ist. Eine Zille liegt am Ufer, ein eifriger Wachthund bellt uns an, ein Motorboot saucht uns entgegen und über die Straßenbrücke von Wolzig donnert ein Auto.

Im Storkower Kanal.

Echte märkische Flußlandschaft nimmt uns auf. Wiesen zu beiden Seiten, hängendes Strauchwerk, Wald im Hintergrunde und wundervolle Einsamkeit. Der Kanal windet sich durch das Gelände. Bald muß man etwas paddeln, bald fängt sich der Wind im Segel. So gleiten wir geruhsam weiter. Und in der Höhe setzt der Wind die Wolken, so daß hier und da Sonnenstrahlen auf die taugetränkte Erde fallen. Eine Biegung, und dann ist plötzlich das kleine Kummersdorf vor uns. Seine Häuser sind in dichtem Grün versteckt. Eine Brücke schwingt sich von Ufer zu Ufer. Links ein Wasserarm, ein Gasthaus und vor uns **die erste der drei Schleusen des Storkower Kanals**. Es ist bereits 2 Uhr nachmittags. Der gute, liebenswürdige Schleusenmeister erklärt uns, daß wir 200 Prozent Zuschlag zum normalen Schleusengeld bezahlen müßten, denn erst von 5 Uhr nachmittags sei am Sonntag wieder Schleusenzeit. Ein weiter Weg liegt noch vor uns, ich zahle. Das Schleusentor öffnet sich. Mein Fahrtgenosse steuert langsam hinein und noch ein anderes Boot folgt. Ach, mein Freund kannte **die Tücken dieser Schleuse** nicht. Er fuhr zu weit in die Kammer hinein. Ein vorwitziger Jüngling von der Besatzung des anderen Bootes öffnet die Schützen, die Wasser stürzen und sprudeln und der „Pilot" tanzt Polka in der Kammer. „Nun is er flöten," sagt der naseweise Jüngling fröhlich. Unserm Boot geschieht zwar trotz des wilden Tanzes nicht viel, nur das Steuerruder ist leicht beschädigt. Aber der Jüngling muß sich vom Schleusenmeister und allen übrigen einige derbe Grobheiten sagen lassen und in Zukunft wird unser Boot bei diesen Schleusen hübsch im Hintergrunde bleiben, damit die strömenden Wasser mit sich selber spielen können. Der kleine Schaden ist schnell behoben und weiter geht die Fahrt zwischen Wald und Wiesen. Da zeigt sich dann links ein hohes Haus, wie eine Kaserne oder ein Gefängnis. Die Baulichkeiten des **Gutes Stuttgarten**. Eine Straßenbrücke führt hinüber zu dem Dörfchen **Philadelphia**, eine der künstlichen Gründungen Friedrich II. Nun folgen glatte Kanalstrecken. In der Ferne steigt die Kirche von **Storkow** empor, das trotz seiner langen Vergangenheit (bereits 1209 wird es in einer Urkunde genannt) immer noch ein großes Dorf geblieben ist. Und rollte nicht ein Zug über die Eisenbahnbrücke, die sich kalt und selbstbewußt über den Kanal legt, so könnte man glauben, daß heute noch Nachkommen der **Familie Sturk**, die dem Städtchen den Namen gab, hier herrschten. In Storkow passieren wir **die zweite Schleuse** ohne jedes Hindernis und fahren unter der niedrigen Straßenbrücke zwischen gemauerten Ufern dahin, vorüber an Werften und Benzinstationen, hinein in den fast 5½ Kilometer langen **großen Storkower See**. Der Nordwestwind ist schwächer geworden, aber er treibt unser Boot in gemütlicher Fahrt über die bewegte Fläche. Zwei Seezeichen in der Ferne locken; jedoch sie kennzeichnen nur die engste Stelle des Sees. Hinter ihnen liegt der größere Teil seines Wassers, die von dichtem Wald umgeben sind, aus dem nur auf dem rechten Ufer die Dächer einiger Häuser hervorragen. Die Sonne hat sich wieder hinter Wolken versteckt, grau in grau malt sich der Himmel auf trübem Wasser. Hinter uns rauscht eine Segeljacht heran und überholt uns in schneidiger Fahrt. Im Wendisch-Rietzer Fließ liegt sie steif und still, als wir vorübergleiten. Vor der **letzten Schleuse** in Wendisch-Rietz ist reges Leben, Boote warten auf die Durchfahrt. Und gerade, als wir heran sind, wird das Tor geöffnet. Hinter der Schleuse ist eine Straßenbrücke, so niedrig, daß wir uns gehörig ducken müssen, wenn wir mit unserem flachgehenden Schiff hindurchwollen. Der Gasthof hinter der Brücke ist das Ziel der übrigen Boote. Wir aber schwimmen auf kristallklarem Wasser zum Ziel unserer Fahrt, zum Scharmützelsee. Kurz vor der Einfahrt gehen wir ans Ufer. Ein freundlicher Landmann gibt gute Auskunft, als er hört, daß wir noch bis **Saarow** wollten, ist er entsetzt: „Dat is aber teuer," sagt er, dat is kaum zu bezahlen." Was hilft's, wir haben es uns nun einmal in den Kopf gesetzt.

Auf dem Scharmützelsee.

Und nun gleiten wir hinaus auf die herrliche Fläche. Kein Windhauch trübt den Wasserspiegel am Ostufer. Von fernher hallt froher Wandergesang: „Wem Gott will rechte Gunst erweisen". Lerchen fallen ein, die zahllosen Taucher schwatzen aufgeregt. Das Westufer liegt so weit, und scheint doch greifbar nahe. Wundervoller Wald stößt hinter Schwarzhorn auf den See, dessen Grund hier ein dichtes Pflanzengewirr ist, ein wahres Sargassomeer. Zehn Kilometer sind auf diesem See zurückzulegen, ehe wir sein Nordende erreichen. Hinter der Ablage von **Silberberg** gehen wir geradenwegs auf die Ostecke der **Halbinsel von Saarow** zu, mitten auf den See hinaus. Da erst begreifen wir ihn in seiner ganzen Größe: das **Kurhaus von Pieskow** liegt unendlich lange rechts voraus und die Bäume von Saarow wollen nicht größer werden. Rauschte nicht das Kielwasser, so könnte man glauben, daß das Boot ein fester Punkt sei auf der weiten Fläche. Wir legen uns ins Zeug und paddeln, was die Muskeln hergeben. Die Sonne ist verschwunden, letzter Abendhauch liegt auf dem Wasser. Im Norden leuchten seit Beginn der Fahrt auf dem märkischen Meer die **Rauener Berge**. Gewitterwolken umziehen den ganzen See, im Süden und im Osten, im Norden und im Westen. Ihn selber aber meiden sie. Endlich liegt das Kurhaus von Pieskow hinter uns und auch Saarow, aus dem dunkle Lichter grüßen, versinkt im Süden. Wir laufen auf ein märchenhaft beleuchtetes Haus am Südufer zu: Kurhaus Pechhütte. Ein großer, hoher Dampfersteg ragt hier ungastlich in den See. Dieses Haus ist nicht für uns. Wir gehen westwärts und finden in der Dunkelheit flache Anlegestellen. Unter dem Sternenhimmel bauen wir das Faltboot ab, verladen es auf seinen Wagen, schleppen die Last über die Terrassen hinter der Landungsbrücke zur Straße empor. Um Mitternacht haben wir im Bahnhofshotel von Bad Saarow die wohlverdiente Ruhe gefunden.

Eine Friedensinsel.

Die ehemalige Militärbadeanstalt Ruhleben, die seit etwa drei Jahren der Allgemeinheit übergeben wurde, ist in diesem Jahre ein kleines Idyll zarter Naturschönheit und Ruhe geworden. Man fährt mit der Straßenbahn, die nach Spandau führt, bis zum Chausseehäuschen, biegt ein paar Schritte in den Wald und meint nun, weiß Gott wie weit von all dem Großstadttrubel mit seinem Lärm, seinem Stank und seiner ungeheuren Unrast zu sein. Hier ist es still, friedlich und rein. Ein kleiner, lieblicher See mit eisenhaltigem Wasser, umrahmt von frischem, saftigem Waldesgrün. Ein prächtiger Laub- und Nadelwald mit hohen Bäumen atmet Ruhe. Hier kann man baden, im Walde lagern und Körper und Nerven — wenigstens für einige Stunden — richtig auf Erholung schicken. Gottlob ist es kein allzu stark besuchter Badeplatz und für solche Menschen, die ein Beisammensein mit der Natur ersehnen, wie geschaffen.

Der Wobbly.

16] **Von B. Traven.**

Copyright by Buchmeister-Verlag, Berlin und Leipzig.

Es folgte ein kurzes Schweigen, dann donnerte der Beifall aufs neue los, und die Musik setzte mit einem Schmettern ein, das einige Takte dauerte, während die Negerin, ihr dünnes Kleid zupfend und sich das Haar zurückstreichend, zu ihrem Platze ging, wo sie eine Flasche Bier und ein Glas stehen hatte. Alle Herren betrachteten sie mit einer scheuen Bewunderung, ohne sich ihr zu nähern und sie zu dem einsetzenden Foxtrott aufzufordern. Sie gingen zu den anderen Señoritas, die sich bescheidener benahmen und nicht Orkane erwarten ließen, die den gewandtesten Mann mit einer Fingerbewegung aus dem Sattel zu heben drohten. Die Señoritas betrachteten die Negerin nicht als eine Nebenbuhlerin, die sich eines unlauteren Wettbewerbes bediente. Durchaus nicht. Sie gab dem Geschäft einen ganz ungeheuerlichen Schwung, der zehn Minuten vorher zu spüren war. Die Herren hatten Feuer in den Augen, während sie bisher ziemlich gleichgültig und interesselos dreingeschaut hatten. Und die Señoritas versuchten jetzt beim Tanzen einige der Bewegungen, die sie soeben gesehen hatten, nachzuahmen. Aber es sah häßlich aus und widerlich. Sie preßten sich hart an die Männer und spielten mit ihren hinteren Partien. Aber die Herren reagierten nur sehr schwach darauf und hielten sich auffallend steif zurück, bis die Señoritas anfingen, die Gesten, die bei ihnen so aussahen, als ob ein kleiner Gemüsekrämer plötzlich die Reklame eines großen Warenhauses nachmachen möchte, ganz und gar und immer mehr vergaßen und in immer normaler Weise tanzten. Das gefiel den Herren viel besser und erinnerte sie sicher an ihre Bräute oder Frauen oder an begehrte Mädchen und brachte sie in die Stimmung, die allein für das Geschäft nutzbringend war.

Sie luden ihre Tänzerinnen ein, sich mit ihnen zu einer Flasche Bier oder einem Whisky an einen Tisch zu setzen. Sekt trinkt man nur, wo den Kleinen alles verboten und den Großen mehr erlaubt ist, als sie in normaler Weise leisten und genießen können. Wo Sekt getrunken werden muß, um lachen zu dürfen und sich der Schönheiten des Lebens zu erfreuen, artet die Unterhaltung häufig zur Schweinerei aus. Und aus diesen Ausartungen mißt der Zensor seine Normalmeterstäbe ab, mit denen er den Kleinen die Länge des Vergnügens zumißt, die er ihnen zubilligt. Immer nur da, wo die Röcke nicht hochgehoben werden dürfen, begeht man Verbrechen und tut den törichten Unsinn, nachzusehen, was unter den Röcken ist.

10.

Die Straßen waren voll von Händlern. Da waren Tische, wo es heiße Enchiladas gab. An anderen gab es Kaffee. Wieder an anderen kaltes Huhn oder gebratenen Fisch oder Roastbeef mit Brötchen oder mit Tortillas. Man konnte Salat kaufen, oder Bananen, Papayas, Aepfel, Weintrauben, Apfelsinen. Kleine Buden verkauften Zigaretten, Zigarren und Tabak. Andere Zeitungen und Zeitschriften. An vielen Tischen gab es Eiswasser in fünf oder sechs verschiedenen Sorten, Lemones, Hochata, Jamaika, Tamarindo, Piña, Naranja, Papaya und was nicht noch. Dazwischen liefen Jungen und Frauen herum mit Körben oder Zigarrenkistchen. Sie verkauften Kaugummi, Süßigkeiten, getrocknete Kalavasaskerne, Peanuts, Obst und Blumen. Andere liefen herum mit Eimern mit Eiswasser, das sie glasweise abgaben. Hundert Menschen, wenn nicht mehr, fanden hier ihren Lebensunterhalt. Frauen trugen ihre Säuglinge auf den Armen oder führten kleine Kinder an der Hand, während sie ihrem Handel nachgingen. Weder die Sittlichkeit der halbwüchsigen Jungen, die ihre Zeitungen oder Zigaretten ausriefen, noch die der ehrbaren Handelsfrauen oder deren Kinder wurde vernichtet in dieser Umgebung. Wer Sittlichkeit hat, der verliert sie nicht, wenn er etwas sieht, das als Unsittlichkeit anzusehen ihn niemand gelehrt hat.

Hunderte von ehrbaren Frauen und Mädchen und Kindern und ganzen Familien hatten den ganzen Tag hindurch das Quartier der Señoritas zu passieren, um zu ihren Wohnungen zu gelangen. Sie fühlten sich nicht gefährdet. Sie konnten einen anderen Weg wählen, wenn sie wollten; aber der Weg durch das Quartier war kürzer. Und wenn man mit einer Frau, die etwas vom Leben verstand, darüber sprach, so sagte sie: „Einen Mann zu gewinnen und zu behalten ist nicht so schwer; aber jeden Tag ein halbes Dutzend Männer zu gewinnen, ist eine Kunst. Warum soll ich mit Entrüstung auf die Señoritas sehen? Ich glaube, die Entrüstung und das Aergernis bei vielen ehrbaren Frauen kommt nur daher, weil es ihnen nicht gelänge, sich auf diese Art ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Herren wollen für ihr Geld etwas haben, und die Mehrzahl der ehrbaren Frauen ist zu langweilig, zu dumm, zu häßlich, um den Herren das geben zu können, wofür die Herren zahlen. Um ihre Nachteile zu verschleiern, nennen sie sich anständig, und sie haben große Mühe, ihrem eigenen Manne zu gefallen."

Und die Dame, die das sagte, war die ehrbar angetraute Frau eines wohlsituierten Kaufmannes in der Stadt, der einem vornehmen Klub als Mitglied angehörte. Und sie war eine schöne Frau, die sich gut und geschmackvoll zu kleiden verstand und sicher nie einem anderen Manne als dem ihrigen auch nur die kleinste Gunstbezeigung erwiesen hatte. Aber sie war ja auch keine Puritanerin, sondern eine Tochter aus alter spanisch-mexikanischer Familie. In puritanischer Umgebung können solche Anschauungen nicht wachsen, und wenn sie auftauchen, sind sie widerwärtig.

Es kam ein junger Amerikaner eines Tages hierher. Er hatte eine sehr hübsche junge Frau und drei niedliche Kinderchen. Ich wurde bei ihm zum Diner eingeladen. Vor Tisch und nach Tisch betete er, und Sonntags vergaß er nicht, mit seiner Frau die amerikanische Kirche zu besuchen. Als er mich bat, ihm die Stadt zu zeigen, sagte er: „Ich habe gehört, hier in diesen Ländern gibt es das und das. Wo ist denn das?"

Ich zeigte es ihm, und er besuchte mehr als eine der Señoritas. Als er dann wieder zurückreiste, sagte er mir: „Das ist doch ein schrecklich unsittliches Land. Dem Himmel sei Dank, daß so etwas bei uns nicht gestattet ist."

Da log er zum zweitenmal. Es war gestattet. Wie alles gestattet ist, was gegen die natürlichen Triebe des Menschen gerichtet ist. Es wurde gestattet durch Vergewaltigung von Frauen und Kindern, durch Verheiratung elfjähriger Mädchen an fünfzigjährige reiche Männer, die sich nach acht Wochen wieder scheiden ließen. Es wurde gestattet durch das Herumschleichen von Frauen und Mädchen in den Seitengassen zur Abend- und Nachtzeit. Es wurde gestattet dadurch, daß von hundert Männern wenigstens fünfzehn und von hundert Frauen und Mädchen achtzehn an üblen Krankheiten litten, die in den dunklen Seitengassen wucherten und wuchsen. Dann werden Millionen und aber Millionen von Dollar ausgegeben, um diesen Krankheiten, von denen zu sprechen schamlos ist, Einhalt zu gebieten, während hunderttausend Dollar genügten, sie auf das kleinste Maß zu beschränken, dadurch daß man den Leutchen Gelegenheit gibt, sich innerhalb beleuchteter vier Wände guten Abend zu sagen, Wasser und Seife zur Hand zu haben und die ganze Sache ebenso als Geschäft zu betrachten wie die bezahlte Krankenpflege, das Dampfbad oder das Massieren. Aber wenn das von diesem natürlichen und gesunden Standpunkt aus betrachtet würde, hätten ja die alten Beischwestern, die kastrierten Traktätchenschreiber und die sabbernden Verkünder goldener Regeln nichts mehr zu tun. Wohin mit ihnen so schnell? Man kann sie doch nicht eingraben. Sie würden ja nicht einmal Dung machen, weil sie zu trocken, zu ledern und zu saftlos sind.

(Fortsetzung folgt.)

Kolportage.

Es ist ein gefährliches Pflaster, wenn man sich auf das Gebiet „Kolportage" begibt. Ein bekannter Lustspieldichter hat darüber ein Theaterstück geschrieben, mit dem er viel Geld verdient hat, viel Geld, wie man es eben mit Kolportage verdient! Das treufelnde Gift dieser Volksverseuchung ist leider in erhöhtem Maße hier in Berlin zu Hause.

Nicht der Hintertreppenroman gewissenloser Schmierer in den berüchtigten 10-Pfennig-Heftchen mit den mysteriösen Titeln von „berühmten" Detektiven und „gefeierten" Hochstaplern, diese Köchinnenlektüre, ist die unheilvollste Kolportage. Weit gefährlicher sind jene Revolverblättchen, die auf die niedrigsten Instinkte des Menschen spekulieren und mit pikanter Erotik Geschäfte machen. Sie sind unter den Zeitungen das, was die Animierkneipen unter den Wirtschaften sind. Ihre Verfasser, die meistens in eigener Regie „arbeiten", verdienen keinen besseren Namen als Zuhälter an der gesunden Volksmoral. Etwas besser ist es in den letzten Jahren mit dem einträglichen Handwerk im Film geworden. Wir dürfen darauf hoffen, daß die kitschigen Filme allmählich verschwinden und daß eine Gesundung dieser Industrie eintritt. Wie eine unheilvolle Krankheit hat sich die Zukunftkolportage im Reklamewesen festgefressen. Welche Geschmacklosigkeiten, Pietätslosigkeiten, Tendenzaufmachungen sich da manche „Künstler" leisten, spottet jeder Beschreibung. Politische Propaganda wird mit Feuereifer in den Dienst niedrigster Leidenschaft gespannt und als Vergiftungsbazillus in die Masse geworfen. Aber auch in der Industrie verdient man mit der Kolportagewirtschaft viel Geld. Sind gewisse marktschreierische Saisonausverkäufe, Rabattierungen, Räumungsausverkäufe, Geschäftsaufgaben eines Artikels etwas anderes als Schleuderkolportage?

An erster Stelle in der „Zunft" stehen manche Theaterdirektoren, die mit Wollust und profitlichem Lächeln ihrem Publikum diese Räuberromantik als Kost vorsetzen, weil sie genau wissen, daß diese Speise für ihre Geldtaschen äußerst bekömmlich ist. In das gleiche Horn blasen aus den nämlichen Motiven manche Autoren, um Handlanger für jene skrupellosen Kunstverhunzer zu machen. Sie alle sind Schädlinge am Volksgut.

Das Zuchthausurteil gegen Schreiter.

Das Sachverständigengutachten.

Der 23jährige Richard Schreiber ist, wie gestern gemeldet, wegen Totschlags und versuchten Raubes an dem Kassierer Grau in der Hertelstraße 6 zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Tat wie Urteil hinterlassen ein zwiespältiges Gefühl. Als Kaufmannslehrling in einer Brauerei, lernte er früh das Trinken und ließ sich, verwöhnt von der Mutter, zu leichtsinnigen Handlungen hinreißen. Zwei Unterschlagungen und ein schwerer Diebstahl zählt sein Strafregister. Arbeitslos kam er im Sommer v. J. nach Berlin und landete bald im Asyl der Heilsarmee in der Büschingstraße. Diebstahlsgedanken, mit denen er sich oft trug, erfüllten ihn auch am Sylvesterabend, als er sich nach reichlich genossenem Alkohol vor seinem Freund in den Hof der Schumannschen Wirtschaft verstekte. Was weiter geschah, erzählte er während der Vernehmungen stückweise im Polizeipräsidium und während des Lokalterminus. Er blieb hier im Hofe in der Hoffnung, daß irgend ein betrunkener Hausbewohner ihm Gelegenheit zum Stehlen bieten würde. Einer Frau, die auf den Hof kam, rief er dreimal hintereinander zu, „sie solle das Licht auslöschen". Eine andere fragte er, was sie hier wolle. Von einem Mieter zur Rede gestellt, erklärte er, er wolle hier das Licht auslöschen. Als dann der Kalfaktor Grau von der Schumannschen Wirtschaft sich die Treppe hinaufbegab, folgte er ihm, versuchte in seine Tasche zu greifen, warf ihn dann zu Boden, brachte ihm einige Schläge mit dem Taschenmesser bei und versetzte ihm mit dem Rassiermesser drei Schnitte in die Kehle. Als er noch auf dem Grau kniete und jemand in den Treppenflur kam, sagte er: „Pst, pst, sei ruhig." Dann flüchtete er auf die Straße, handelte hier mit einer Frau an, verwickelte sich in eine Schlägerei mit zwei Leuten, so daß er von einem Schutzmann getrennt werden mußte, begab sich dann zu seinen Verwandten, um Hut und Paletot zu holen, kaufte sich für 10 Pf. Zigaretten und fuhr nach dem Alexanderplatz.

Und dies alles tat er, als wäre nichts geschehen, nachdem er eben erst einen Menschen getötet hatte und obgleich seine Hände und Rockarmel mit Blut besudelt waren. Erst gegen Mittag, als er in der Wärmehalle erwachte, reinigte er seine Hände und begab sich zu seiner Tante zum Mittagessen. Das war in lückenhafter Wiedergabe der Sachverhalt. Der Angeklagte war es auch, der bei der Zeitungslektüre seinen Schlafkollegen darauf aufmerksam machte, daß er in dem Hause, in dem die Tat geschehen war, sich in der fraglichen Nacht aufgehalten habe. Dieses alles wie auch manches andere Unlogische in dem Verhalten des Angeklagten veranlaßte die Sachverständigen anzunehmen, daß Schreibers Tat die eines Menschen im pathologischen Rausch gewesen sei. Das Gericht entschied anders. Ob es richtig entschieden hat, muß dahingestellt bleiben.

Unrecht hatte das Gericht jedenfalls, als es den Antrag der Verteidigung auf Einforderung eines Obergutachtens des gerichtsärztlichen Ausschusses der Stadt Berlin ablehnte. Das Unrecht, das vielleicht dem wenig sympathischen Totschläger widerfahren ist, kann morgen einem sozial wertvollen Menschen geschehen, der das Unglück gehabt hatte, das Strafgesetz zu verletzen. Es ist abzuwarten, was die Revision beim Reichsgericht bringen wird.

Berlin kauft das erste städtische Flugzeug.

Die Stadt Berlin, die für Verwaltungszwecke an Beförderungsmitteln bisher nur über eine Reihe von Personenautomobilen und ein Motorboot verfügte, will diesem Fuhrpark nun auch das modernste Vehikel, ein Flugzeug, angliedern. Wie wir erfahren, verhandelt der Magistrat zurzeit wegen des Ankaufs einer eigenen Maschine mit den Dornier-Werken in Friedrichshafen, und es ist damit zu rechnen, daß der Kaufvertrag bereits in den nächsten Tagen perfekt wird. Das städtische Flugzeug soll in erster Linie dem Stadtoberhaupt Oberbürgermeister Böß, daneben aber auch anderen Magistratsmitgliedern zu Dienst- und Repräsentationsreisen zur Verfügung stehen, so daß sich der Oberbürgermeister beispielsweise zu Städtetagssitzungen oder zu auswärtigen Sportveranstaltungen mit Teilnahme Berliner Repräsentationsmannschaften auf dem schnellsten Wege begeben kann, ohne seinen Dienstgeschäften in Berlin auf zu lange Zeit entzogen zu werden. Der für den Ankauf in Aussicht genommene Flugzeugtyp ist das neueste, auf Grund der Aufhebung der Begriffsbestimmungen hergestellte Erzeugnis der Dornier-Werke, der Dornier-Merkur. Die Maschine ähnelt äußerlich der bisherigen Dornier-Verkehrsmaschine Komet III und kann etwa sieben Fluggäste aufnehmen. Die Deutsche Lufthansa hat sich bereit erklärt, dieses erste städtische Flugzeug im Flughafen Tempelhofer Feld in Pflege zu übernehmen.

Der Kampf des persischen Volkes.

Die persische Kolonie in Berlin hatte zu einer Protestkundgebung gegen die letzten Wahlereignisse in Persien nach Charlottenburg in das „Türkische Zelt", Berliner Straße, eingeladen. Eine bunt gewürfelte Gesellschaft füllte den Saal. Perser, Chinesen und sympathisierende deutsche Gäste, teils im modernen Stehkragen, teils im Wandervogeldreß. Der erste Redner, der ehemalige Abgeordnete Paur Reza, dessen persische Ansprache verdolmetscht wurde, wandte sich gegen das Terrorsystem der absolutistischen Dynastie Riza Chans. Das Parlament wird lahmgelegt, Korruption und schnödeste Wahlbeeinflussung der feudalen Konterrevolutionäre fälschen den Willen des Volkes. In den Großstädten kommen nur 7—8 Proz. zur Wahl, bäuerliche Analphabeten schleppt man mit Gewalt zur Urne. Ein weiterer Redner stellte fest, daß das Aufwandsbudget „Seiner Majestät" 10 Millionen Dollar ausmache! Das sei mehr als die Hälfte des Gesamtbudgets. Scheich Seif Azad, Chefredakteur der „Azaeli Schark", bekannte sich unter dem stürmischen Beifall der Versammelten als leidenschaftlicher Antiroyalist und Republikaner für die demokratische Herrschaft des Volkes. Riza Chans Terrorregime sei der Untergang der persischen Massen. Weitere Ansprachen folgten, so die Sympathieerklärung eines Vertreters der chinesischen Kuo Min Tang. Ein persischer Student gab an Hand eines Briefes aus der Heimat charakteristische Proben der augenblicklichen Gewaltherrschaft.

Ein Telephonbarbar.

Faustschläge als Bezahlung.

Es sind böse Zeiten. Da muß man seine wenigen Groschen zusammenhalten und sparen, wo man kann. Wie schön war es doch früher: da konnte man beim Freunde umsonst telephonieren. Aber so für jede Telephonunterhaltung 15 Pf. zahlen — das gibt im Jahr ein nettes Sümmchen.

So dachte wohl bei sich der ehemalige Theaterdirektor H., als er Monate lang bei seinen Gesprächen von der Fernsprechzelle einer der Berliner Vorortbahnhöfe anstatt die Telephonmarken in den Zahlkasten zu werfen, mit einem Faustschlag auf den Kasten das Alarmzeichen vortäuschte. Die Telephonistinnen wunderten sich immer wieder, daß dieses schwache Alarmzeichen nach ihrer Aufforderung zu zahlen, stets in den Morgenstunden zwischen 9 und 10 Uhr gegeben wurde und daß nach hergestellter Verbindung stets der Name H. genannt wurde. Bis endlich das Postamt sich entschloß, eines Morgens einen Beamten hinzuschicken, der auch richtig den Uebeltäter auf frischer Tat ertappte. Der Zahlkasten war eben erst geleert und vier Gespräche waren ordnungsgemäß von verschiedenen Leuten geführt worden, als Herr H. erschien, sich fünfmal verbinden ließ und jedesmal nach der Aufforderung der Telephonistin zu zahlen, dem Zahlkasten einen kräftigen Faustschlag versetzte. Es stellte sich auch heraus, daß die Kassette nur vier Telephonmarken aufwies. Herr H. bestritt gesprochen zu haben. Der Beamte hatte ihn aber durch die Glasscheiben beobachtet, die Telephonistinnen die Nummern notiert und die Nachprüfung ergab, daß Herr H. mit diesen Nummern wirklich sich zu unterhalten pflegte. So wurde Strafanzeige erstattet. H. war nun vom Schöffengericht zu 150 M. Geldstrafe wegen Betrugs verurteilt worden. Er gab sich mit dem Urteil nicht zufrieden und hatte Berufung eingelegt. Die zweite Instanz verwarf aber die Berufung. Herr H. hat eben am falschen Ende gespart. Jetzt wird ihm wohl nichts übrig bleiben als die 150 M. durch die Zahl der mit Hilfe eines Faustschlages geführten Telephongespräche zu dividieren, um auf diese Weise die Kosten jedes einzelnen derselben festzustellen.

Keine Besteuerung des Rundfunks.

Der Berliner Magistrat hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit der Frage einer Rundfunksteuer durch Heranziehung der Sendegesellschaften befaßt und auch diese Form der Besteuerung endgültig abgelehnt. Maßgebend für die Entscheidung war die Ueberzeugung, daß auch diese Form der Besteuerung nachteilige Wirkungen für die Verbreitung und Vervollkommnung des Rundfunks, ferner aber auch für die deutsche Funkindustrie selbst auslösen müßte, die ja doch zu 95 Proz. in Berlin ihren Sitz hat. Es wird demnach künftig in Berlin keinerlei Sonderbesteuerung des Rundfunks erfolgen.

Wir wollen diesen Freitag im Funkkalender rot anstreichen. Der Berliner Rundfunk bewies damit, daß er auch gute Tagesprogramme zusamenstellen kann. Offenbachs „Orpheus in der Unterwelt", aus dem Hause der Funkindustrie übertragen, war die heitere Krönung der Darbietungen. Die ausgezeichneten Sänger schufen unter Leo Blechs Leitung den Nur-Zuhörern sicher fast ebensoviel Freude wie den Zuschauern. Sehr hübsch erdacht und auch gut wirksam war für die Uebertragung die Teilnahme des Ansager Cornelis Bronsgeest am Spiel. Besonders aber die humorvollen Darsteller, Hans Heinz Bollmann, Waldemar Henke, Walter Kirchhoff, Vera Schwarz und Irene Eden, Wolfgang v. Schwindt als Cupido, der gerade an Stimmbruch leidet, und Franz Groß als Jupiter nicht zu vergessen, verdienen Dank. — Auch das Nachmittagskonzert, von Theophil Demetriescu am Klavier begleitet, war zu loben. Die Vorträge Georg Bambergers und Wolfgang Zilzers zeichneten in interessanter Aufeinanderfolge die Charaktere zweier Volksstämme: mit Schnurren aus dem Berliner Volksleben wartete Georg Bamberger auf; Anekdoten des Alemannen Johann Peter Hebel erzählte Wolfgang Hilger in ausdrucksvollem Vortrage. In den Hochschulkursen der Hans-Bredow-Schule brachte Prof. Adolf Grabowsky klug-sachliche und daher aufschlußreiche Ausführungen über das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Auch wer dem Redner nicht in allem zustimmte, wird seinem Vortrage doch gern und mit Interesse gefolgt sein.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 26. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
12 Uhr mittags: Die Viertelstunde für den Landwirt. **4.30 Uhr** nachm.: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht: Esperanto (Direktor Julius Glück). **5 Uhr** nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Szpanowski. **6—6.30 Uhr** abends: Teemusik aus dem Hotel Adlon (Kapelle Marek Weber). Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. **6.50 Uhr** abends: Professor Dr. Jumperts: „Der Schöpfer der modernen Ethnografie Adolf Bastian und sein Freund Georg v. Neumayer" (Anläßlich ihres 100. Geburtstages am 26. bzw. 21. Juni). **7.20 Uhr** abends: General Schlee-Pascha: „Die jüngsten Vorgänge in Polen". **7.50 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Philosophie. Dr. phil. et med. Max Dessoir: „Das Schaffen des Künstlers". **8.30 Uhr** abends: Uebertragung aus dem Haus der Funkindustrie: Von Offenbach zu Lehár. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. III. 1. Suppé: Ouvertüre zu „Isabella". 2. Zeller: a) Auftrittslied der Christel aus „Der Vogelhändler". b) Auftrittslied der Komtesse aus „Der Obersteiger" (Lia Fuldauer, Sopran). 3. a) Zeller: Kellermeisterlied aus „Der Kellermeister", b) Eyßler: Küssen ist keine Sünd'. aus „Bruder Straubinger" (Franz Groß, Bariton). 4. Genée: Potpourri aus „Nanon". 5. a) Dellinger: Komm herab, o Madonna Teresa, aus „Don Cesar", b) Zeller: Schau mir nur recht ins Gesicht, aus „Der Vogelhändler" (Lia Fuldauer, Sopran; Max Kuttner, Tenor). 6. Zeller: Grubenlichter, Walzer aus „Der Obersteiger". 7. a) Eyßler: Kirschenlied aus „Pufferl", b) Genée: Der Weiseste der Weisen aus „Nanon" (Franz Groß). 8. Eyßler: Entrée des Landgrafen aus „Bruder Straubinger" (Max Kuttner). 9. Ziehrer: Potpourri aus „Die Landstreicher" (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitansage. Wetterdienst. Sportnachrichten. Theater- und Filmdienst. **10.30—12 Uhr** abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Sonnabend, den 26. Juni.

1.10—1.40 Uhr nachm.: Madrigalchor unter Prof. Karl Thiel: Kunstlieder aus der Zeit der Romantiker. **3—3.30 Uhr** nachm.: Prof. Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. **3.30—4 Uhr** nachm.: Hetty Walter: Wie wird die Hausfrau den Forderungen nach einer zeitgemäßen und billigen Lebensweise gerecht? **8.30 Uhr abends: Uebertragung von Berlin.**

Das Hochwasser an Elbe und Oder.

Die geborstenen Dämme.

Schwedt a. d. O., 25. Juni. Der Dammbruch bei Niederfaaten, durch den rund 5000 bis 6000 Morgen Wiesen und Aecker unter Wasser gesetzt worden sind, hat bisher alle Bemühungen die Einbruchstelle zu befestigen, vereitelt. Bei der großen Länge des Bruches ist es unmöglich, den Riß zu schließen, und die Arbeiten der Schwedter Garnison, der Technischen Nothilfe, die unter Leitung des Wasserbauamtes stehen, sind darauf gerichtet, die Bruchkanten zu versteifen, so daß die noch immer steigenden Fluten den Damm nicht noch weiter einreißen. Die Bruchstelle hat jetzt eine Länge von über 220 Metern. Der Wasserstand, der gestern 3,13 Metern über Normalnull betrug, ist heute auf 3,30 Meter gestiegen. Nach den vorliegenden Meldungen aus dem Oberlauf der Oder muß damit gerechnet werden, daß der Strom noch bis Sonntag um weitere 15 bis 20 Zentimeter ansteigen wird. Nach sachverständiger Schätzung dürfte es, wenn keine neuen Regenfälle eintreten, mindestens 14 Tage dauern, bis die Fluten in den beiden überschwemmten Pollern sich verlaufen haben. Eine Gefahr für die hinter dem überschwemmten Becken liegenden Dörfer besteht zur Stunde glücklicherweise nicht, doch ist auf jeden Fall Fürsorge getroffen worden, um ein weiteres Vordringen der Ueberschwemmung zu verhüten.

Die Verheerungen, die das Hochwasser im Warthe- und Netzebruch angerichtet hat, sind besonders schwer. Bei Vietz a. d. Ostbahn wird das Bersten des großen Warthedammes erwartet. Hier sind Pioniere aus Küstrin zur Hilfeleistung hinbeordert worden.

Zu den Meldungen über den Bruch des Staudammes bei Niederfaaten an der Oder kommen jetzt auch beunruhigende Meldungen von der Elbe. Das Wasser bei Wittenberge ist neuerdings wiederum um über einen halben Meter gestiegen, und immer sind noch keine Aussichten für einen Stillstand oder gar ein Abfluten vorhanden. Neuere Meldungen vom Oberlauf der Elbe besagen zwar, daß das Hochwasser im Fallen ist, bis in die Wittenberger Gegend hat es sich aber noch nicht ausgewirkt. Das Hochwasser ist schon bis Tangermünde vorgedrungen. Die Technische Nothilfe, die Wasserpolizei und das Reichsbanner sind in ständiger Alarmbereitschaft. Stellenweise sind die Hilfskräfte schon bei Sicherungsarbeiten eingesetzt. Die Deiche werden Tag und Nacht kontrolliert. Bei Schnackenburg sind 300 Mann ununterbrochen mit der Sicherung der Deiche beschäftigt. Hier darf das Wasser nur zwanzig Zentimeter steigen. Dann wird die Deichkrone überschwemmt. Die gegenwärtig noch geschützten Dörfer werden bereits von den Einwohnern geräumt. Ueberall ist die Ernte verloren, da lange Anhalten des Hochwassers hat die alten und festen Dämme unterspült, so daß das Wasser von der Sohle her in die sonst geschützten Landgebiete eindringt. Der Schiffsverkehr ruht vollständig, nur die stärksten Regierungsdampfer können noch gegen den reißenden Strom fahren. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Genosse Hörsing, bereist in Begleitung des Vizepräsidenten Dr. Hausmann das überschwemmte Gebiet, um den Umfang der Katastrophe festzustellen. Selbstverständlich wird die Regierung den Hochwassergeschädigten sofort Hilfe angedeihen lassen. Wahrscheinlich werden sich Staat, Provinz und Gemeinden in die Unterstützung teilen. Auch an die Reichsregierung ist bereits ein Hilferuf abgegangen. Der Gesamtschaden wird in der Priegnitz und in der Altmark auf über 80 Millionen geschätzt.

Aus der Gegend von Perleberg wird gemeldet, daß auch hier das Wasser weiter gestiegen ist. Die Aecker und Wiesen sind überschwemmt, überall ist die Ernte verdorben und weggeschwemmt. Im Lenzener Hagen wurde der Staudamm zwischen dem Rudower See und der Löcknitz unterspült und von der Wasserflut fortgerissen. Hier hat das Hochwasser auch ein Todesopfer gefordert, ein Schuljunge ist ertrunken.

Tödlicher Betriebsunfall in der AEG.

Ein furchtbarer Unfall ereignete sich gestern abend gegen 8 Uhr in der AEG. Brunnenstraße. Der an dem Horizontal-Drehwerk beschäftigte 54jährige Hilfsarbeiter Otto Bandig aus der Zietenstraße 56 in Neukölln geriet zwischen einem zu bearbeitenden Metallstück und dem Drehstahl, wobei ihm der Leib aufgerissen wurde. Erst einige Zeit später wurde der schreckliche Unfall bemerkt; der Verunglückte war bereits seinen schweren Verletzungen erlegen.

Sonnenwendfeier des Arbeiterkulturkartells am Reiherberg in Golm bei Potsdam, am Sonnabend, den 26. Juni 1926. Festspiel: Völkerfreiheit — Menschenrecht. Bläserchor. Massengesang. Fahrverbindungen: Potsdamer Bahnhof oder Stadtbahn bis Potsdam oder Wildpark. Von Wildpark ¾ Stunden Fußweg bis Golm. Von Wildpark Kleinbahn bis Golm, 7.23, 9.44. Die Festleitung befindet sich im Restaurant „Zum Rutschberg", Dorfstr. 12. Dort erfolgt die Ausgabe der Fackeln gegen Abgabe des Gutscheines. Karten je 50 Pf. (inkl. Fackel) in allen Gewerkschaftsbureaus, im Bureau des Afa-Bundes, Berlin SO. 16, Engelufer 24-25, bei den Betriebsobleuten, in den Vorwärtsspeditionen, in der Vorwärtsbuchhandlung, Lindenstr. 2, bei der Sozialistischen Arbeiterjugend, Lindenstr. 3, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof, II., Zimmer 8.

Sonnenwende der Naturfreunde. Am 26./27. Juni veranstaltet der Touristenverein „Die Naturfreunde", Zentrale Wien, um 12 Uhr nachts seine diesjährige Sonnenwende am Uedersee bei Steinfurth-Schöpfurth. Dort Gesang, Musik, Rezitationen, Ansprache des Genossen Adolph Hoffmann, Sonnenwendfestspiel, Sonnenwendfeuer. Fahrt mit Sonntagsrückfahrtkarte bis Malchow oder Eberswalde. Der Zug 5,35 Uhr nachmittags hat in Eberswalde Anschluß an die Kleinbahn nach Schöpfurth. Die Arbeiterschaft ist zur Feier herzlich willkommen.

Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin. Sonnenwendfeier am Reiherberg bei Golm am Sonnabend, den 26. Juni 1926. Festspiel: Völkerfreiheit — Menschenrecht. Aufgeführt von Mitgliedern der gewerkschaftlichen Jugendverbände und der Sozialistischen Arbeiterjugend. Bläserchor — Massengesang. Preis der Karte 50 Pfg., wofür jeder Teilnehmer eine Fackel erhält. Karten zu haben in allen Gewerkschaftsbureaus, beim AfA-Bund, bei den Betriebsobleuten, in Vorwärtsspeditionen, der Vorwärtsbuchhandlung, Lindenstr. 2, im Bureau der Arbeiterjugend und des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Opernvorstellungen für Minderbemittelte: Für die heute, Sonnabend, den 26. Juni, in der Städtischen Oper stattfindende Aufführung „Rheingold" sind noch einige Karten im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof II, Zimmer 8, zu haben.

Geschäftsverlegungen. Die Reederei Aktiengesellschaft normals Julius Krüming, die „Behala" Berliner Hafen- und Lagerhaus-Akt.-Ges., Generaldirektion der Berliner Häfen und die Aktiengesellschaft für Oellagerung, teilen mit, daß sie ihre Geschäftsräume von Unter den Linden 39 nach Berlin-Plötzensee, Westhafen, Verwaltungsgebäude, verlegt haben. (Siehe Inseratenteil).

Eine ganze Familie erschossen aufgefunden.

Reichenstein, 25. Juni. (TU.) Ein Kaufmann namens Steier wurde heute mit Frau und zwei Kindern in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Die Behörden nehmen Mord und Selbstmord an und haben die Leichen bereits freigegeben. Das Dienstmädchen fand die vier Familienmitglieder in ihrem Blute schwimmend tot auf. Steier war zwar stellungslos, lebte aber mit seiner Familie in auskömmlichen Verhältnissen. Selbstmordabsichten hat er nie zu erkennen gegeben.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Nur zeitweise stärker bewölkt, keine oder nur geringe Niederschläge, nachts noch kühl. — **Für Deutschland:** Ueberall meist trocken und aufheiternd, nur in Schlesien und Ostpreußen noch wolkig und Niederschläge.

Sonnabend
26. Juni 1926

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Sommerregen.

Von Else Rabe.

Das Fräulein kommt von einem einsamen Spaziergang nach Hause und hat beschlossen, endlich die aufgesparten Morphiumpulver in ein Glas Wasser zu schütten und mutig herunterzuschlucken.

Die Lebensmüde ist vierzig Jahre alt. Sie hat weder Reue, noch Buße über ein sündiges Leben zu empfinden. Es sei denn, sie käme auf den Gedanken, sich selbst anzuklagen, weil sie alles im Leben versäumte, insbesondere die Sünden.

Ein tragischer Irrwisch, klein, vergrämt, den Hut schief auf den dünnen Haaren, war sie am sommerfrohen Sonntagnachmittag durch die festlich belebten Straßen geirrt. Vor einem Stadtbahnhof stand wartend eine große Gesellschaft. „Wo sie nur bleibt," sagte jemand, „Wo sie nur bleibt!" Und man scherzte und lachte. Das Fräulein wollte wissen, wer mit soviel Freude und Ungeduld erwartet wurde.

Es näherte sich, jubelnd begrüßt, eine ältere Dame, altjüngferlich wie die stille Beobachterin, aber mit strahlenden Augen . . . Das Fräulein war melancholisch weitergegangen.

Auf einer Bank saß ein junges Mädchen in einem blitzsauberen hellen Kleid, achtzehn Jahre alt. In den flinken Händen eine Handarbeit, weiß mit bunten Fäden. Dies am Sonntagsnachmittag, dachte das Fräulein. Hat die Jugend nichts Schöneres für solch einen Tag? Aber ein junger Mann, von ferne winkend, lächelnd, setzte sich an des Mädchens Seite. Es faltete schnell die Arbeit zusammen und reichte ihm die Hände, die er mit seinen plumpen Fingern preßte.

Und das Fräulein ging als überflüssige Person beiseite.

Dann umwölkte sich der Himmel, Gewitterdrohung elektrisierte die von der Wärme erschlafften Glieder. Das Fräulein eilte nach Hause. Es hatte keinen Menschen in der Welt, zu dem es flüchten konnte. Die Morphiumpulver wurden aus dem Versteck geholt und in ein Glas geschüttet.

Nun klatschen erste dicke Tropfen auf das Fensterblech. Die Einsame stellt das Glas auf den Tisch und blickt durch die Scheiben. Da ihr die Knie heftig zittern, setzt sie sich in den Sessel am Fenster und versucht Rückschau zu halten über das lange, inhaltlose Leben. Sie fürchtet sich vor dem schnellen Ende der nutzlosen Gedanken.

Der Regen rinnt in dicken Schnüren nieder. Ein Trupp junger Leute rennt über den Hof. Die Mädchen raffen die Kleider, und die Burschen halten lachend ihre Hüte über Lauten und Gitarren.

Das Fräulein denkt, daß das Paar von der Promenadenbank nun ebenfalls flüchten mußte. Wenn sie nur die Handarbeit nicht vergaßen! Vielleicht gingen sie heimlich in seine Wohnung, wie es so oft geschieht an Sommertagen, wenn plötzlicher Regen sich über die Promenaden ergießt. Die Handarbeit liegt zerdrückt in einer Ecke, und die ganze Zukunft wird durch diese eine verregnete Stunde vielleicht entschieden. Das Fräulein seufzt: ach, es gibt gewiß noch mancherlei Sorgen in der Welt . . .

Die jungen Mädchen erscheinen am gegenüberliegenden geöffneten Fenster. Sie legen die Lautengürtel über die Schultern und beginnen zu zupfen und zu singen: „Rosemarie, sieben Jahre mein Herz nach dir schrie —" Die jungen Männer rücken an ihren Stühlen und summen leise mit. Ungeheure Wassermassen stürzen vom Himmel und klatschen heftigen Applaus.

Irgendwo lichten sich die Wolken. Blitz und Donner drohen über anderen Gegenden. Sie haben die Stadt nur leise gewarnt.

Gibt das eigene Leben den Gedanken keine Arbeit, so sorgen die Schicksale der anderen dafür. Und das einsame Fräulein, in dessen Zimmer ein Glas mit Morphium steht, in das noch Wasser zu schütten ist, es hat viel zu denken.

Da ist die Gesellschaft, die scherzend und lachend am Stadtbahnhof stand. Nun sind sie ausgestiegen, irgendwo draußen. Sie freuten sich auf Laubwege und auf den unvermeidlichen Sommergarten. Aber sie blicken sich in ihrem Sonntagsstaat auf dem Bahnsteig um und machen trübe Gesichter. Die freudig begrüßte Dame ist am grießgrämigsten von allen. Nein, das Leben ist auch für die anderen nicht so vollkommen, wie es scheint, und man soll nicht glauben, daß das eigene Schicksal durchaus das schwerste sei.

Das Fräulein öffnet das Fenster und läßt sich die erfrischende Luft in das Gesicht blasen. Dünne Tropfen verebben langsam, nur noch die Dachrinnen triefen und die alte Sonne lugt durch Wolkenritzen.

Eine der jungen Sängerinnen lächelt dem einsamen Fräulein zu. Sie zupft übermütig ein paar Schlußakkorde und schickt einen Triller über den Hof, der hell und anmutig in das Zimmer des Fräuleins fällt.

Das Fräulein lächelt zurück und wendet sich zum Tisch, um die Jugend nicht zu stören.

Da ist das Glas mit dem weißen Pulver, das allem ein Ende bereitet. Aber war die Schönheit dieser Welt nicht auch für das Fräulein da? Die Blumen und die Sonne, die jungen Mädchen mit den Mandolinen, der silberne Fall rauschenden Sommerregens?

Die Lebensmüde füllt das Glas mit Wasser bis zum Rande und — gießt den hellen Trank mit einer resoluten Gebärde in das Ausgußbecken, wo er im Augenblick verschwindet.

Sie sieht in die abendrote Sommersonne. Sie denkt: morgen beginnt er von neuem, der böse herrliche Kampf, der uns zu unbekannten Zielen führt.

Trauer auf der Reeperbahn.

Von Erich Gottgetreu.

Das hier ist die Geschichte vom Steward Leidinger, eine ganz einfache Geschichte ist es, und wen in der Zeitung bloß die großen Sensationen interessieren, der soll sie nicht lesen, er müßte enttäuscht werden.

Ihr habt vom Leidinger noch nichts gehört. Hingegen die Stewards von den großen Schiffen und die Stewards von den kleinen Schiffen, die kennen alle den alten Leidinger, der schon dreißig Jahre lang zur See gefahren ist, aber noch immer nicht genug bekommen kann, denn das Meer ist seine Welt und das Schiff ist seine Heimat, und nur das Schiff ist sein Glück.

Doch die Schiffe sind größer und schöner und luxuriöser geworden in dreißig Jahren, während der Leidinger der Jüngste nicht mehr ist und der Schönste auch nicht und der Behendeste und Flinkste ebensowenig: jetzt will ihn keiner mehr in Dienst nehmen, nur flinke, hübsche und junge Burschen werden gebraucht, und entschließt sich doch einmal ein Obersteward, den Leidinger zu „munstern", dann schiebt der untersuchende Arzt sein Veto dazwischen: der Mann ist zu alt, der Mann ist nicht tropenfähig.

Das ist schon ein Kreuz mit dem Stellenkriegen in der Schiffahrt heute, der alte Leidinger trägt's geduldig, geduldiger als alle anderen, die Tag für Tag die Heuerstellen belagern und vom Warten schon ganz mürbe geworden sind — aber die Geduld nutzt so wenig wie der Trotz, wenn das Alter kommt und der Stolz nicht weicht, der Stolz, ein Steward sein zu müssen um jeden Preis. Das Schicksal ist unerbittlich, hier treibt es einen an den Rand, da treibt es einen an den Rand, morgen packt es mich, übermorgen dich.

In St. Pauli, zwischen Reeperbahn und Hafen, da liegt die dunstige Kneipe vom „Roten Ostpfahl", der Ostpfahl ist ein guter Mensch, so einer, wißt ihr, wie man ihn auf der Reeperbahn, wo doch ohnedies die ganze Nacht die Lichter brennen, genau so wie anderswo mit der Laterne suchen kann, und beim roten Ostpfahl haust und ißt der Leidinger nun schon seit Monaten, wofür er sich durch das Erledigen von Besorgungen revanchiert — aufrechten Ganges, aber schon gebrochenen Herzens, denn das Wegegehen ist seine, eines alten Stewards Sache nicht. Abends kommen die Freunde an Land, von diesem Schiff und von jenem Schiff, ihr Trost gelingt schlecht, glauben sie doch selbst nicht an seine Wirkung, sie trinken einander zu, das Grammophon tölt wehselig das Lied: „Am tiefen Meeresgrund, da ruhen wir dann aus . . .", und der Leidinger summt leise mit. . . .

Schutzzoll-Wetter.

Und fällt der Regen gar zu stark,
So steigt der Zoll auf hm-zig Mark.

Am nächsten Tag fährt tutend und fauchend einer der großen Afrikadampfer aus, der alte Steward steht auf der Promenade vorm Seeamtshügel, der den herrlichen Blick auf den Freihafen Hamburgs gibt, dreitausend Menschen schwenken abschiedsfroh und abschiedsgerührt die Tücher, der Leidinger wischt sich bloß mit der Hand an den Augen herum: die Schiffahrt ist seine Welt, und damit, daß sie auf ihn, den alten Seefahrer, verzichtet, hat sie ihren Sinn und ihren Inhalt verloren.

Nacht liegt schon über Hamburg, fünf Männer sitzen beim roten Ostpfahl beim Bier, fünf Männer blicken Trauer aus den Augen, sind ängstlich und wissen nicht, was tun, denn seit zwei Tagen ist der Leidinger weg, spurlos verschwunden; nicht ganz geheuer ist das. Fünf Männer sitzen beim Bier und reden kein Wort. Fünf Männer warten.

Es regnet, draußen ist es kalt, hohl klopft hin und wieder ein Regenschirm, ein Schuh aufs Pflaster, starr und unheimlich; ein Arbeiter stapft ins Lokal, er ist von Blankenese unten, erzählt Neuigkeiten beim wärmenden Grog, die Männer haben ihre Gedanken wo anders. Plötzlich spannen sie auf, „. . . ja, da haben sie gestern abend einen aus der Elbe gezogen, man ruft ihn ins Leben zurück, er regt sich, kann stammeln: Steward sei er gewesen, aber die Schiffe brauchen keine tüchtigen Stewards mehr, da wolle er sterben — und starb auch schon, Herzschlag."

Stille vor der Teke. Stille hinter der Teke.

Keiner sagt: „Den kennen wir doch, das ist der Leidinger." Niemand redet ein Wort. Dem aus Blankenese wird's zu dumm, er zahlt und geht.

Da machen die fünf Männer beim roten Ostpfahl ihre Totenfeier. Niemand stapelt eine Rede, wie auf dem Theater etwa. Sie ziehen nur das Grammophon auf und lassen dem Leidinger seine Lieblingsplatte laufen: „Am tiefen Meeresgrund, da ruhen wir dann aus . . . ."

Warum starben die Urwelttiere aus?

Von Willy Ley.

Als die Wissenschaft so weit vorgeschritten war, daß man erkannt hatte, daß die Abdrücke von Fischen und sonstige Knochenreste, die man im Gestein fand, wirklich Reste ehemaliger Lebewesen und nicht, wie man vorher geglaubt hatte, Spiele der Natur oder etwa gar Versuchsmodelle des lieben Gottes bei der Schöpfung gewesen seien, tauchte die in der Ueberschrift skizzierte Frage zum ersten Male auf. Auf welche kuriosen Gedanken man damals kam, mag ein bekanntes Beispiel zeigen. Der Schweizer Forscher Scheuchzer bildete das Skelett eines fossilen Riesenmolches als homo diluvii testis, d. h. als die Reste eines in der Sündflut ertrunkenen Menschen ab und kommentierte das Bild mit folgenden „steinerweichenden" Versen:

Betrübtes Beingerüst von einem armen Sünder,
Erweiche, Stein, das Herz der neuen Bosheitskinder.

Den folgenden Forschergenerationen konnte der naive Bibelglaube natürlich nicht mehr genügen, aber es war sehr schwer, eine Erklärung für das restlose Aussterben so vieler Tierarten zu erlangen. Die Sache wurde noch dadurch verwickelter, als man entdeckte, daß es eine ganze Reihe von Tieren gibt, die sich seit altersgrauen Urzeiten fast unverändert bis auf den heutigen Tag erhalten haben. Ich nenne von den größeren Arten nur Haie, Molchfische und die berühmten Brückenechsen und Schnabeltiere.

Angestrengter Forschung ist es nun aber doch gelungen, wenigstens bei einigen Urwelttieren den Grund des Aussterbens zu entdecken. Den Dinosauriern z. B. wurde ihre Größe verhängnisvoll. Sie brauchten zu große Mengen pflanzlicher Nahrung und konnten beim Versiegen dieser Quellen (die kleinste Temperaturschwankung genügt dazu) ihren Nährpflanzen nicht folgen. Empfindlich geschadet wurde den Riesendrachen auch durch große straußähnliche Laufvögel, die Eier und junge Brut vernichteten. Und mit ihren riesenhaften Wilde mußten auch die Raubdrachen verschwinden. Die edlen Ichtyosaurier starben aus, weil sie, durch das übermäßige Vorkommen knochenloser Nahrung verwöhnt (Tintenfische), zuletzt die Zähne abschafften und neuen Feinden wehrlos erliegen mußten. Manche, wie Säbeltiger, Riesenhirsch und andere wurden umgekehrt von der Last ihrer eigenen Waffen erdrückt. Ein gemeinsamer Zug findet sich bei allen Ausgestorbenen, nämlich die Disharmonie ihres Baues. Irgendetwas an ihnen war zu groß oder zu klein. Und das hat zur Entdeckung des „Harmoniegesetzes" geführt, das R. H. France folgendermaßen zusammengefaßt hat: „Es besteht in allen Tiergruppen die Neigung, einseitig zu werden, sich zu spezialisieren, als Flugkünstler, Räuber, Krieger, Riesentiere oder Hirntiere. . . . Immer aber, wenn auf diese Weise das harmonische Gesamtbild (das immer schön auf seine Art ist) gesprengt wird, sehen wir, daß dann der Artentod erfolgt. . . . Die Natur duldet keine Extreme auf die Dauer . . . und jede Tugend wird zum Uebel, wenn sie ins Extrem geht. . . Je harmonischer ein Geschöpf ist, je einfacher, anpassungsfähiger, desto länger lebt seine Art.

Damit haben wir die Antwort auf die Frage, warum diese Art ausstarb und die andere nicht, — zugleich ist diese Antwort aber auch geeignet, uns zum Nachdenken zu bringen, denn dem Harmoniegesetz untersteht noch mehr, als nur das Leben oder Sterben irgendeiner Tierart.

Das Fermat-Problem.

Ein hoher Offizier der rumänischen Armee, General J. Mutka, hat dieser Tage in Bukarest eine Schrift erscheinen lassen, die in den wissenschaftlichen Kreisen das allergrößte Aufsehen erregt haben soll. Wenn man den Pariser Blättern, die diese Neuigkeit berichten, glauben darf, handelt es sich dabei um die Lösung des Fermatschen Problems, einer Frage, die schon einmal gelöst war, deren Lösung aber seit 260 Jahren verloren ist und seitdem immer wieder die Mathematiker beschäftigt hat. Es handelt sich bei diesem Problem um den elementaren Beweis des Satzes, daß $xn - yn = zn$ in ganzen Zahlen nicht lösbar ist, wenn n größer als 2 ist. Pierre Fermat hat diesen Satz nebst elf anderen an den Rand einer Diophantausgabe geschrieben und hinzugefügt, daß er im Besitze eines geradezu wunderbaren Beweises dafür sei; bis heute ist es aber nicht gelungen, diesen Beweis aufzufinden, ja es war noch nicht einmal möglich, die Allgemeingültigkeit dieses Satzes nachzuweisen. Der Schweizer Mathematiker Euler hat die Fälle $n = 3$ und 5 ziemlich einfach erledigt, später hat Kummer die Richtigkeit des Satzes für eine ganze Reihe von Werten von n dargetan, aber nur durch Hilfsmittel, die Fermat noch nicht kannte, so daß also das Rätsel noch nicht gelöst war.

Dieser Pierre Fermat war ein ziemlich merkwürdiger Kopf. Von Beruf war er Jurist und bekleidete in Toulouse den Posten eines Parlamentsrats. Nebenbei huldigte er der Mathematik, die ihm eine Art geistigen Trainings war. Schon in jungen Jahren geriet er mit seinem Freund Pascal auf eine sehr sinnreiche Betrachtung der figurierten Zahlen, auf die er später seine Wahrscheinlichkeitsrechnung aufbaute, als deren Schöpfer er betrachtet werden kann. Die Parabel quadrierte er viel einfacher als Archimedes. Sein Verfahren, die größten und kleinsten Ordinaten der krummen Linien (Maxima und Minima) zu finden, entsprach völlig der Methode der damals noch unbekannten Differentialrechnung. Mit Descartes geriet er in heftigen Streit; er griff dessen Geometrie und Optik an, wofür sich der Philosoph rächte indem er Fermats Theorie de maximis und minimis angriff. Man erzählt sich von Fermat, der 1665 starb, er habe eines Tages den Beweis für einen wichtigen mathematischen Satz auf seine Manschette geschrieben, die seine Wirtschafterin jedoch in Unkenntnis ihrer Bedeutung weggeworfen habe. So sei er nie mehr in die Lage gekommen, den Beweis noch einmal zu führen. Für den elementaren Beweis des Fermatschen Satzes setzte Wolfskehl im Jahre 1904 ein bis zum Jahre 2004 laufenden Preis von 100 000 Mark aus. Die Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften hat die Entscheidung zu treffen.

Ein merkwürdiges Tagebuch. Von einer ungewöhnlichen Liebe für die Natur in ihren mannigfaltigen Erscheinungsformen zeugt ein Tagebuch, in das die Mitglieder einer englischen Familie von Generation zu Generation, fast zwei Jahrhunderte lang, Tag für Tag ihre Beobachtungen über die wechselnden Vorgänge im Leben der Tiere und Pflanzen eingetragen haben. Das Tagebuch wurde im Jahre 1736 von dem Naturforscher Robert Marsham begonnen, der es bis zu seinem im Jahre 1797 erfolgten Tod gewissenhaft führte. In jedem Jahr sind die Daten eingetragen, wenn die Pflanzen Blüten ansetzten, wenn sich die Bäume mit Laub bedeckten, die Zugvögel sich auf die Wanderschaft begaben oder mit ihrem Gesang begannen. Nach Robert Marshams Tode wurden die Eintragungen von seinem gleichnamigen Sohn fortgesetzt, der sie bis 1810 weiterführte. Die Arbeit ging dann auf den Enkel über, der denselben Namen wie Vater und Großvater führte, und der das Buch bis 1855 schrieb. Von 1856 bis 1892 erfolgten die Eintragungen durch die Urenkel Rev. H. P. Marsham und Major H. S. Marsham. Ein Urenkel des ersten Tagebuchschreibers hat dann schließlich das Werk bis auf den heutigen Tag weitergeführt. Die ununterbrochene Fortsetzung dieser Eintragungen bildet einen bemerkenswerten Fall. Wird doch hier über 140 volle Jahre berichtet, und diese Aufzeichnungen erhalten noch besonderen Wert durch die lange Reihe der beigegebenen Erläuterungstafeln, die den Naturforschern und Meteorologen ein ebenso reiches wie zuverlässiges Material in die Hand geben. Dieses Material erhält angesichts der Tatsache, daß über dem Zusammenhang zwischen Pflanzenleben und Witterungsphänomen noch wenig verläßliche Beobachtungen vorliegen, nicht zu unterschätzende Bedeutung. Wir wissen aus Erfahrung, daß Pflanzen ein erstaunliches Vorgefühl für den Witterungswechsel haben. Was die Einzelheiten betrifft, so wird in dem Tagebuch als frühestes Datum, an dem die Belaubung der Eiche beobachtet wurde, der 30. März 1882 und als das späteste der 20. Mai 1799 aufgeführt. Der früheste Termin für das Erscheinen der Schwalbe war der 3. April 1846 und der späteste der 12. Mai 1904. Für den Kuckuck sind die entsprechenden Daten der 12. April 1923 und der 7. Mai 1799. Die Aufzeichnungen bestätigen, daß das Wetter in Perioden von zwölf Jahren oder mehr variiert, obwohl diese Verschiebungen nicht genau bestimmbar sind.

Die Astronomie der Maya-Kultur. Aus den Berichten des englischen Gelehrten Dr. Gann über seine Expedition zur Erforschung der Maya-Kultur werden jetzt Einzelheiten über die Astronomie dieses mittelamerikanischen Kulturvolkes bekannt. Die Reisenden fanden unter den Ruinen der versunkenen Mayastadt Copan in Spanisch-Honduras eine aus zwei Monolithen bestehende astronomische Vorrichtung, die eine Art Sonnenuhr darstellt. Die Steine sind 4½ Meilen (zirka 7 Kilometer) voneinander entfernt auf zwei Hügeln aufgestellt, und die Messungen haben ergeben, daß die Höhe über dem Meeresspiegel bei beiden genau dieselbe ist. Diese Steine bildeten die Grundlage des Maya-Kalenders: der Tag, an dem die Sonne bei ihrem Untergang genau in einer geraden Linie mit diesen Steinen stand, war der Anfang des neuen Jahres.

Die Vervollkommnung der Rose. Im Botanischen Garten in London wird zurzeit eine Rosenausstellung veranstaltet, zu der fast alle namhaften Züchtereien Europas und Amerikas blühende Exemplare oder Beschreibungen ihrer neugezüchteten Arten gesandt haben. Auf der Ausstellung wird auch eine Geschichte der Rose gezeigt, und es ist interessant, daß noch im sechzehnten Jahrhundert in Europa nur zwei Arten der Rose bekannt waren. Im achtzehnten Jahrhundert kannte man deren schon 40, und heute blühen in dem Garten eines einzigen französischen Rosenzüchters nicht weniger als 7000 verschiedene Arten.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. **Stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.**

Bezirksvorstand.

Heute, Sonnabend, den 26. Juni, abends 6 Uhr, Sitzung des erweiterten Vorstandes im Jugendheim, Lindenstr. 3.

*

7. **Kreis Charlottenburg und Spandau.** Letzte Juristische Sprechstunde vor den Gerichtsferien heute, Sonnabend, nachmittags von 5—6 Uhr im Jugendheim Rosinenstr. 4, 1 Tr.

18. **Kreis Weißensee.** Kommunale Kommission: Sonntag, den 27. Juni, Besichtigung der Gemeindeeinrichtungen in Hohenschönhausen. Treffpunkt der Weißenseer Genossen vormittags 9 Uhr Lichtenberger Straße, Ecke Berliner Allee, und der Hohenschönhausener Genossen vormittags 9½ Uhr Oranke-Schloß.

Heute, Sonnabend, den 26. Juni:

11. **Abt.** Sämtliches Markenmaterial sowie alle Sammellisten müssen unbedingt sofort, außer Sonntag, beim Genossen Tschirne, Alt-Moabit 54, vorn 4 Tr., abgerechnet werden.

44. **Abt.** Nachmittags 5 Uhr Abrechnung der Bezirks- und Betriebskassierer bei Schmolinski, Naunynstr. 41. Maimarken, Sammellisten und Beitragsmarken mitbringen.

47. **Abt.** Die Bezirkskassierer müssen bis spätestens Sonntag, den 27. Juni, alle Sammellisten, Maimarken und Beitragsmarken beim Abteilungskassierer Karl Jacobi, Köpenicker Str. 176, abrechnen.

92. **Abt. Neukölln.** Die Bezirkskassierer müssen bis spätestens Sonntag, den 27. Juni, abgerechnet haben. Ebenfalls alle Genossen, die Sammellisten und Maimarken haben.

104. **Abt. Niederschöneweide.** Die Abrechnung der Marken und Volksentscheids-Sammellisten muß unbedingt bis spätestens Montag, den 28. Juni, abends, beim Abteilungskassierer, Genossen Redlich, Berliner Str. 42, vorn 3 Tr., stattfinden.

116. **Abt. Lichtenberg.** Die Bezirksführer werden dringend ersucht, sämtliche Marken, Maimarken, Sammellisten usw. umgehend bei dem Genossen Scheibenhuber, Neue Bahnhofstr. 1, vorn 4 Tr., abzurechnen.

Morgen, Sonntag, den 27. Juni:

42. **Abt. Gruppe Urbanstraße:** Agitationsausflug nach Blankenfelde. Treffpunkt vormittags 9¼ Uhr am Potsdamer Bahnhof.

57. **Abt. Charlottenburg.** Waldfest bei der Waldschule Eichkamp. Treffpunkt nachmittags 1½ Uhr bei Arndt, Kantstr. 51. Abmarsch unter Vorantritt des Tambourkorps des Reichsbanners. Festrede: Stadtrat Wild. Bei Regenwetter findet das Fest in der Waldschule statt. Teilnehmer, welche Kaffeekochen, müssen Geschirr mitbringen. Gäste herzlichst willkommen.

104. **Abt. Niederschöneweide.** Die Abteilung beteiligt sich geschlossen am Volksfest des Volkschors Südosten auf dem Ferienspielplatz der Stadt Berlin am Wasserwerk Oberschöneweide. Abmarsch mit Musik nachmittags 1 Uhr vom Steinplatz, Johannisthal, aus.

108. **Abt. Köpenick.** Zu dem gemütlichen Beisammensein des Bezirks Dammvorstadt im Restaurant Waldburg, Hirschgarten, nachmittags 3 Uhr werden alle Genossen mit ihren Familien freundlichst eingeladen.

123. **Abt. Kaulsdorf.** Alle Mitglieder beteiligen sich restlos an dem Waldfest des Reichsbanners im Lokal Sanssouci, Kaulsdorf-Süd.

*

24. **Abt.** Achtung! Montag, den 28. Juni, Funktionärsitzung bei Schleiff, Wins-, Ecke Christburger Straße. Alle Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Frauenveranstaltungen:

25. **Abt.** Karten zur Dampferfahrt am 9. Juli sind noch bei der Genossin Fillisch, Allensteiner Str. 30, zu haben.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Mitte: Montag, den 28. Juni, pünktlich abends 8 Uhr, im Heim Blumenstr. 77, Helfersitzung, verbunden mit Versuchsübungen für Linoleumschnitte. Mitzubringen sind Papier, Bleistift, Taschenmesser, Federhalter mit Feder.

Jungsozialisten. Heute, Sonnabend, den 26. Juni:

Gruppe Treptow: Beteiligung an der Sonnenwende in den Neiherbergen. Das Jugendheim ist für die Monate Juni bis August geschlossen. Beitragsabrechnungen müssen unbedingt beim Genossen Herbert Dewald, SO. 36, Elisenstraße 41, erledigt werden. — **Gruppe Südost:** Treffpunkt zur Sonnenwende nachmittags 6 Uhr am Mariannenplatz (Feuerwehrdenkmal) oder direkt am Festplatz. — **Gruppe Süden:** 7 Uhr Treffen am Potsdamer Bahnhof zur Fahrt nach Potsdam. — **Gruppe Mitte:** Treffpunkt zur Sonnenwende pünktlich nachmittags 4¼ Uhr Bahnhof Börse.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

70. **Abt. Wilmersdorf.** Am 23. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied, der Maurer August Steinhaus, nach langer schwerer Krankheit. Einäscherung am Montag, den 28. Juni, vormittags 11½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf. Wir erwarten rege Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Treffpunkte zur Sonnenwendfeier am Reiherberg b. Golm

heute, Sonnabend, den 26. Juni:

Landsberger Viertel: 5 und 8 Uhr abends Bhf. Warschauer Brücke. — **Schönhauser Vorstadt** I: 8 Uhr abends Bhf. Schönhauser Allee. — **Helmholtzplatz** und **Schönhauser Vorstadt** II: 4 Uhr Alexanderplatz (Berolina), 6 Uhr ebendort. Fahrgeld 60 Pf. — **Südost-Gruppen:** 6 Uhr Mariannenplatz (Feuerwehrdenkmal). — **Südwest:** ½7 Uhr Blücherplatz. Nachzügler werden um 7 Uhr auf dem Potsd. Bhf. erwartet. — **Charlottenburg:** Bebel, Liebknecht, Lessaller: 8 Uhr Bhf. Charlbg. Fahrgeld 50 Pf. — **Schöneberg** I: ¾6 und ¾8 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. — **Steglitz** I: 8 Uhr Bhf. Steglitz. — **Lichtenberg-Mitte und -West:** 8¼ Uhr Bhf. Stralau-Rummelsburg.

Verbezirk Westen: Sämtliche Ordner treffen sich um 5 Uhr Bhf. Charlottenburg. Fahrt bis Potsdam.

Verbezirk Neukölln: Treffpunkt sämtlicher Gruppen ½7 Uhr Bhf. Neukölln. Nachzügler ¾8 Uhr Bhf. Neukölln.

Verbezirk Ostbahn: Sämtliche Gruppen abfahrtbereit 8½ Uhr Bhf. Stral.-Rummelsburg.

Arbeitersport.

Fußballspiele am 26. und 27. Juni.

Am Sonnabend erhält Teutonia 09 den Besuch von Pankow 06 in der Christianiastraße. Der Arbeiter-Sportverein 24 fährt nach Neukölln, Grenzallee, zur Freien Turnerschaft Neukölln-Brik. Im Weißensee, Rennbahn, treffen sich Alemannia und Arbeiter-Turnverein Weißensee. Nach Hohenschönhausen zum Berliner Sportverein 22 fährt Stralau mit der 2. Mannschaft, Platz Sommerstraße. Lichtenberg I startet mit seiner 1. Jugendmannschaft der Pankower Union einen Besuch ab. Beginn der Spiele abends 6 Uhr. — Am Sonntag fährt Teutonia 09 mit zwei Mannschaften nach Sachsenhausen. In Reinickendorf, Lindauer Straße, treffen sich Borussia und Richterswalde mit den beiden ersten Mannschaften. Ballspiel-Club Moabit erhält im Beusselgrund, am Bahnhof Beusselstraße, den Besuch von der Freien Sportvereinigung XII. In Baumschulenweg, Plänterwald, spielen Treptower Ballspiel-Club II gegen Potsdam II und Treptow III gegen Germania II. Beginn der Spiele nachmittags 3 Uhr. Auf dem Sportplatz in der Kynaststraße beginnt am Sonntag das Turnier der Fußballabteilung von Lichtenberg I.

Fußballturnier Freie Turnerschaft Lichtenberg-Friedrichsfelde. Auch in diesem Jahre findet ein Fußballturnier statt, an dem 10 Mannschaften teilnehmen. Am Sonntag, 27. Juni, stehen sich 8 Mannschaften gegenüber, während der Rest am folgenden Dienstag spielt. Spielplatz: Kynastplatz, am Bahnhof Stralau-Rummelsburg.

Während der Arbeit

sind Wrigley P. K.-Kau-Bonbons von hervorragender Wirkung. Sie beruhigen die Nerven, beseitigen das Durstgefühl und geben stundenlang einen erfrischenden Wohlgeschmack.

Ein vorzüglicher Ersatz in Räumen, in denen das Rauchen nicht zulässig.

Als ein erprobtes Mittel zur gründlichen Reinigung und zur Erhaltung der Zähne werden Wrigley P. K.-Kau-Bonbons von Aerzten und Zahnärzten vielfach empfohlen.

Das kleine Päckchen, das nur 10 Pf. kostet, lässt sich bequem in der Westentasche tragen G.F.3

Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Ueberall erhältlich!

WRIGLEY

KAU-BONBONS

WRIGLEY AKTIEN-GESELLSCHAFT, FRANKFURT A.M

Lessing-Th. Schneider Wibbel. Henckels, Berber Grodtczinsky. Sommerpr. 1-8 M. Mitgl. d. Volksbüh., Gewerkschaft, Reichsbanner gegen Ausweis gute Plätze à 1,50, auch an Angehörige

Kleines Th. 8¼ Uhr: Seifensprünge. 3 Gruinken von Kurt Götz. Vorz. dieses zahlt 50% d. Kassenpr.

Die Komödie Bismarck 2414, 7316. 8¼ Uhr: Week-end

SCALA 8 Uhr. Internat. Varieté. Sonntags 3.30 zu ermäß. Preisen d. volle Programm. Theaterkasse: Lützow 7557

Berliner Theater Tägl. 8¼: Donnerwetter, ganz famos

Theater d. Westens 8 Uhr: D. große Unbekannte. Operette v. Suppé. Kleine Sommerpr.

Central-Theater 8 Uhr: Eva Bonheur. Ilka Grüning.

Residenz-Theat. 8¼ Uhr: Herz contra Herz. Eugen Rex, Metelka

Barnowsky-Bühne Sommerspielzeit. Theater Königgrätz. Str. T.: Hasenheid 2110. 8¼ Uhr: Gefallene Engel

Komödienhaus Tel.: Norden 6304. 8 Uhr: Der Garten Eden

Rose-Theater 8½ Uhr: Konzert und bunter Teil. Ab 11 Uhr: Ein neues Programm

Deutsches Künstl.-Theater Tägl. 8¼ Uhr: Der fröhliche Weinberg

Wallner-Theater 8¼ Uhr: Der heilige Brunnen. Blanco Posnets Erweckung

Th. am Kurfürstendamm 8¼ Uhr: Kavalier Jack. Operette in 3 Akten. Musik von Carita von Horst. Sommerpr. 2—6 M.

Theater a. Kottb. Tor Tägl. 8 Uhr: Elite-Sänger. 15. 7.—15. Juli. Gastspiel der Magdeburger Elite-Sänger mit einem lustigen Ueberraschungs-Programm!

Ia. Eiderfettkäse 9 Pfd. M 6.— frko. Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Krause-Pianos zur Miete. Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstendamm

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr: Stettiner Sänger. Neu! Ein Hausball bei Meyer's. Berliner Bariete von Meysel. Dönhoff-Brettl (Cael u. Gart.) Varieté! — Konzert! — Tanz!

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr: Der deutsche Michel. Morgen 8 Uhr: D. deutsche Michel. Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr: Die Freier. Morgen 8 Uhr: Die Freier.

Komische Oper 8¼ Dir. James Klein 8¼. Berlin ohne Hemd! Die gewaltigste Revue. 200 Mitwirkende. Sommerpreise

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus a. Platz d. Republ. 7½ U.: Die verkaufte Braut. Schauspielhaus 8: Die Welt, in der man sich langweilt. Schiller-Theater 8 U.: Fahrt nach der Südsee.

Deutsches Theater Norden 10334—38. 8¼ Uhr: Max Adalbert in Das Skel

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: Rheingold. Abonn.-Turnus III

Kammerspiele Norden 10334—38. Nur bis 30. Juni 8¼ Uhr: Gastsp. Maria Orska: MeineCousine aus Warschau

Wir verlegen mit dem 28. Juni d. Js. unsere Geschäftsräume von Berlin NW 7, Unter den Linden 39, nach **Berlin-Plötzensee, Westhafen,** Verwaltungsgebäude. Fernruf: Hansa 1645—49, 1900—1905, für Ferngespräche 6499.

Reederei Aktiengesellschaft
vormals Julius Krüming
Generaldirektion

Wir verlegen mit dem 28. Juni d. Js. unsere Geschäftsräume von Berlin NW 7, Unter den Linden 39, nach **Berlin-Plötzensee, Westhafen,** Verwaltungsgebäude. Fernruf: Hansa 1645—49, 1900—1905, für Ferngespräche 6499.

„Behala"
Berliner Hafen- und Lagerhaus Akt.-Ges.
Generaldirektion der Berliner Häfen.

Wir verlegen mit dem 28. Juni d. Js. unsere Geschäftsräume von Berlin NW 7, Unter den Linden 39, nach **Berlin-Plötzensee, Westhafen,** Verwaltungsgebäude. Fernruf: Hansa 1645—49, 1900—1905, für Ferngespräche 6499.

Aktiengesellschaft für Oellagerung.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage). Telephon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Berliner Elektriker-Genossenschaft e. G. m. b. H.
Berlin N. 24, Elsässer Straße 86-88
Bilanz am 31. Dezember 1925

Aktiva	M.	Pf	Passiva	M.	Pf
I. Anlagewerte:			I. Eigene Mittel:		
1. Inventar	4285	70	1. Geschäftseinl.	14726	30
2. Werkzeug	1714	10	2 Reservefonds	963	67
3 Beteiligungen	225	—	II. Fremde Mittel:		
II. Betriebswerte:			1. Lieferantensch.	44099	81
1. Vorräte:			2. Bankschulden	3369	10
a) Bargeld	828	30	3. Akzepte	13402	15
b) Postscheckguthaben	435	22	4. Darlehen	16293	99
c) Bankguthab.	766	20	5. Vorauszahlg. d. die Bauherrn	83253	95
d) Materialvor.	65580	59	6. Rückst. Ausg. Gew. a. 31. 12. 25	10173	81
2. Forderungen:				399	97
a) Abgerechnet	46329	64			
b) Noch nicht abgerechnete	66300	—			
Sa.	186684	75	Sa.	186684	75

Mitgliederstand am 31. Dezember 1924: 46. Eingetreten 40, ausgetreten 2. Mitgliederbestand am 31. Dezember 1925: 84. Die Mitgliederguthaben betragen am 31. Dez. 1925 14 726,30 M. Die Haftsumme, für welche am 31. Dezember 1925 alle Genossen aufzukommen haben, beträgt 84 Geschäftsanteile à 400 M. — 33 600 M.

Berlin, im Juni 1926.

Der Vorstand.
Fritz Lindau. Johannes Knaack. Otto Stäcker.
Der Aufsichtsrat: I. A. Wilhelm Gerlich.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Heute, Sonnabend, den 26. und morgen, Sonntag, 27. Juni, finden die

Wahlen der Delegierten zum Verbandstag in Bremen

statt. — Gewählt wird Sonnabend in der Zeit von 1—4 Uhr nachm., Sonntag von 10 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachmittags in folgenden Lokalen (die mit * versehenen Lokale wählen nur Sonnabend, die mit ** versehenen Lokale wählen Sonnabend und Sonntag. In den Lokalen, wo kein Vermerk ist, findet die Wahl nur Sonntag statt):

Norden:
1. Verbandshaus, Linienstraße 83/85 (Parterresaal),
2. Büttner, Schwedter Straße 23,
3. Bogdanowitz, Gaudystraße 16, Ecke Sonnenburger Straße,
4. Dähling, Brunnenstraße 79,
5. Knapp, Grünthaler Straße 6,
6. Fritsch, Prenzlauer Straße 4,
7. Leuschner, Ackerstr. 110,
**8. Regenberg, Gartenstr. 75,
9. Stein, Pankstr. 80,
10. Sachse, Lindower Straße 26,
**11. Senkel, Utrechter Straße, Ecke Turiner Straße,
12. Zimmer, Fehrbellinerstr. 6,
13. Dams, Schlegelstr. 9,
*14. Corus, Voltastr. 37,

Nordosten:
15. Späth, Georgenkirchstr 65,
16. Kujawski, Greifswalder Straße 191.

Osten:
17. Pilzecker, Blumenstr. 34,
18. Rosin, Gubener Straße 19,
19. Köhler, Mutterstraße 14,
**20. Bähr, Stralauer Allee 47,
21. Hoffmann, Stralauer Allee 17, Ecke Markgrafendamm,
*22. Fahnert, Andreasstr. 11.

Südosten:
23. Prasser, Michaelkirchstr. 29a,
24. Benoit, Adalbertstr. 4,
25. Siedentopf, Muskauer Str. 35,
26. Reinicke, Grünauer Straße 17.

Süden:
27. Schulz, Stallschreiberstr. 29,
28. Neckling, Wasserthorstr. 71,
29. Bienkie, Boppstr. 1,
30. Wende, Greifenhagenstr. 6a,
31. Richter, Maybachufer 5.

Südwesten:
32. Topp, Alte Jakobstraße 1, Ecke Hollmannstraße.

Westen:
33. Karl Meyer, Lützowstr. 7.

Nordwesten:
34. Krüger, Putlitzstr 10,
**35. Sturz, Huttenstr. 9,
36. Pilz, Rostocker Straße 27.

Adlershof:
37. Kaul, Heidigstr. 31.

Baumschulenweg:
38. Haß, Baumschulenstr. 72.

Charlottenburg:
39. Grimm, Kaiser-Friedrich-Straße 63.
40. Müller, Donabrücker Straße 27.

Köpenick:
41. Augustin, Rosen-, Ecke Kirchstraße.

Eichwalde:
42. Lindner, Bahnhofstraße.

Erkner:
43. Hanke, Berliner Straße 4.

Friedrichshagen:
44. Matthes, Friedrichstr. 121.

Hennigsdorf:
45. Walter, Hauptstraße (am Bahnhof).
*46. Pfefferberg, Neuendorfer Straße.

Hohenschönhausen:
47. Marquardt, Berliner Straße 85.

Kalkberge:
48. Netting, „Zum goldenen Anker", Rehdenstraße 45.

Lichtenberg:
49. Seipke, Kronprinzenstr. 47.
50. Siewert, Kant-, Ecke Schillerstraße,
51. Tempel, Gudrunstr. 7.

Lichterfelde:
52. Lenski, Hindenburgdamm 55.

Mariendorf, Marienfelde, Tempelhof, Lichtenrade:
53. Streiter, Chausseestr. 26.

Neukölln:
54. Rudolf, Hermann-, Ecke Kurfürstenstr.,
55. Kuhky, Hermann-, Ecke Leinestraße,
56. Ideal-Passage, Weichselstraße,
57. Rückheim, Berg-, Ecke Lahnstraße.

Niederschöneweide:
58. Schöps, Grünauer Straße.

Oberschöneweide:
**59. Imberg, Wilhelminenhofstr. 34.

Pankow:
60. Türkisches Zelt, Berlinerstr. 14.

Reinickendorf-Ost:
61. Kossack, Provinzstr. 61,
62. Ullrich, Markt-, Ecke Holländer Straße,
63. Uhlig, Residenzstraße, Ecke Schönholzer Weg.

Reinickendorf-West:
63. Volkshaus, Scharnweberstr. 115,
*65. Buller, Eichbornstr. (Bahnhof).

Rosenthal:
*66. Wartburg (Bahnhof).

Schöneberg:
67. Rosenthal, Eberstr 66,
68. Scheffler, Großgörschenstraße, Ecke Culmstraße,
*69. Bobazus, Sachsendamm 40.

Seegefeld:
70. Wolf, Bahnhofstr.

Siemensstadt:
**71. Wartburg (Gustav Lange), Nonnendamm-Allee, Ecke Reisstraße.

Spandau:
72. Rechenberg, Lutherstr 3,
73. Wind, Pichelsdorfer Straße 5a,
*74. Germania-Säle, Streosowplatz 19.

Staaken:
75. Wolff, Am Bahnhof.

Steglitz:
**76. Borchmann, Rheinstr. 40.

Tegel:
77. Zehnhardt, Berliner Straße 84.

Teltow:
78. Kupsch, Hoher Steinweg 10.

Treptow:
79. Gantzer, Harzer Straße 88.

Weißensee:
80. Gallas, Lehderstr. 122.

Wildau:
**81. Dubian, Grüner Baum.

Wilmersdorf:
82. Löffler, Wilhelmsaue 8.

Wittenau:
83 Schulz, Am Bahnhof.

Wahlberechtigt ist jedes Verbandsmitglied ohne Rücksicht auf die Dauer seiner Mitgliedschaft, das am Tage der Wahl nicht länger als sechs Wochen mit den Beiträgen im Rückstand ist (§ 21, Abs. 1a des Statuts).

Wählen kann ein Mitglied nur in der Verwaltungsstelle, in der es zurzeit in der Mitgliederliste eingetragen ist und sich durch das Mitgliedsbuch ausweist.

Das Zentralwahlbureau befindet sich im Verbandshause, Linienstraße 83/85, Zimmer 3. Telephon: Norden 833—836 und 6592—6595.

Die Ortsverwaltung.

Unseren Genossen und Genossin
Paul Hartrampf und Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Die Funktionäre der 5. Abt.

Am 19. d. Mts. entschlief nach schwerem Leiden, mein lieber guter Bruder, der Maler

Hugo Frank

im 60. Lebensjahre.

Dieses zeigt tiefbetrübt im Namen der Verwandten an

Reinhold Frank

Berlin, 25. 6. 1926. Naumerstr. 14.

Die Einäscherung findet am 28. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, in der Gerichtstraße statt.

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei
eingetrag. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Reinickendorf-Ost, Wilhelstr. 62

Bilanz am 31. Dezember 1925

Aktiva

Kasse-Konto		1 195.37
Bank-Konto		696.20
Darlehns-Konto		4 000.—
Grundstücks-Konto		7 000.—
Gebäude-Konto	104 815.—	
Abschreibung	2 237.—	102 578.—
Effekten-Konto		0.10
		115 469.67

Passiva

Konto der Genossenschaftsanteile	850.—
Hypotheken-Konto	43 762.50
Reservefonds-Konto	5 383.10
Kapital-Konto	3 956.53
Gewinn- und Verlust-Konto Aufgewerteter Bilanzgewinn	61 515.54
	115 469.67

Im Laufe des Geschäftsjahres hat sich die Mitgliederzahl nicht verändert und beträgt 17 Genossen.

Das Geschäftsguthaben sowie die Gesamthaftsumme der Mitglieder haben sich nicht verändert und betragen am 31. Dezember 1925 je 850.— Mark.

Berlin-Reinickendorf, 23. Juni 1926.

Der Vorstand
Robert Engel. Karl Marschel.

Ischias Rheumatismus. Spezialbehandlung nach Prof. Lange. **Leffmann,** Genthiner Str. 14. 10-12, 4-7

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts" und trotzdem **n billig n!**

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachnahme gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität **Conrad Müller** Schkeuditz-Leipzig

Verkäufe

Bekleidungsstücke, Wäsche usw

Kavalieranzüge, gereinigte Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Frack-Smokinganzüge (auch leihweise), neue Maßanzüge verkauft spottbillig Alexanderstraße 28a, hochparterre.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Cutaways, Sommerpaletots, Gabardinemäntel, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hocheleganter neue Garderobe zu staunend billigen Preisen im Leihhaus Lewicki, Prinzenstr. 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105.

Möbel

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegermatratzen, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.

Mahagoni-Ankleideschränke, englische Bettstellen, Waschkommoden, Nachttische, Satin-Ankleideschränke, Mahagoni-Vertikos 45,—, Kamerling, Kastanienallee 56, Zahlungserleichterung.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

Fahrräder

3 Mark Wochenrate genügt zum Fahrradkauf. Besichtigen Sie meine Riesenauswahl. Brandenburgstraße vier.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerz- und gefahrlos. Aerztlich empfohlen. Millionenfach bewährt. Packung 75 Pfg. — Gegen Fußschweiß, Brennen und Wundlaufen Kukirol-Fußbad. Packung 50 Pfg. Fast alle Apotheken und Drogerien.

Kukirol

Die Raiffeisen-Genossenschaften und ihre Zentralbank.

Zum Hamburger Generalverbandstag.

Der diesjährige Generalverbandstag der Deutschen Raiffeisen-Genossenschaften in Hamburg, der eben zu Ende ging, wird in der Geschichte der Raiffeisen-Bewegung besonders vermerkt werden. Die ganz außergewöhnliche Lage der Landwirtschaft nach der Stabilisierung, die Notwendigkeit des Wiederaufbaus und des Neuausbaus der Genossenschaften wären an sich Grund genug dazu gewesen. Die Raiffeisen-Bewegung, in der bekanntlich über 1 Million Klein- und Mittelbauern in fast 8800 Genossenschaften zusammengeschlossen sind, darunter 6104 Spar- und Darlehnskassenvereine und 2395 ländliche Betriebsgenossenschaften, hätten mit Genugtuung feststellen können, daß sie trotz der Inflation eine bedeutende und in ihrem Aufbau gesunde Organisation geblieben sind. Das will angesichts der Tatsache etwas bedeuten, daß die 650 Mill. Spareinlagen der Darlehnskassenvereine von 1913 bei der Aufstellung der Goldbilanzen auf 1,5 Mill. zusammengeschmolzen und Ende 1924 erst wieder auf 16,5 Mill. angewachsen waren. Die Einlagen in laufender Rechnung, die 1913: 123,2 Mill. betrugen, sanken nach der Inflation auf 1,8 Mill. und stiegen bis Ende 1924 nur wieder auf 14,5 Mill. Dennoch haben die Umsätze im Jahre 1924 wieder 975 Mill. erreicht gegen 1572 Mill. im Jahre 1913, was als Zeichen der Lebenskraft der Raiffeisen-Genossenschaften hoch eingeschätzt werden darf. Auch die Zentralwarenanstalten, in denen das genossenschaftliche Warengeschäft zu den einzelnen Verbandsbezirken durchgeführt wird, zeigt eine günstige Entwicklung: der Gesamtwarenumsatz stieg 1924-25 von 35,2 auf 47,8 Mill. Zentner im Werte von 283 Mill. Mark.

Die Geschäfte der Raiffeisen-Bank. — Ihre Sanierung.

Aber die Tagung hatte einen sehr bitteren Kern. Das war der Bericht der Zentralbank der Deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, der Deutschen Raiffeisen-Bank A.-G., die bekanntlich unter ihrer durchaus deutschnationalen Führung Dietrich, Seelmann, Schwarz große und verlustreiche Kreditgeschäfte gemacht hat. Bei der Th. Teichgräber A.-G., Berlin, dem Thüringer Hermann Uhrenkonzern, bei privaten Großspekulanten (Riebe, Leute), in risikoreichen Exportgeschäften (Orientgesellschaft), endlich auch mit der Deutschen Landmannbank waren Beträge riskiert worden, die zeitweise sogar die Liquidierung der Raiffeisen-Bank möglich erscheinen ließen. Es war ein Glück, daß der einzige und zugleich sehr leistungsfähige Gläubiger der Raiffeisen-Bank die Preußische Zentralgenossenschaftskasse war und daß dieser starke Gläubiger die Sanierung durchführte. Es wurden Verluste in der Höhe von der Hälfte des Aktienkapitals (25¼ Mill.) befürchtet, die im günstigsten Fall durch die entsprechende Zusammenlegung des Aktienkapitals hätten bereinigt werden können. Der von der Preußenkasse gewährte, bis 1938 unkündbare langfristige Kredit von insgesamt 40 Mill. Mark (gegen Bürgschaften der Raiffeisen-Vereine und Verpfändung der bankeigenen Gebäude) hat die Gefahren beseitigt. Bis 1938 hat die Raiffeisen-Bank nun Zeit, aus ihren laufenden Ueberschüssen sich zu sanieren, und sie kann auch hoffen, daß die Preußenbank eventuell auf eine Verlängerung der Sanierungskredite eingehen wird. Unter diese dunkle Episode ihrer Zentralbank hatten die Mitgliedervereine, die zugleich die Aktionäre sind, einen Strich zu ziehen und Vorsorge zu treffen, daß es bei der Episode bleiben wird.

Jahresabschluß und Gewinnrechnung.

Dem Eingreifen der Preußenbank ist es zu danken, daß der Abschluß der Raiffeisen-Bank, den die Generalversammlung zu genehmigen hatte, nur den geringen Verlust von 0,43 Mill. aufweist (im Vorjahr 1,6 Mill. Gewinn). Sonst hätten von dem Bilanzposten „Außenstände der Geldabteilung" (204,2 gegen 148,5 Mill.), die verlorenen oder bedrohten Kredite abgesetzt und die Unkosten und Abschreibungen der Gewinn- und Verlustrechnung um dieselben Posten erhöht werden müssen. Die jetzt vorliegenden Abschreibungen (1,1 Mill.) und Geschäftsunkosten (7,46 gegen 5 Mill.) wären um die betreffenden Beträge vermehrt worden, und der Verlust hätte statt 0,43 Mill. etwa 13 bis 14 Mill. betragen. Aber auch bei Berücksichtigung der Sanierungsaktion der Preußenkasse ist der tatsächliche Verlust noch höher als der ausgewiesene: Unter den Einnahmen der Gewinnrechnung ist auch die im Vorjahr aus dem Gewinn gebildete Verlustreserve von 1,3 Mill. aufgeführt, die also zur Deckung diesjähriger Verluste mit herangezogen wird. Trotz des Rückgangs der Einnahmen blieb der Bank das Vertrauen ihrer Mitgliedergenossenschaften erhalten, wie sich aus der Bilanz ergibt. Die Bilanzsumme ist von 296,7 auf 252,2 Millionen gestiegen. Da im letzten Jahr keine nichtgenossenschaftlichen Kreditgeschäfte hinzugekommen sein dürften, ist die Steigerung der „Außenstände der Geldabteilung von 148,5 auf 204,2 Mill. wohl ganz auf das vermehrte Geschäft mit den Mitgliedervereinen zurückzuführen. Auf der anderen Seite sind die laufenden Verpflichtungen der Raiffeisen-Bank mit 224,6 gegen 177,1 Mill. nicht ganz so stark erhöht wie die Forderungen aus dem laufenden Geschäft.

Gnädiges Gericht. — Eine Untersuchungskommission.

Die Generalversammlung ist gnädiger verfahren als es der Bericht des Vorstandes eigentlich verdiente. Wenn der Geschäftsbericht auch die Uebernahme der Bürgschaft gegenüber der Preußenkasse durch die Mitgliedervereine als eine genossenschaftliche Großtat preist, wozu die Leitung der Raiffeisen-Bank allen Anlaß hat, so ist der Geschäftsbericht doch von einer Dürftigkeit, die sich die Genossenschaften nicht hätten gefallen lassen dürfen. Die Sanierungsaktion wird nur in den allgemeinsten Zügen, über den Umfang, die Art der Verlustgeschäfte, die Größe der Risiken, die Art und den Wert der Sicherheiten wird überhaupt nicht berichtet. Diese übertriebene Schamhaftigkeit, die nur schädlich wirken kann, hätte die Generalversammlung schon im öffentlichen Interesse nicht dulden dürfen. Auch die Bilanz und die Gewinnrechnung sind absolut unzureichend kommentiert, so daß über die einzelnen Zweige der Betätigung nichts Zuverlässiges entnommen werden kann. Immerhin hat die Generalversammlung, obwohl sie die Bilanz und Gewinnrechnung genehmigte, ein gesundes Mißtrauen bewiesen. Sie hat eine Untersuchungskommission eingesetzt, die mit den Verlustgeschäften die Verantwortlichkeit des Aufsichtsrats zu prüfen hat und die Entlastung des Aufsichtsrats bis zur Berichterstattung dieser Kommission zurückgestellt. Dazu besteht auch aller Anlaß, da schon bei der vorjährigen Bilanz die Verluste bekannt waren und dennoch den Mitgliedervereinen durch eine nicht zu verantwortende Bilanzfrisur noch Gewinne vorgetäuscht wurden. Die zwei Warenabteilungen, die die Zentralbank bisher führte, sind im Rahmen der Sanierungsaktion inzwischen von der Raiffeisen-Bank abgetrennt worden.

Ein Wort an die Klein- und Mittelbauern.

Es ist zu hoffen, daß die Raiffeisen-Genossenschaften und ihre Zentralbank aus den Erfahrungen lernen werden. Zu der Bemerkung des Raiffeisen-Berichts, daß die Zukunft des deutschen Arbeiters eng mit dem Schicksal des Landmanns verbunden ist und daß die Lösung des Arbeitslosenproblems in hervorragendem Maße von der Kaufkraft der Landbevölkerung abhängig ist, aber noch ein Wort. Was hier gesagt wird, ist richtig. Nötig ist aber, daß die Raiffeisen-Genossenschaften, wie alle Genossenschaften der Klein- und Mittelbauern auch in ihrem politischen Handeln sich dieser Schicksalsgemeinschaft bewußt sind. Der genossenschaftliche Zusammenschluß kann den Klein- und Mittelbauern nur dann den Schutz geben, den sich die Großindustrie in den Kartellen, Trusts und Interessengemeinschaften verschafft, wenn die bäuerlichen Genossenschaften statt mit den Großagrariern und Schwerindustriellen mit der Arbeiterschaft zusammengehen. Dazu ist gerade jetzt wieder die beste Gelegenheit, wo die Arbeiterschaft wieder darum kämpfen muß, ob durch die Erhöhung der Getreidezölle nur die Grundrente der Großagrarier erhöht werden soll, oder ob durch eine vernünftige Intensivierung der Boden- und Stallproduktion der klein- und mittelbäuerliche Betrieb gestärkt werden soll. Nicht von der Rente der Industrie und der Großagrarier, sondern von der Kaufkraft der Massen hängt der Wohlstand der Bauern ab.

Vierteljahrsbericht der Reichsbahn.

Die Rückwirkung der Krise auf den Verkehr.

Der Reichsverkehrsminister legt soeben einen Bericht über die Betriebsverhältnisse, Verkehrsleistungen und Geschäftsergebnisse der Deutschen Reichsbahn im Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1926 vor.

Der Personenverkehr war im ersten Quartal im allgemeinen schwach. Auch der Verkehr zur Leipziger Messe blieb hinter den Erwartungen zurück. Dem immer noch sehr schwachen Güterverkehr wurde durch weitere Betriebseinschränkungen Rechnung getragen. Eine Anzahl von Bahnhöfen wurde ausgeschaltet bzw. stillgelegt. Die Ausfuhr von Kohlen nach Holland zeigte im Februar eine Steigerung um 50 000 Tonnen. Hochwasser und Frost machten sich im Anfang des Berichtsvierteljahres und am Ende empfindlich bemerkbar. Im Quartal stellt sich die Zahl der geleisteten Wagenachs-Kilometer auf 5723,8 Millionen Kilometer (1925: 5998,78 Millionen Kilometer).

Die Güterwagenbestellung war bereits im Januar geringer als im Dezember und belebte sich nur allmählich. Im Stückgutverkehr gelang es, in einer Reihe von Verkehrsbeziehungen günstigere Beförderungsgelegenheiten und Beförderungszeiten einzurichten und damit der Verkehrsabwanderung auf Lastkraftwagen entgegenzuwirken. Gegenüber der Gesamteinnahme des ersten Vierteljahrs 1925 mit 1 048 553 000 M. bleibt die des gleichen Zeitabschnitts des Jahres 1926 mit 919 022 000 M. um 129 331 000 M. zurück, d. h. 1926 brachte gegenüber 1925 eine Einbuße von 12,3 Prozent. Die Mindereinnahmen erforderten wesentliche Einschränkungen bei den Ausgaben. Zur völligen Deckung der Ausgabeverpflichtungen mußte aber in jedem der drei Monate die Rücklage aus 1925 in Anspruch genommen werden. Die monatlichen Zahlungen für den Dienst der Reparationsschuldverschreibungen wurden rechtzeitig gemäß der Vereinbarung geleistet, in gleicher Weise wurden die Erträge der Beförderungssteuer fristgemäß an den Generalagenten für die Reparationszahlungen abgeführt. Der Betriebsmittelpark zeigte am 1. April 1926 folgendes Bild: Dampflokomotiven 26 899 (Ausbesserungsstand 21,4 Proz.), elektrische Lokomotiven 266, Triebwagen 501, Beiwagen 353, Personenwagen 63 829, Gepäckwagen 21 831, Güterwagen 681 466, Bahndienstwagen 7633.

Die Großhandelsindexziffer vom 23. Juni.

Die auf den Stichtag des 23. Juni berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 17. Juni 0,9 Proz. auf 125,3 gestiegen. Die Indexziffer der Agrarerzeugnisse erhöhte sich vorwiegend durch die anziehenden Getreidepreise um 1,4 Proz. auf 126,2, während die der Industriestoffe mit 123,7 fast unverändert blieb.

Verminderte Bautätigkeit im ersten Vierteljahr 1926.

Nach den Ausweisen des Statistischen Reichsamts wurden im ersten Vierteljahr 1926 bedeutend weniger Wohnungen und Gebäude fertiggestellt als im letzten Vierteljahr des Vorjahres. In den 42 berichtenden Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern ging die Zahl der hergestellten Gebäude von 6686 im letzten Vierteljahr 1925 auf 4942 im ersten Vierteljahr 1926 zurück. Die Zahl der fertiggestellten Wohngebäude sank von 4414 auf 3651 und die der Wohnungen auf 14 376 auf 12 654. Auch in den Gemeinden von über 50 000 bis 100 000 Einwohnern ist in der Zahl der fertiggestellten Wohnungen und Gebäude ein bedeutender Rückgang eingetreten. In den 44 berichtenden Gemeinden wurden im letzten Vierteljahr 1925 1945 Gebäude erstellt gegen 1207 im ersten Vierteljahr 1926. Die Zahl der erstellten Wohnungen sank von 3843 auf 2361. Eine beträchtliche Verminderung ist auch in der Zahl der erteilten Bauerlaubnisse eingetreten. Sie sank in den 82 berichtenden Gemeinden von 7934 auf 5734. Diese Zahl bleibt, wie nicht unwesentlich hervorzuheben ist, erheblich hinter den Bauerlaubserteilungen der ersten drei Vierteljahre 1925 zurück, deren Zahl im ersten Vierteljahr 1925 7771 betrug, im zweiten Vierteljahr 9238 und im dritten Vierteljahr 8805.

Hugenbergs Filmpleite. Die von der Verwaltung der Deulig angekündigte Sanierung durch Zusammenlegung des Kapitals im Verhältnis 10 : 4, die wir in Nr. 256 unseres Blattes behandelt haben, genügt nach den Ausführungen, die die Verwaltung in der Generalversammlung machte, nicht, sondern es findet eine schärfere Zusammenlegung im Verhältnis 10 : 3 statt. Gleichzeitig wird, angeblich um das Fabrikationsprogramm ohne die Inanspruchnahme hoher Bankkredite durchführen zu können, eine Kapitalserhöhung von 675 000 M. vorgenommen. Man könnte erstaunt sein, daß sich immer noch Leute finden, die für ein derartig heruntergewirtschaftetes Unternehmen Geld hergeben. Aber wenn man weiß, daß Hugenberg und seine Kreise hinter diesem Institut stehen, das unter dem Namen „Deulig" mit Hilfe der Deuligwoche eine Volksverdummung erstrebt, dann wird man begreifen, daß diesen Kreisen nichts zu teuer ist, um Einfluß auf die großen Massen zu gewinnen. Erklärt wird die ungünstige Lage des Unternehmens mit der Wirtschaftskrise, mit der Lustbarkeitssteuer, mit der amerikanischen Filminvasion und man hofft nun, nachdem diese einschneidende Sanierung vorgenommen ist, auf günstigere Ergebnisse. Wir glauben, wenn diese ausbleiben, werden sich die Geldgeber auch zu trösten wissen, die ja ihr Kapital nicht hergegeben haben, um direkt daran zu verdienen.

Verlängerung des Mieterschutzes

Rücksichtnahme auf Hausbesitzerwünsche.

Die Freitagssitzung des Reichstags wird um 2¼ Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident mit, daß die Regierung den Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volksentscheid, wonach die Aufwertungsgesetze dem Volksentscheid nicht unterworfen werden können, zurückgezogen habe.

Die Genehmigung zur Einleitung einer Privatklage gegen den Abg. Geisler (Dnat.), sowie zur Strafvollstreckung gegen den Abg. Urbahns (Komm.) wird nicht erteilt.

Bei der Absetzung des Gesetzentwurfs zum Volksentscheid von der Tagesordnung fragt Abg. Best (Völk.), in welchem Sinne die Vorlage von der Regierung zurückgezogen worden wäre. Reichsinnenminister Külz schweigt und zuckt nur mit der Achsel.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Pariser

Abmachungen zur Luftschiffahrt.

Der Auswärtige Ausschuß empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage.

Abg. **Freytagh-Loringhoven** (Dnat.) behauptet, daß ohne die Locarno-Politik mehr erreicht worden wäre. Trotzdem würden die Deutschnationalen der Vorlage zustimmen.

Abg. **Schulz** (Komm.) verliest eine Erklärung, wonach diese Vorlage nur den deutschen Militarismus stärke. Daher lehnten die Kommunisten sie ab.

Der Gesetzentwurf wird darauf in zweiter und auch in dritter Lesung angenommen.

Das Haus befaßt sich weiter mit der Beratung des vom Haushaltsausschuß beantragten Gesetzentwurfs über die Aufhebung der

Preistreibereiverordnung

und damit zusammenhängender Verordnungen.

Die Abstimmung ist zuerst, da die Rechte schwach vertreten ist, zweifelhaft. Die Auszählung ergibt die Annahme der Vorlage mit 174 gegen 111 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die zweite Beratung der

Novelle zum Mieterschutzgesetz

wird fortgesetzt.

Ministerialdirektor des Reichsjustizministeriums **Degg**: Es ist noch nicht angängig, die Wohnungszwangswirtschaft ganz zu beseitigen, es kann sich jetzt nur um die Milderung einzelner Härten handeln. Daß die Vorlage einen einseitigen Standpunkt zugunsten eines Interessenkreises einnimmt, kann man ihr nicht vorwerfen. Der Mieterschutz soll bestehen bleiben, aber daneben müssen die Verbesserungen des geltenden Gesetzes angenommen werden, die zur Schonung des Hausbesitzes unter Berücksichtigung der sozialen Interessen der Mieter notwendig und erträglich sind. Das Kündigungsrecht muß erleichtert werden gegenüber solchen Mietern, die schuldhafter Weise mit ihren Zahlungen im Rückstand bleiben. Zu den Anträgen auf Herausnahme der gewerblichen Räume aus dem Mieterschutz bemerkt der Redner, schon die Bestimmungen des Entwurfs, die in Fragen des Ersatzraumes die gewerblichen Räume schlechter stellen als die Wohnräume, hätten in den beteiligten Kreisen starken Widerspruch gefunden. Darüber hinaus werde man kaum gehen können.

Abg. **Lucke** (Wirtsch. Vgg.) nennt das Mieterschutzgesetz ein **grenzenloses Unglück für das deutsche Volk**, es führe die deutsche Wirtschaft in den Abgrund. Nur die freie Wirtschaft sei imstande, die Wohnungsnot zu beseitigen. Der vorliegende Gesetzentwurf bringe nicht den notwendigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Der Redner beantragt die Einführung des Kündigungsrechts für den Hausbesitzer und des Einspruchsrechts für den Mieter.

In sehr vielen Orten könne von Wohnungsnot gar keine Rede sein. (Lachen und Widerspruch.)

Eine Ueberschreitung der Friedensmiete um 50 bis 100 Proz. dürfe nicht als Wucher bezeichnet werden. (Widerspruch.) Der deutsche Hausbesitz könne erst nach dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft gesunden.

Abg. **Bartschat** (Dem.) hält es für erforderlich, einen gesunden Ausgleich zwischen den Interessen der Hausbesitzer und der Mieter zu finden. Die Entrüstungskundgebungen, die ebenso von den Organisationen der Mieter, wie der Hausbesitzer gegen die Beschlüsse des Wohnungsausschusses gerichtet werden, seien der beste Beweis dafür, daß der Ausschuß die richtige Mittellinie gefunden habe.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

In der Einzeldebatte bezeichnet es

Abg. **Hünlich** (Soz.)

für außerordentlich bedenklich, die Kündigungsfrist bei Nichtbezahlung der Miete von zwei auf einen Monat herabzusetzen. Schon bisher seien die Mieter bei der Anwendung der Bestimmung, daß „angemessener" Ersatzraum zur Verfügung gestellt werden müsse, benachteiligt worden. Jetzt solle diese Bestimmung noch verschlechtert werden, indem an die Stelle des Wortes „angemessen" „ausreichend" gesetzt werde. Die sozialdemokratische Fraktion beantrage die Wiederherstellung der ursprünglichen Fassung. Die vorliegenden Anträge der Rechtsparteien, die eine Durchlöcherung des Mieterschutzes anstreben, seien abzulehnen. Man müsse sich doch sehr darüber wundern, daß deutsche Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung die Beseitigung des Schutzes für gewerbliche Räume verlangen. Damit würden doch weite Kreise des Mittelstandes stark benachteiligt werden, deren Interessen diese beiden Parteien angeblich wahrnehmen wollten. Die Sozialdemokratische Partei wendet sich aufs schärfste gegen alle Versuche, den Mieterschutz noch mehr zu verschlechtern.

Abg. **Höllein** (Komm.) befürchtet bei der Anwendung des Begriffes „ausreichenden Wohnraums" durch die Behörden daß die davon Betroffenen nur noch eine Totenkammer bekommen würden. Die Bewegung der Massen würde den Kapitalsvertretern, die sich jetzt für die Verschlechterung des Mieterrechts einsetzen, über den Kopf wachsen.

Abg. **Lipinski** (Soz.) stellt gegenüber einer Behauptung des Abg. **Höllein**, daß die Sozialdemokratie sich an der Mundtotmachung des Reichstags beteiligt habe, weil sie der Beschränkung der Redezeit bei den einzelnen Abschnitten auf 20 Minuten zugestimmt habe, folgendes fest:

Der Ausschuß hat sich 2½ Monate lang mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. In eingehenden Beratungen ist dort alles Notwendige gesagt worden. Wenn es uns bisher nicht gelungen ist, die Vorlage nach unseren Wünschen umzugestalten, so liegt das an den jetzigen Mehrheitsverhältnissen des Reichstags. Nun handelt es sich aber darum, daß das alte Gesetz am 30. Juni abläuft und daß die neue Vorlage bis dahin verabschiedet sein muß. Es lag also gerade im Interesse der Mieter, daß wir der Verkürzung der Redefristen zustimmten.

Nach 6 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend nachmittag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen außer kleinen Vorlagen noch die Gewährung von Krediten zum Kleinwohnungsbau und der sozialdemokratische Antrag auf Aenderung des Gesetzes über Verkehrssteuern.

*

Der Aeltestenrat des Reichstags bestimmte gestern die Dispositionen für den Rest des gegenwärtigen Tagungsab-

schnittes. Am Montag werden das Mieterschutzgesetz in dritter Lesung sowie Erwerbslosenfragen behandelt werden. Für die Dienstagsitzung ist die zweite Beratung des Gesetzes über die Fürstenabfindung vorgesehen. Die nächsten Tage darauf sind für dritte Lesungen bestimmt. An dem Schlußtermin des 2. Juli wird festgehalten.

Preußens Finanzen.

Höpker-Aschoff ist zuversichtlich.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des Landtags beantragt Abg. Milberg (Dnatl.) sofortige Besprechung des deutschnationalen Antrages wegen des kommunistischen Ueberfalls bei Hamburg am Volksentscheids-Sonntag.

Abg. Heilmann (Soz.) beantragt, die Besprechung der Hochwasser-Anträge noch heute vorzunehmen. Beide Anträge werden abgelehnt, da Widerspruch erhoben wird.

Der deutschnationale Antrag, der die Begnadigung der Bernecasteler Winzer fordert, wird ohne Aussprache der Ausschußberatung überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Uebertragung der staatlichen

Hafenanlagen in Duisburg

an eine Aktiengesellschaft.

Abg. Haas-Köln (Soz.) erstattet den Ausschußbericht und erklärt, durch die Gründung der Duisburger Hafen A.-G würde der wertvolle Duisburger Binnenhafen frei vom Instanzenweg und von den Bestimmungen des Staatshaushaltsgesetzes. In die Hafenverwaltung könne jetzt ein freier kaufmännischer Geist einziehen.

Abg. Stoll (Komm.) lehnt die Vorlage grundsätzlich ab, da es sich auch hier um eine Ueberführung vom Volksbesitz an das Privatkapital handele.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung unter Ablehnung kommunistischer Abänderungsanträge verabschiedet.

Das Haus setzt die Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung fort.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff

gibt ein Bild von den Folgen des Reichsfinanzausgleichs und seiner Auswirkung auf die Länder, insbesondere auf Preußen und seine Gemeinden. Der Fehlbetrag für 1925 sei in der Hauptsache durch die Ueberschüsse des Jahres 1924 gedeckt worden. Es sei mit einem Fehlbetrag von 161 Millionen zu rechnen. Der Stand der preußischen Schatzscheine belaufe sich auf 160 Millionen. Auch das Reich gehe jetzt daran, sich die Möglichkeit solcher Schatzscheine und zwar zu einem Betrage von 400 Millionen Mk. zu verschaffen. Das vorgesehene Gleichgewicht des Etats für 1926 sei durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse zerstört worden. An Ausgaben mußten 167 Millionen mehr eingesetzt werden. Davon entfallen auf die

Erwerbslosenfürsorge 140 Millionen,

auf den Polizeietat 16,6 Millionen mehr als vorgesehen. Es müsse der Versuch gemacht werden, die Mehrausgaben zu decken. Der Hauptausschuß habe den Vorschlägen des Finanzministeriums zugestimmt, die Einnahmeansätze bei der Lotterieverwaltung, der Preußag, sowie der Grundvermögenssteuer zu erhöhen und außerdem die vom Staate gegebenen Saatgutkredite hereinzunehmen, wodurch insgesamt etwa 71,9 Millionen gewonnen werden könnten. Weitere 25 Millionen sollten aus jenem Staatsfonds entnommen werden, der seinerzeit für die Notgelddeckung bereitgestellt war. Durch diese und andere Maßnahmen würden wiederum über 52 Millionen frei. Dazu komme dann die Absicht, die

Ausgaben um etwa 33,9 Millionen zu kürzen,

sodaß alles in allem sich eine Verbesserung von 171 Mill. ergebe, die die Mehrausgaben von 167 Millionen also noch übersteige. Dabei bleibe aber ein Fehlposten offen, nämlich der, daß das Hauszinssteuergesetz nach den Beschlüssen der dritten Lesung nicht das Ergebnis für den Staat bringen wird, mit dem die Regierung bei Aufstellung des Etats rechnete. Dadurch würde erneut

ein Fehlbetrag im Gesamtetat von über 63 Millionen

entstehen. Demgegenüber könne man bei den Hoheitsverwaltungen mit gewissen Verbesserungen rechnen. Es würde aber unvermeidlich sein, zur Deckung des Fehlbetrages mehr Einnahmen aus Steuern und Abgaben einzusetzen. Auf die Dauer wird es nicht möglich sein, die Mittel für die Erwerbslosen-Unterstützung aus laufenden Einnahmen zu decken. Es ist deshalb ein Referentenentwurf in Arbeit, der für Zwecke der Erwerbslosen-Fürsorge eine Reichs-Ausgleichskasse schaffen will. Man muß die Frage erörtern, ob nicht durch eine Anleihe die Mittel für diese Kasse beschafft werden können. Es gibt ferner gewisse Ausgaben, die immer gleich geleistet werden müssen, wie z. B. solche auf Hochwasserschäden. Das Finanzministerium wird aber die Verfassungsbestimmung,

keine Ausgaben ohne Deckung,

auf das strikteste interpretieren. Zur Anleihepolitik Preußens erklärt der Minister, daß die Amerikaner uns weit entgegengekommen wären, und daß mit ihnen die Verhandlungen im Herbste wieder aufgenommen werden würden.

In der allgemeinen Besprechung bezweifelte Abg. Dr. v. Kries (Dnatl.), daß es zu einem wirklichen Ausgleich des Haushaltes kommen werde. Der größte Zweifel bestehe hinsichtlich der Erwerbslosen-Fürsorge, wobei die 140 Millionen, die eingestellt sind, sicher nicht ausreichen würden. Auch die Deckungsvorschläge des Finanzministers gäben zu erheblichen Bedenken Anlaß. Die gestiegenen Sparkasseneinlagen ergäben trügerische Ziffern, weil im Gegensatz zu früher die Spareinlagen meist kurzfristig wären, sodaß sie für den Hypothekenmarkt nicht verwendet werden könnten. In der Verwaltung könne man vor allem durch zweckmäßige Dezentralisation sparen. Einem Ermächtigungsgesetz, das willkürliche Zusammenlegung von kommunalen Behörden ermöglichen würde, könnten die Deutschnationalen nicht zustimmen.

Abg. Dr. Waentig (Soz.) meint, die Frage der Beschaffung der Erwerbslosen-Mittel sei nur Teilfrage. Hauptsache sei die zukünftige Gestaltung des Finanzausgleichs, die die Grundlage der ganzen Finanzpolitik Preußens sein muß, und über die man noch Aeußerungen des Finanzministers erwarten müßte. Früher hatten die Länder, jetzt hat das Reich die Omnipotenz. Den Ländern würden immer größere Aufgaben zugewiesen, ohne ihnen die Deckungsmittel nachzuweisen. Es zeige sich gerade hier, wie notwendig die Entwicklung zum Einheitsstaat ist; es sei unwahr, daß die kulturpolitischen Interessen darunter leiden könnten. Gegen eine allzugroße Sparsamkeitspolitik müßten sich die Sozialdemokraten wenden.

Abg. Dr. Schwering (Z.) bezeichnete die schärfere Finanzanspannung als eine Erscheinung, die man fast in allen Ländern beobachten könne. Trotz aller Not könne man aber nicht von einer trostlosen Lage der preußischen Finanzen sprechen. Infolge des Finanzausgleichs könnten die Länder nicht mehr existieren. Das Parlament habe die Pflicht, hinter den Minister zu treten und seine Stellung zu stärken, wenn er als Vertreter des größten Landes die Interessen der Länder dem Reiche gegenüber energisch wahrt.

Abg. Dr. Leidig (Dvp.) bekämpft die Verwendung der 25 Millionen aus dem Notgeldfonds. Gegen die Versuche, durch Beschränkung der Hoheitsverwaltungen noch größere Ersparnisse zu erzielen, bestehen große Bedenken. Außerplanmäßige Ausgaben müßten an sich überhaupt verboten werden, sie dürften höchstens von der Regierung beantragt werden. Der große Erfolg der preußischen Anleihen ist ein Zeichen für die Lebenskraft Preußens. Die Auslandsanleihen dürfen nur für werbende Zwecke ausgegeben werden. Es bedürfe der Zusammenarbeit aller, um in diesen schwierigen Zeiten auf der Höhe bleiben zu können. Es werde aber gelingen, wenn das Reich seinen Verpflichtungen gegen die Länder nachkomme.

Abg. Kollwitz (Komm.) erklärt, die Arbeitslosigkeit werde in Deutschland wie in den anderen Ländern solange anhalten, wie der Kapitalismus am Ruder ist. Statt über die Hochwasserschäden zu jammern, sollte die Regierung endlich Damm- und Deichbauten aufnehmen, womit den Erwerbslosen geholfen und den Ueberschwemmungen vorgebeugt würde.

Abg. Wiglow (Dem.) kann den Pessimismus des Abg. v. Kries über die Wirtschaftslage nicht teilen. Die Börse, ein feines Wirtschaftsbarometer, habe seit einigen Monaten auf vielen Industriegebieten ganz deutliche Aufwärtsbewegung gezeigt. Auch die Zinsspanne sei erheblich gesunken. Sparen könnte man in der Verwaltung durch zweckentsprechende Rationalisierung. Anleihen für werbende Zwecke könnte man zustimmen. Der Redner schloß mit einem von der Linken beifällig aufgenommenen Dank an den Finanzminister, der seine ganze Persönlichkeit und große Sachkenntnis in so schwieriger Zeit in den Dienst des Staates gestellt habe.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/39. Hof 2 Tr.

Staaken, Lichterfelde, Lankwitz: So., d. 20. Juni, abends 7½ Uhr. Antreten Kronsdolatz, Lichterfelde-Ost. Abmarsch zum Stiftungsfest Härtels Festsäle, Zehlendorfer Str. 5. Sämtliche Berliner Kameradschaften sind dazu eingeladen. — **Lichtenberg nebst Untergruppen:** Das Antreten am Sonntag, den 27., findet nicht um 1 Uhr, sondern vormittags 8 Uhr statt. Abmarsch bei Paul Werner, Wilhelmstr. 3, nach Rauldorf.

Verband Volksgesundheit, Berlin, veranstaltet am 26./27. Juni im Müggelheim an der Straßen Krumme eine Sonnenwendfeier. Abmarsch um 10 Uhr von unserem Landheim im Müggelheim.

Der Berliner Handwerkerverein begeht sein 82. Stiftungsfest am Sonnabend, 26. Juni, in den Festräumen seines Hauses, Sophienstr. 18, durch Festrede, Erstattung des Jahresberichts, Darbietungen der Korporationen und anschließendem Ball. Beginn 8 Uhr.

Deutsche Landsmannschaft der Provinz Posen, Groß-Berlin. Sommerausflug mit Kinderfest am Sonntag, 27. Juni, nach Strausberg, Restaurant Schloßmühle. Abfahrt 8.46 Uhr vom Schlesischen Bahnhof.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn C. Blühbaum: „Neues aus unserer Gebärdenwerkstatt". Harmonium: Träumerei (Schumann). Gäste willkommen. Während der Schulferien keine Vorträge.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Neukölln. Geschäftsstelle Tonnastr. 12B. Sonntag, 4. Juli, im Etablissement Berolinahöhe, Karlsgartenstr. 6—11, großes Sommer- und Kinderfest, verbunden mit Konzert, Gesang und Vorträgen sowie Kinderbelustigungen aller Art unter Leitung des Onkel Pelle. Kaffeeküche steht zur Verfügung. Im großen Saal von 6 Uhr ab Freitanz. Bei eintretender Dunkelheit Fackelzug. Jedes Kind unter 14 Jahren erhält eine Stadtbüchse gratis. Eintrittsgeld für Erwachsene 1 M., für Kinder 30 Pf. Karten in der Geschäftsstelle und bei den Funktionären. Der Ueberschuß dient zur Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder.

Schwarz Leinen-Badeschuhe 1.25
Grösse 43—47 1,95, 36—42 1,75, 31—35 1,45 ..... Grösse 24—30

Braun Kroko-Reiseschuhe für Herren 3,75 für Damen 2.95
mit Tasche für Herren 6,70, für Damen 5,90

Braun Rindleder-Sandalen durchgenäht, 3.50
Grösse 36—42 4,90, 31—35 4,25, 27—30 3,90 ..... Grösse 25/26

Weiss Leinen-Kinder-Einspangenschuhe 1.95
35/36 4,25, 31/34 3,90, 27/30 3,75, 25/26 2,95, 23/24 2,50, 20-22 2,25, Grösse 19—21

Braun Kinder-Spangenschuhe bequeme Passform, Gr. 35/36 7,50, 31—34 6,50, 27—30 5,50, 25/26 3,50, 20—24 2.90

Unsere Strumpf-Abteilung bietet eine riesige Auswahl in Damenstrümpfen, Herrensocken sowie Sportstrümpfe und Stutzen zu bekannt billigen Preisen.

10
Ferien-Reisen umsonst!
Nach der Insel Rügen unter Aufsicht eines Lehrers (Freie Fahrt u. Verpflegung)

Ferien-Wettbewerb

für Knaben und Mädchen bis 16 Jahren.

Es sind folgende drei Fragen zu beantworten:
1. Wieviel Leiser-Schuhfilialen gibt es in Berlin?
2. In welchen Strassen liegen diese Leiser-Schuhfilialen?
3. Wieviel Schuhe sind in den Schaufenstern und Schaukästen der drei dem Einsender zunächst liegenden Schuhfilialen ausgestellt? (Filialen angeben.)

Einsendungen mit der Aufschrift „Ferien-Wettbewerb" sind in einer unserer Filialen bis zum 1. Juli 1926 abzuliefern. Stichtage für die Zählung der Schuhe in unseren Schaufenstern sind der 28. und 29. Juni 1926.

Gehen mehr als 10 richtige Lösungen ein, so entscheidet das Los. Das Schiedsgericht besteht aus den Herren Klausner, Dir. Hempel, Herrn Blumenstein, Dr. Leschziner.

Weiss Leinen-Strandschuhe mit Chromsohle, Grösse 36—42 5.90

Blond Opanke mit entzückender brauner Flechterei auf Blatt, eleg. Form, bequemer Absatz. 12.50

Blond prima Chevreau-Spangenschuhe m. Bordüre, neueste Form, modern. Louis XV.-Absatz 14.50

Damen-Haferlschuhe braun Mastbox, engl. Absatz, leicht u. angenehm für Wanderung 14.50

Ia braun Fettrindleder-Tourenstiefel Doppelsohlen, weiss gedoppelt, wasserdichtes Futter, Staublasche für Herren ..... 17.50 für Damen 16.50

Herren schwarz Rindbox-Schnürstiefel echte Zwischensohle, kräftiger Strapazierstiefel 12.50

Vor Antritt der Reise lassen Sie Ihr Schuhwerk fachmännisch in Stand setzen. Unsere Reparatur-Werkstätten sind vorbildlich modern eingerichtet.

Leiser

Das grösste Schuhspezialhaus mit der grössten Auswahl Berlins.